Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **2 (1973)**

Heft 1

PDF erstellt am: **05.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A. Z. 8021 Zürich 2. Jahrgang Nr. 1 20. April 1973
Achtmal jährlich

konzept

Auflage 36 500 Preis Fr. 1.–

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber (Red. «zürcher student») – in Zusammenarbeit mit dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS)

Abonnemente: Jahresabonnement Fr. 8.–, auf Postscheckkonto 80–35 598, «zürcher student», 8001 Zürich

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235

Neu: Kleininserate

Ein Osterspiel über die verpasste Revolution Seite 3

... ein einig Volk von Aktionären Seite 5

Zum staatserhaltenden Wert von Eigenheimen Seite 7

Diggelmann über den beschissenen Kleinbauern Seite 8

Wie sollen sich fortschrittliche Geistesarbeiter organisieren? Seite 9

Joh. Galtung: Der grosse Bluff mit der (Ab-)Rüstung Seite 11

Die Schweiz vor dem Numerus clausus Seite 12

Das nächste «konzept» erscheint Ende Mai.

Redaktionsschluss: 4. Mai

Kapitale Hintergründe der Zürcher U-Bahn-Vorlage

Monopole rüsten zum Kampf

Die vor der Abstimmung stehende Zürcher U-Bahn ist von ganz verschiedenen Seiten her eine höchst fragwürdige Angelegenheit. Eine mehr verkehrstechnische und siedlungspolitische Kritik findet sich in dieser Nummer des «zürcher studenten»*. Im vorliegenden «konzept»-Artikel geht es um die ganz gewaltigen wirtschaftlichen Interessen, die dahinterstecken. Die Planungsgruppe der Progressiven Organisationen Zürich möchte zeigen, wozu das vereinigte Zürcher Kapital eine U-Bahn (und andere überdimensionierte Verkehrsbauten) braucht, was dafür geopfert wird und mit welchen Mitteln die gigantischen Pläne durchgesetzt werden. Die ungewöhnliche Heftigkeit der politischen Auseinandersetzung bereits jetzt lässt erkennen, dass einer der härtesten politischen Kämpfe bevorsteht. Wirtschaftsmetropole oder menschliche Stadt – darum geht es letztlich. Das Problem betrifft nicht nur die Zürcher.

Red.

Vorerst einige Erläuterungen zur Ausgangslage:

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden verschiedene private und offizielle Projekte zur Sanierung der Zürcher Verkehrsverhältnisse, die alle in irgendeiner Weise eine U-Bahn vorsahen, wobei man anfänglich diese Projekte direkt privat finanzieren und kontrollieren wollte. In der Folge traten dann immer deutlicher die Verflechtungen von privatwirtschaftlichen Kreisen und Behörden zutage.

Nach der Ablehnung der Tiefbahnvorlage von 1962 durch das Volk bewilligte der Zürcher Kantonsrat 1963 einen Kredit von 935 000 Franken für die Erstellung von Gesamtplänen für die verschiedenen Regionen, umfassend den Siedlungs- , Landschafts-, Versorgungs- und Transportplan sowie den Plan für öffentliche Bauten. Bezeichnenderweise erarbeitete man zuerst den Transportplan, da dieser das primäre Anliegen des Kapitals war.

Transportplan – Arbeitskräfte für die Wirtschaft

Dieser Transportplan von 1965 sieht für die Stadt Zürich 190 000 zusätzliche Arbeitsplätze innerhalb von 40 Jahren vor, während die Wohnbevölkerung konstant bleiben sollte. (In Wahrheit nimmt sie stark ab.) Entsprechend wurde eine Verdreifachung sowohl des öffentlichen wie auch des privaten (!) Verkehrs «geplant».

Zur Verwirklichung und Ausarbeitung des Plans wurde die *Behördedelegation für den Regionalverkehr Zürich* (je drei Regierungs- und Stadträte und drei Vertreter der SBB) bestellt. Diese vergab – ohne Grundsatzentscheid des Volkes – die wichtigsten Arbeiten an das *Ingenieurbüro Barbe,* «selbstverständlich» ohne zu wissen oder vielmehr wissen zu wollen, in welcher Art das Volk grundsätzlich eine Entwicklung des Raums Zürich wollte.

Im Februar und März 1973 stimmten Kantons- und Gemeinderat dem gekoppelten *U- und S-Bahnprojekt* (vgl. Kasten) sowie dem damit zusammenhängenden Gründungsvertrag für die *Verkehrsbetriebe der Region Zürich (VBRZ)* mehrheitlich zu.

Am 20. Mai sollen die Stimmbürger des Kantons und der fünf U-Bahngemeinden Zürich, Dietikon, Schlieren, Opfikon/Glattbrugg und Kloten über einen Kredit von insgesamt 1,81 Mrd. Fr. befinden. (Ein Drittel würde vom Bund bezahlt.). Ob es zu dieser Abstimmung kommen wird, ist allerdings noch ungewiss, da in der Zwischenzeit eine staatsrechtliche Beschwerde wegen Verstosses gegen die Einheit der Materie angekündigt wurde. (Die S-Bahn ist nicht von der U-Bahn abhängig).

Zur Ausgangslage muss ebenfalls der schon heute klar hervortretende Widerspruch zwischen der *Transportplanung für die Region Zürich* und den vom ORL-Institut der ETH ausgearbeiteten landesplanerischen Leitbildern *der Schweiz* gezählt werden. Selbst die als extrem geltende *Variante I* mit den *Ballungsgebieten Zürich/Basel und Lausanne/Genf* der Leitbilder wird durch die siedlungspolitischen Annahmen des Transportplans noch übertroffen. Das heisst, dass die damit angestrebte Entwicklung zur Metropole in krassem Widerspruch zur offiziell favorisierten *Variante IV (reduziertes Wachstum der bestehenden Grossstädte, Förderung neuer Mittelstädte)* steht. Trotzdem hat sich der Bund bereit erklärt, ein Drittel der Gesamtkosten von U- und S-Bahn zu übernehmen.

Schliesslich gehören zur Ausgangslage selbstverständlich auch die *bereits geschaffenen Sachzwänge,* wie der positive Ausgang der Abstimmung über ein Teilstück der U-Bahn vom 14. März 1971, diverse bereits ausgeführte unterirdische Einbauten und verausgabte Millionen der Stadt und des Kantons für die Projektierungskredite.

U-Bahn

Zur Abstimmung gebracht wird eine 28 km lange Durchmesserlinie Dietikon – Zürich – Schwamendingen/Kloten.

Kosten (1973): 1,5 Mrd. Fr. (Verzweibis Verdreifachung zu erwarten.)
Bauzeit: 13 Jahre (eher mehr).

Die Linienführung ist umstritten (50 Prozent parallel zu SBB-Linien), ebenso die verkehrstechnische Wirkung. Offiziell wird die Eindämmung des Privatverkehrs hervorgehoben, gleichzeitig aber werden wacker Expressstrassen und Parkhäuser gebaut.

S-Bahn

S-Bahnen sind beschleunigte Vorortszüge in kurzen regelmässigen Intervallen, meist auf dem bestehenden Eisenbahnnetz verkehrend. In Zürich sind vorgesehen: ein neuer Tunnel unter dem Zürichberg (für den Vorortsverkehr aus dem Zürcher Oberland und dem mittleren Glattal), eine kürzere Zufahrt zum Hauptbahnhof (gemeinsam mit den Zügen vom rechten Zürichseeufer) und eine unterirdische Station daselbst.

Kosten (1973): ca. 1 Mrd. Fr., grösstenteils durch Bund und SBB zu bezahlen.

Kapital und Planung: Theorie ...

Planungsmisstände haben nur beschränkt ihre Ursachen in Willkürakten der Verwaltung oder in der Profitgier einzelner Hausbesitzer, sondern in Prozessen zunehmender Konzentration und Zentralisation der Kapitale bzw. in der *Herausbildung der Monopolkapitale.* Mit der Konzentration und Zentralisation der Kapitale bezweckt die Monopolbourgeoisie, Produktivkräfte freizulegen, um die Produktion zu rationalisieren und zu automatisieren, sowie die Kapitale umzuverteilen. Die Grosskonzerne können sich so gegenüber den Mittel- und Kleinbetrieben durchsetzen, was als Voraussetzung gilt, dass sie im internationalen Konkurrenzkampf der Monopole bestehen und mit der rascher verlaufenden Entwicklung in den sozialistischen Staaten Schritt halten können.

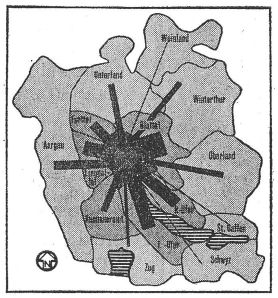
Um die angestrebte Konkurrenzfähigkeit zu erreichen, müssen auch die notwendigen *infrastrukturellen Voraussetzungen* (Bildungs- und Verkehrswesen, Energieversorgung, Städtebau etc.) geschaffen werden, wobei das Monopolbürgertum versucht, die entsprechenden Massnahmen seinen ökonomischen und politischen Interessen unterzuordnen. Damit verbunden ist seine zunehmende Einflussnahme auf die Verwertung «unrentabler» Investitionen sowie eine immer enger werdende *Verflechtung von Staat und Monopolen.* Die Entwicklungstendenzen im Kapitalismus verstärken den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und vertiefen die Klassengegensätze, wie im folgenden am Beispiel der kapitalistischen Planungspraxis in Zürich aufgezeigt werden soll.

Die Notwendigkeit, die Konzentration und Zentralisation der Kapitale voranzutreiben, und die Einsicht in den dazu erforderlichen Einsatz infrastruktureller Massnahmen haben dazu geführt, dass die Monopolbourgeoisie zunehmend aggressiver auch *in die Planungspolitik eingreift.* Welche Interessen sie mit dem Bau einer U-Bahn (und mit anderen Planungsvorhaben) in Zürich verfolgt, belegen Auszüge aus verschiedenen Dokumentationen, die «*Entscheidungsgrundlagen für die Unternehmungen wie für die politischen Instanzen*» (1) bilden, jedoch allein von der Wirtschaftslobby verfasst wurden.

... und zürcherische Praxis

Im Interesse der Monopole gilt es, «*die Stellung von Zürich und insbesondere die Stellung der City von Zürich nicht bloss zu halten und zu erhalten,*

Transportplan: Beziehungen des Gesamtverkehrs zwischen der Stadt Zürich und den übrigen Planungsregionen:



Planungszustand Z 2 (Planungsziel mit 2,1 Mio. Einwohnern im Kanton Zürich).

sondern – im Hinblick auf die zu erwartende wirtschaftliche und politische Entwicklung – zu verstärken und auszubauen. Es gilt, aus Zürich eine ‚Stadt von europäischer Bedeutung' – eine ‚Metropole' – zu schaffen». (2)

Als Massstab zur Erlangung der Konkurrenzfähigkeit mit anderen kapitalistischen Zentren dienen Städte wie *Mailand, Frankfurt und München.* Es soll vermieden werden, «*dass die Schweiz zu einem Durchgangsland wird. (...) Wenn man das verhindern will, muss in Zürich ungeheuer viel investiert werden. Dann muss Zürich zu einer Potenz ausgestaltet werden, die meines Erachtens die traditionelle föderalistische Struktur unseres Landes sprengt. Das heisst: Zürich wird innenpolitisch zu einem Sprengstoff*» (3).

Diese Aussagen des Präsidenten der *City-Vereinigung* (vgl. weiter hinten) dokumentieren nicht nur die Interessen der Wirtschaftslobby, sondern, dass ihre Durchsetzung an einen *intensiven politischen Kampf* gebunden ist. Die Monopolbourgeoisie und ihre Vertreter sind sich aber ihres Durchsetzungsvermögens ziemlich sicher: «*Die weitere Entwicklung liegt in unserer Hand. Es ist unsere Aufgabe, die Stadt Zürich vor Stagnation und Niedergang zu bewahren, zu verhindern, dass Milliardenwerte verkommen und wirtschaftliche Umwandlungen grössten Ausmasses eintreten.*» (4)

Dementsprechend sollen die Milliardenwerte so eingesetzt werden, dass die Stadt Zürich «*zum schönsten und grössten Shopping-Center der Schweiz*» (2) heranwächst, damit die Gefahr vermieden werden kann, «*dass die Umsätze der in der City von Zürich gelegenen Detailhandels- und Dienstleistungsbetriebe stagnieren, dass in der Folge ganze Strassenzüge und Quartiere an Wert verlieren...* (1) Dieser für das Kapital in letzter Konsequenz allein zählende finanzielle Wert ganzer Strassenzüge und Quartiere widerspiegelt sich auch in dessen Einschätzung infrastruktureller Mittel. Es gilt also, alle Mittel und Instrumente einzusetzen, welche eine gezielte Wertsteigerung von Grundstücken ermöglichen und die infrastrukturellen Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung schaffen.

Wie wir sehen werden, resultiert aus dieser Raumpolitik der Monopole eine *Vertreibung der Werktätigen* aus Quartieren, in denen eine infrastrukturelle Aufwertung realisiert worden ist.

Autobahn ins «grösste Shopping-Center der Schweiz»

Die wichtigsten Projekte, welche die Finanz-Oligarchie lancieren und durchsetzen will, sind das *Expressstrassen-Ypsilon,* ein entsprechendes *Parkhaussystem* und die *U-Bahn.*

Die Aufwertung, die durch das Ypsilon (vgl. Kasten) geleistet werden soll, bezweckt die *Erweiterung des Konsumentenpotentials.* Der Detailhandel und vor allem die Einkaufszentren sollen dadurch eine Steigerung der Umsätze bzw. der Profite erfahren.

«*Die City von Zürich – das grösste und schönste Einkaufszentrum der Schweiz – benötigt Parkhäuser und Parkflächen am Rande der City (das heisst am Sihlquai oder Central etc.). Diese Parkierungsanlagen bilden geradezu eine Existenzgrundlage für das weitere Gedeihen unserer Innenstadt. Diese Grossparkhäuser benötigen entsprechende Zufahrtsstrassen. Es scheint, dass – trotz allen kritischen Einwänden – die im Sihlraum geplanten Expressstrassen das richtige Mittel bilden, um den Konsumenten zu ermöglichen, auf einfache und rasche Art in die City zu gelangen.*» (5)

Die U-Bahn soll nun – als Ergänzung zum Ypsilon – vorwiegend zur Erschliessung der in die Agglomeration vertriebenen Arbeitskräfte dienen: «*Der Berufsverkehr soll sich der öffentlichen Verkehrsmittel bedienen. Dem Besucher- und Konsumentenverkehr sollen die privaten Verkehrsmittel reserviert bleiben.*» (2)

Auch gemäss Transportplankonzept ist ein hochwertiges Verkehrssystem zur bitteren Notwendigkeit geworden: «*Ohne diesen geplanten Ausbau des öffentlichen Verkehrsmittels (U-Bahn) könnte sich der Geschäftskern von Zürich nicht weiter entwickeln*» (5). Das zentrale Interesse der Monopole an der U-Bahn besteht vor allem darin, dass sie *Investitionsanreize* schafft, die hohe Profite versprechen. Damit soll «*die Nachfrage nach Büro- und Geschäftsraum, (...) die weit grösser ist als das vorhandene Angebot*» (6), weitgehend befriedigt werden.

Expressstrassen-Ypsilon

Drei Autobahn-Aeste in Y-Form mitten durch die Stadt, mit Zusammenschluss in der Nähe des Hauptbahnhofs. Ursprünglich als Verbindungsstück der Nationalstrassen von Winterthur, Chur und Basel/Bern gedacht; seit der Aufnahme der Nordwest-Umfahrung Zürichs ins Nationalstrassennetz «nur» noch als Erschliessung von 12 000 bis 15 000 Parkplätzen im Stadtzentrum vorgesehen («teuerste Parkhauszufahrt Europas»).

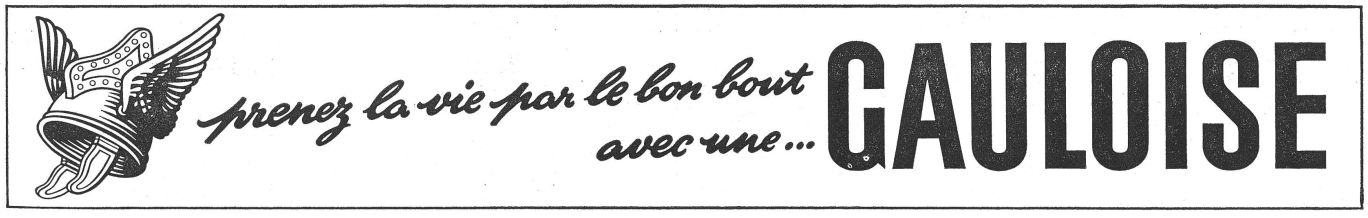
Die Flussläufe von Sihl und Limmat würden durch das Y als Erholungsgebiete weitgehend zerstört. Im Volk ist dem Y erbitterter Widerstand erwachsen. Die Abstimmung über eine Initiative gegen das Y wird mit allen Mitteln zu verhindern versucht.

Arbeitnehmer bezahlen eigene Verdrängung

Die Folgen des U-Bahn-Baus für die werktätige Bevölkerung lassen sich bereits deutlich erkennen. Gemäss Statistischem Jahrbuch 1971 der Stadt Zürich betrug die durchschnittliche *jährliche Bodenpreissteigerung* 17,1%. Diese Wertsteigerungen lassen sich nur dadurch erklären, dass ein Grundstück entweder infolge Umzonung einer kapitalintensiveren Nutzung zugeführt werden kann oder dass die Steuerzahler die Infrastruktur des betreffenden Gebiets so verbessern, dass der Bodeneigentümer beim Verkauf einen Riesengewinn macht. Dieser Prozess wird natürlich durch den U-Bahn-Bau noch forciert.

Da mit fortwährendem Steigen der Grundrente die Mieten für finanziell schwächere Nutzungen (Wohnungen, Kleingewerbe) untragbar werden, sind diese dauernder *Verdrängung durch kapitalträchtigere Nutzungen* unterworfen. Die Werktätigen werden aus ihren Wohnungen geworfen, damit profitablere Bürobauten erstellt werden können. So hat zum Beispiel in einem typischen Arbeiterviertel (Kreis 4), dessen Ausbau zur Neben-City geplant ist, die Wohnbevölkerung allein in den letzten

* Zu beziehen auf der Redaktion «zs/konzept».



fünf Jahren um 4142 Menschen oder 11,4% abgenommen.

Die werktätige Bevölkerung bekommt die Auswirkungen der Planungspolitik aber auch in *steuerlicher Hinsicht* zu spüren. Ist das bürgerliche Steuerrecht ohnehin schon ein gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtetes Instrument des Bürgertums – minimale Belastung von Spitzeneinkommen und -vermögen, kalte Progression für untere und mittlere Einkommensbezüger, riesige Unterschiede in den Gemeindesteueransätzen usw. –, so werden diese Gegensätze durch den Bau aufwendiger Infrastruktureinrichtungen (Expressstrassen, U-Bahn) noch verschärft.

Die Steueransätze in den vom U-Bahn-Bau betroffenen Gemeinden sind allesamt höher (ca. 250%) als in «Goldküstenvororten» wie Uitikon (205%) oder Zollikon (215%), wo die wahren Profiteure der kapitalistischen Planungs- und Verkehrspolitik hocken. Die Opfer dieser Politik befinden sich vorwiegend unter jenen vier Fünfteln der Steuerzahler, die ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 12 000 versteuern. Nachdem sie den Bau der U-Bahn berappt haben, werden sie durch den geschilderten Verdrängungsmechanismus in steuerlich schlechter gestellte Vorortsgemeinden abgeschoben – wo sie erneut für den Aufbau einer notwendig werdenden Infrastruktur zur Kasse gebeten werden (vgl. den Fall «*Göhnerswil*»).

Zusätzlich sind – trotz anderslautenden Beteuerungen der Behörden – zweifellos Steuererhöhungen zu erwarten, da sich analog ausländischen Beispielen die heute veranschlagten Baukosten für die U-Bahn verzwei- bis verdreifachen dürften. (7)

Die Monopole erhalten somit die Kosten für die Erschliessung neuer profitträchtiger Arbeitsplätze vergütet. Die für sie selber anfallende steuerliche Zusatzbelastung vermögen sie dank ihrer starken Marktstellung praktisch ganz auf die Konsumenten abzuwälzen.

City-Vereinigung: Banken und Warenhäuser . . .

Am Mechanismus der Steuern zeigt sich, wie sich das Monopolbürgertum die staatlichen Mittel zur Absicherung und Durchsetzung seiner ökonomischen Interessen dienstbar macht. Um sich die Verfügungsgewalt über die Geldmittel, den Organisationsapparat und die gesetzlichen Kompetenzen des Staates zu sichern, beschränkt es sich heute nicht mehr auf die traditionelle Einflussnahme mittels des Parlaments. Zur Wahrnehmung ihrer spezifischen Interessen in der Planungs- und Verkehrspolitik bedienen sich die Monopole seit einigen Jahren in zunehmendem Mass *privater oder parastaatlicher Interessenorganisationen* wie der «*City-Vereinigung*» oder der «*Zürich-Transport*».

Als Präsident und Geschäftsführer der «City-Vereinigung», amtiert der agile *Rechtsanwalt Dr. Richard Allemann*. Im selben Haus wie sein Anwaltsbüro, an der Beethovenstrasse 11, befinden sich auch die Büros der *städtischen Entwicklungskoordination*. In der Entwicklungskoordination sollen die entscheidenden Weichen für die Zukunft Zürichs gestellt werden. Dass dieses räumliche Zusammentreffen wohl kaum zufällig ist, bezeugen zahlreiche Aussagen über die erspriessliche Zusammenarbeit von Wirtschaftslobbies und Behördevertretern.

Allemann, der vor allem die Citybanken, -Versicherungen und -Warenhäuser vertritt, hat weit wirksamere Instrumente als Volksinitiativen und Volksabstimmungen. Er sitzt in verschiedenen entscheidenden Gremien. So ist er Mitglied der *Stadtplanungskommission* und verfasste in dieser Eigenschaft den Schlussbericht der Unterkommission für langfristige Baupolitik. Er ist *Berater für die Entwicklungskoordination* und pflegt sehr gute Kontakte zum *Tiefbauamt des FdP-Stadtrats Burkhardt*.

> ***Zusammenarbeit erfreulich***
>
> «*Die Zusammenarbeit mit den städtischen und kantonalen Instanzen, insbesondere mit den zuständigen Stadträten und Chefbeamten, war überaus erfreulich. In vielen Fällen haben unsere Anregungen Gehör gefunden. Wir möchten es nicht unterlassen, an dieser Stelle den Betreffenden unseren besten Dank auszusprechen, in allererster Linie dem Chef des Stadtplanungsamtes.*»
>
> *Aus dem Jahresbericht 1970 der City-Vereinigung*

Allemann gehört auch zusammen mit dem *Generaldirektor der Kreditanstalt, Dr. H. R. Wuffli*, dem *Globus-Boss H. H. Mahler* und dem *Baujuristen Dr. Walter Vollenweider* zu den Verfassern der *33 Thesen über Massnahmen zur Entwicklung der Zürcher City* (8). Es ist selbstverständlich, dass diese 33 Thesen der «City-Vereinigung» von den Behörden sehr wohlwollend geprüft wurden. Sie enthalten u. a. Forderungen nach vermehrtem Parkraum in der City. Sie resultierten später in den Parkprovisorien im Sihlraum, welche durch die «*City-Parkhaus AG*» (kontrolliert durch die «City-Vereinigung») gebaut wurden. Hier zeigt sich, wie die *Schaffung von Sachzwängen* benutzt wird, um später «berechtigte» Forderungen stellen zu können. Der Ruf nach verbesserter Erschliessung des Sihlraums lässt denn auch nicht auf sich warten: Expressstrassen als Zubringer für die zusätzlich geplanten 12 000 Parkplätze müssen gebaut werden.

. . . bestimmen Planung und Gesetze

Die «City-Vereinigung» will – nach ihren eigenen Aussagen – «*vor allem jenen, die an exponierter politischer Stelle (ihre) Thesen vertreten, ihre Unterstützung verleihen*» (2). Einen Einblick in diese Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen bietet die *Ueberbauungsstudie «Sihlquai»* (beim Hauptbahnhof). Im Auftrag der City-Parkhaus AG, der Stadt Zürich und anderer projektierten die Herren Schader (Standortanalyse), Vollenweider (Rechtsfragen), Seiler und Barbe (Verkehrsfragen) und die Firma Elektro-Watt (Projekt) eine *Grossüberbauung mit 2000 Parkplätzen* (inklusive Anschluss an das Ypsilon, *Einkaufszentrum und Arbeitsplätze*. Interessanterweise sind die als Verkehrsexperten zugezogenen Ingenieure Seiler und Barbe dieselben, die zuvor im Auftrag der Behörden den kantonalen Transportplan und die ersten U-Bahn-Studien erstellten.

Der Rechtsexperte *Dr. W. Vollenweider*, der von Allemann ausdrücklich als *Baujurist der «City-Vereinigung»* bezeichnet wird, wurde später vom Kanton beauftragt, den Entwurf für das inzwischen veröffentlichte neue *kantonale Baugesetz* auszuarbeiten. Daraus erklärt sich auch, warum geeignete baujuristische Voraussetzungen zur Verwirklichung dieses privaten Riesenprojektes (mit eventueller staatlicher Beteiligung) heute bereits im Baugesetzentwurf enthalten sind.

Das neue Baugesetz bildet zugleich eine wesentliche bau- und *planungsrechtliche Voraussetzung für die Realisierung des U-Bahn-Wirtschaftskonzepts*. Wie im erläuternden Bericht dazu gesagt wird, hat sich der kantonale Gesetzgeber an die eidgenössische Eigentumsordnung zu halten. Das Akzeptieren dieser kapitalistischen Wertordnung präjudiziert konsequenterweise jede Gesetzgebung. So wird das Privateigentum garantiert, und bei Enteignungen muss der volle Verkehrswert bezahlt werden. Dazu kommt noch, dass die vorgesehene Mehrwertabschöpfung auf Grundstückgewinnen, von der zurzeit so viel Wesens gemacht wird, maximal 30% betragen soll. Weitere unumstössliche Voraussetzungen des neuen Baugesetzes sind die sogenannte Handels- und Gewerbefreiheit sowie die Niederlassungsfreiheit.

Umgekehrt ermöglichen die sogenannten Sanierungsartikel, dass kleinere Grundstücke «saniert» werden, d. h. dass sie für Büro-Grossüberbauungen enteignet werden können. Das neue Baugesetz ist also ganz auf die Interessen der Monopole und ihr U-Bahn-Ville-Konzept zugeschnitten. Der Mechanismus ist ganz einfach: Wie schon beim Transportplan wird eine mit der Wirtschaftslobby eng verflochtene Privatperson – hier Dr. Vollenweider – als «Spezialist» beauftragt, für die Oeffentlichkeit verbindliche Sachzwänge zu schaffen. Dabei wird ohne weiteres in Kauf genommen, dass die formulierten Zielvorstellungen in krassem Widerspruch zu den eidgenössischen landesplanerischen Leitbildern stehen – was zugleich dokumentiert, welche Alibifunktion solche «Leitbilder» erfüllen.

Zürich-Transport: illustre Gesellschaft . . .

Wohl noch einflussreicher und exklusiver als die erwähnte «City-Vereinigung» ist der 1968 gegründete Verein «*Zürich-Transport*» (Gesellschaft zur Förderung der baulichen und verkehrstechnischen Entwicklung der Region Zürich). Laut Eintragung im Handelsregister besteht sein Zweck in der «*Unterstützung aller Massnahmen, die in der Region Zürich einer wachsenden Einwohnerzahl und den wirtschaftlichen Unternehmungen (!) bessere Umweltbedingungen, insbesondere im Verkehr, verschaffen wollen*».

In der «Zürich-Transport» haben wir es mit einer eigentlichen Institutionalisierung der Zusammenarbeit von Spitzenmanagern der Privatwirtschaft und massgeblichen Behördenvertretern zu tun. In ihrem Vorstand sitzen nicht weniger als 5 Regierungs- und Stadträte, nämlich *Prof. H. Künzi* (FdP), *Dr. H. Burkhardt* (FdP), *Max Koller* (CVP), *Adolf Maurer* (SP) sowie der *Stadtpräsident Sigi Widmer* (LdU), der als Vorstands-Vize amtiert. Daneben fehlt es auch nicht an hohen Staatsbeamten wie dem Direktor der Verkehrsbetriebe, *Werner Latscha* (SP), oder *Stadtingenieur Jakob Bernath*, der zu den Initianten der «Zürich-Transport» gehörte.

Bernath präsidierte den Arbeitsausschuss, der einen Kataster mit den langfristigen Investitionen der öffentlichen Hand erstellte, damit die mächtigen Konzerne auf Kosten des Staates ihren Informations- und Machtvorsprung noch sicherer in Pofite umsetzen und ihre Expansion noch schneller vorantreiben können. Bernath, dessen Hauptanliegen seit Jahren die U-Bahn ist, mischt auch bei den Parkhäusern tatkräftig mit. So ist er im VR (Verwaltungsrat) der *Parkhaus Urania AG* und der *City Parkhaus AG*, die beide unter Umgehung von Volksabstimmungen mitten in der City auf öffentlichem Grund Parkhäuser erstellen.

. . . in innigster Umarmung . . .

Von privater Seite sind namentlich City-Dienstleistungsunternehmen (Banken, Warenhäuser, Versicherungen) und die an der Realisierung der propagierten Planungsprojekte interessierten Bau- und Immobiliengruppen vertreten. Die mächtigste Fraktion des Zürcher Grosskapitals, die *Kreditanstalt*, stellt mit *Generaldirektor Robert Lang* den Präsidenten; er sitzt unter anderem im VR der *Ingenieurunternehmung Elektro-Watt* (Planung und Bau des Ypsilons), einer Kreditanstalt-Filiale, die durch ihren Direktor *Hans Bergmaier* sowie ihren Vizepräsidenten *Fritz Honegger* vertreten ist. Der freisinnige Stände- und Multiverwaltungsrat Honegger, Direktor der *Zürcher Handelskammer*, amtiert u. a. als Mitglied der Kontrollstelle der *Kreditanstalt*, als VR der *Rentenanstalt*, der *Baufirma Zschokke*, der *Bull-Honeywell*, der *NZZ*; er präsidiert die *City Parkhaus AG* (Kind der «City-Vereinigung») und sitzt im Vorstand des *Verkehrsvereins Zürich* und in der Zürcher *Stadtplanungskommission*. Als weiterer Kreditanstalt-VR ist auch der Inhaber der bekannten Grosshandelsfirma, *Eduard L. Keller*, Mitglied des *Vororts* und Vorsitzender der *Zürcher Handelskammer*, daneben Präsident der *Versicherungsgesellschaft «Die Schweiz»*, mit von der Partie.

Neben dem Versicherungsboss *Ernst Reber von der Rentenanstalt* begegnen wir im Vorstand der «Zürich-Transport» den Repräsentanten der Warenhäuser: *H. H. Mahler vom Globus, Otto Schütz (SP) vom Lebensmittelverein Zürich* und dem Landesring-Nationalrat *Rudolf Suter von der Migros*. Die Bau- und Immobilienlobby wird durch *Ernst Uhlmann*, Präsident der *Bauunternehmung Züblin & Cie. AG, Walter Haefner* von der *Mobag-Gruppe*, Rechtsanwalt *E. Gayler* von der zur Bankgesellschaft/Winterthur-Gruppe gehörenden *Immobilienholding Intershop AG* und den Direktor des Schweizerischen Spenglermeisterverbandes, *Fritz König*, VR in verschiedenen Firmen der Uto-Gruppe, vertreten.

Macht und Exklusivität der «Zürich-Transport» zeigen sich auch daran, dass nicht wenige ihrer Vorstandsmitglieder hohe militärische Ränge bekleiden. Der Züblin-Boss E. Uhlmann ist zugleich Alt-Korpskommandant; er ist flankiert von drei Brigadiers (R. Lang, F. König, R. Holzach) und vier Obersten (S. Widmer, F. Honegger, E. Gayler, M. Strauss)!

. . .gegen Arbeiter und Mieter

Neben ihrer direkten Einflussnahme auf behördliche Entscheide betreiben die Interessenorganisationen der Monopole wie «City-Vereinigung» und «Zürich-Transport» auch eine überaus emsige PR-Tätigkeit. Ihr Plan, Zürich zu einem «*würdigen Mitglied der Oekonomopolis*» (*R. E. Hatt, Immobilienkonsulent*) umzubauen, stösst nämlich auf den wachsenden Widerstand der Bevölkerung. Immer weitere Kreise der Arbeiter und Angestellten beginnen den klassenpolitischen Charakter von Planungsentscheiden zu erkennen. Anzeichen dafür sind der Kampf von Bewohnervereinen gegen die Verschacherung der Venedigstrasse an die Rentenanstalt und gegen den Bau der PTT-Zentrale im Wohnquartier Aussersihl, die wuchtige Verwerfung der Hechtplatz- und der Hardplatz-Vorlagen, das Nein zur VBZ-Taxerhöhung, Petitionen und Initiativen gegen das Ypsilon und den Seetunnel usw.

Die Monopolbourgeoisie ist sich der Konsequenzen einer unkontrollierten Verschärfung der Klassengegensätze durchaus bewusst. Die sich verschärfenden Widersprüche dürfen nicht so weit erkannt werden, dass sich die Betroffenen in einem organisierten Kampf gegen die Monopole wenden könnten. Um den durch den Bau der U-Bahn heraufbeschworenen sozialen Spannungen entgegenzuwirken, hat die Wirtschaftslobby deshalb schon seit letzten Herbst in sämtlichen Zürcher Tageszeitungen eine Grossinseratenkampagne anrollen lassen. Dem Stimmbürger wird darin weiszumachen versucht, die U-Bahn sei ein Schritt zur Verwirklichung der ersehnten «wohnlichen Stadt», ein wertvoller Beitrag zum Umweltschutz und dergleichen mehr.

Vorgeschobene Tarnvereine

Die eigentlichen Auftraggeber und Financiers dieser Vernebelungsaktionen, Handelskammer, «City-Vereinigung» und «Zürich-Transport», treten dabei selten in den Vordergrund. Sie bedienen sich mit Vorliebe vorgeschobener Tarnvereine wie «*Aktionskomitee Regionalverkehr Zürich*», «*Informationsgruppe Mensch und Verkehr*», «*Arbeitsgruppe U- und S-Bahn ja*», «*Gesellschaft zur Förderung einer Zürcher U-Bahn*» (GZU) usw.

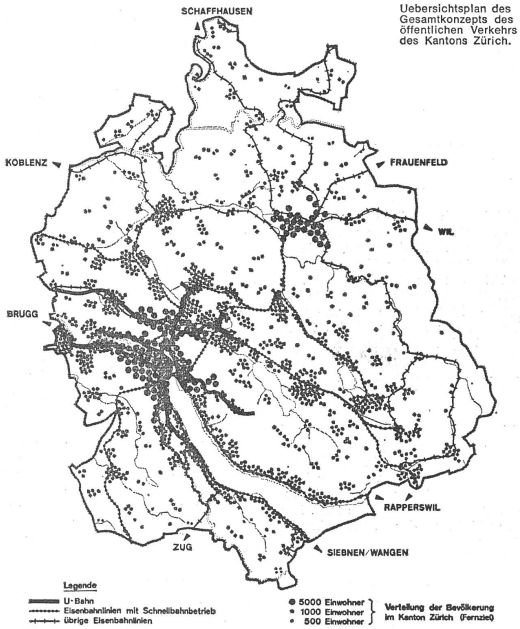
Federführend für die Inseratenkampagne zeichnet der *Werbe- und PR-Spezialist Peter Felix*, Kommissionssprecher der gemeinderätlichen Landesringfraktion in der U-Bahn-Debatte, Felix («fx») hat bereits bei früheren Gelegenheiten von den Monopolen den Auftrag erhalten, «kritische» Abstimmungsvorlagen durchzubringen. Bedauerlich, dass ihm dies weder beim Hechtplatz, dem Hardplatz noch der durch ein Referendum der Poz erzwungenen Abstimmung über die VBZ-Taxerhöhung gelungen ist . . .

Die Tatsache, dass in der Schweiz aufgrund herkömmlicher demokratischer Traditionen die Bevölkerung noch über bestimmte Entscheidungsbefugnisse in planerischen Fragen verfügt (Initiativ- und Referendumsrecht), macht dem Grosskapital in der Verwirklichung seiner Pläne zunehmend zu schaffen. «*Das Ausland hat es leichter:*» heisst es bedauernd in einem Bettelbrief der «Informationsgruppe Mensch und Verkehr», «*seine Spiesse im Konkurrenzkampf europäischer Metropolen sind von vornherein länger. In Frankfurt, München, Paris und Mailand wird der Bürger nicht gefragt, ob ihm die Expressstrassen, U-Bahnen, Handelszentren passen oder nicht.*» (9).

> «*Das ist die Frage: Ob das Wohl der Bevölkerung massgeblich ist für die Politik. Mir geht es weniger um die Meinung der Bevölkerung als um die Auffassung der Elite. Das ist doch entscheidend!*»[3]
>
> *Dr. Richard Allemann*
> *Präsident der City-Vereinigung*

Die Monopole sehen sich deshalb immer mehr gezwungen, den noch vorhandenen demokratischen Entscheidungsspielraum zu verengen und ihre Interessen unter völliger Umgehung der Volksmeinung über – wie sie selber sagen – «*extrakonstitutionelle Organisationen*» (3) wie «Zürich-Transport» durchzusetzen. Hier bewahrheitet sich, was Lenin schon 1916 schrieb: «*Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System . . .*»(10)

Progressive Organisationen Zürich (POZ)



Uebersichtsplan des Gesamtkonzepts des öffentlichen Verkehrs des Kantons Zürich.

++ redaktionelles ++ redak

Neues

Wir möchten Ihnen hier einige Neuerungen vorstellen, lieber Leser. Zunächst einmal diese: In jeder Nummer werden wir Sie in Zukunft an dieser Stelle unter diesem Titel über unsere Pläne und manchmal auch über unsere Schwierigkeiten orientieren, Fragen an Sie richten, kurzum, den Kontakt zwischen dem Leser und der Redaktion zu fördern versuchen. Nun eine erfreuliche Meldung für diejenigen, die «konzept» am Kiosk kaufen: «konzept» erscheint in Zukunft immer um den 20. des Monats herum, am Kiosk verlangen Sie es am besten zwischen dem 20. und dem 30., so werden Sie nicht hören, die neuste Nummer sei noch nicht erschienen. Als neuer Dienst an die Leser (der Preis deckt nur unsere Selbstkosten) führen wir von dieser Nummer an nichtkommerzielle Kleininserate ein. Als vor allem unter in Ausbildung befindlichen Leuten verbreitetes Organ eignet sich «konzept» bestens, wenn es um die Suche eines Zimmers für die Ferien, Nachhilfeunterricht, den Verkauf eines Fahrzeugs, die Suche nach einem vergriffenen Buch usw. geht. Einen Bestelltalon finden Sie in dieser Nummer. Und noch ein letztes: Mit dieser Nummer beginnt für «konzpet» der zweite Jahrgang. Aber dies ist für uns keine langen Worte wert. Höchstens ein Ansporn, weiter das Beste zu versuchen.

Quellen:

1 Dr. Richard Allemann: «Neue Chancen für die City?» Publikation der City-Vereinigung, Heft 3, Juni 1970.
2 Dr. Richard Allemann: «Provinzstadt oder europäische Metropole?» Publik. der City-Vereinigung, Heft 1, Zürich 1969.
3 «Möglichkeiten und Grenzen der Verwirklichung städtischer Leitbilder in der Konsum- und Industriegesellschaft.» Untersuchung im Rahmen des Nationalfonds 1966–1968. (Aussagen von Dr. R. Allemann.)
4 Jahresbericht der City-Vereinigung 1970.
5 City-Brief, Juli 1971.
6 Bericht über das 2. Sem. 1971 der City-Vereinigung. Januar 1972.
7 vgl. Tages-Anzeiger-Magazin 31. 3.73.
8 33 Thesen. Hg. von der City-Vereinigung in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt, Zürich 1964.
9 Brief an die Unternehmer, Tages-Anzeiger-Magazin 6. 5. 72.
10 Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Bern 1970.

Ein Osterspiel von Niklaus Meienberg

Geschnetzeltes oder Nach Zürcher Art

(Wir befinden uns in Gockhausen, in der Datscha des weltläufigen, weltoffenen Journalisten Peter Obenauf, welcher mit den ebenfalls weltläufigen, weltoffenen Journalisten Hugo-Vladimir Krauchthaler und Nicolas Hungerbühler in eine Diskussion verstrickt ist. Obenauf geht auf die Fünfzig zu, Krauchthaler auf die Vierzig, Hungerbühler hat eben die Dreissig überschritten. Auf dem Tisch dampfen die Schüsseln. Eine Bücherwand mit gut eingebundenen Werken ethnologischer, anthropologischer und philosophischer Natur. Zwischen Hungerbühler und Krauchthaler erscheint jetzt Papst Paul der Sechste auf dem Fernsehschirm, denn es ist Ostern, und sagt:)

Paul VI.: Benedictionem et remissionem peccatorum concedat vobis Dominus Deus omnipotens *(mit hohem gedehntem i: omniipotens).*

Hungerbühler *(wippt mit seinen Füssen im Takt des päpstlichen Marsches):* Jetzt werden die Ostereier wieder reif.

Obenauf: Jeder spürt's.

Krauchthaler: Es lenzt. O die wunderbare Eiervermehrung.

Hungerbühler: Eier mit Geschnetzeltem *(Obenaufs Tochter, im Knospen begriffen, trägt eine Schüssel mit Geschnetzeltem auf).*

Obenauf: Schmeckt's?

Krauchthaler *(nach sorgfältigem Goutieren der Sauce):* Schmeckt.

Obenauf: Der Medizinmann von Gockhausen hat den Ochsen zuerst vor dem grossen Clanhaus beschworen. Er hat dem Tier erklärt, dass man es nur schlachtet, weil man Fleisch braucht, und es gebeten, diese Handlung nicht übelzunehmen.

Hungerbühler *(während die sixtinischen Trompeten sein Schmatzen übertönen):* Der Ochse war einverstanden. Hier auf der Zürcher Landschaft haben die Ochsen eine alte Tradition: Sie sind mit ihren Metzgern immer einverstanden.

Obenauf: Die Metzger aber auch mit ihren Ochsen.

Hungerbühler: Daher das Geschnetzelte, seit Bürgermeister Stüssi.

Obenauf: Wenn Sie dann ausgeschnetzelt haben, Sie breitmäuliger Eierschlürfer, Sie, dann können wir zum Verhör schreiten.

Krauchthaler *(in Positur, feierlich):* Obenauf, woran glauben Sie?

Obenauf *(nach einem Schluck Stäfener Spätlese und während der Papst verflimmert):* Ich glaube an die Objektivität, an die Toleranz, an die Ausgewogenheit, an die Berücksichtigung aller Standpunkte, an einen Standpunkt oberhalb aller Standpunkte, an ein breites Meinungsspektrum, an die Kraft der Vernunft und an organisch-historisch Gewachsenes.

Hungerbühler *(während der Papst wieder aufflimmert, aber ohne Ton):* Alleluja. Er glaubt an die Koexistenz der Kälber mit ihren Metzgern. *(Ton setzt wieder ein. Auf dem Petersplatz klatschen die Massen.)*

Obenauf: Ich glaube an das Versagen des Kapitalismus, aber auch an jenes aller Kommunismen, und ich glaube, dass alle ein bisschen recht und ein bisschen unrecht haben. Ich glaube an sowohl-als-auch, an zwar-aber, an Säuhäfeli-Säuteckeli, ich glaube an gehupft-wie-gesprungen und an die Luft, worauf ich sitze, da ich weder Stuhl noch Bank anerkennen mag.

Hungerbühler: Ein ausgeglichener Mensch und deshalb: ein Lakai des Bestehenden. Prost Obenauf!

Obenauf: Ich glaube an den Umweltschutz und an die grosse Zivilisationskrise, in der wir alle stecken, und ans gleiche Boot, in dem wir alle sitzen.

Hungerbühler: Die einen rudern, die andern lassen sich rudern.

Krauchthaler: Obenauf, haben Sie mildernde Umstände geltend zu machen?

Obenauf: Indem ich die Wahrheit suchte und die Unparteilichkeit, bin ich nicht fett geworden. Ich lebe mässig, die Datscha ist noch nicht abgezahlt. Mein unaufhörliches Suchen nach Wahrheit wurde weder vom Vorort noch von Peking honoriert. Bis ins fünfunddreissigste Lebensjahr sog ich am leeren Daumen. Nun ist mein Haar gebleicht, und die eigenen vier Wände gehören mir nur zu 35%, und bald komm ich in die Wechseljahre.

Hungerbühler *(prustet lachend ein paar Tropfen Stäfener Spätlese aufs Tischtuch):* Ein erschwerender Umstand. Er hat objektiv den Fetten gedient und ist subjektiv doch mager geblieben. Obenauf, lassen sie mich Mitleid haben. *(Lacht nochmals.)*

Obenauf: Ich habe gesucht und nicht gefunden, ich habe angeklopft, und siehe, es wurde mir nicht aufgetan. Ich habe den gewaltigen Castro erlebt, wie er aus der Sierra hinabstieg und in Havanna einzog. Ich habe auch den ungestümen Sigi erlebt und seine Vorträge im Gewerbeverein. Habe meine Sympathie für die Neue Linke erlebt und überlebt. Und als der gewaltige Castro begann, seine Gegner auszurotten, und als der ungestüme Sigi gegen die Neue Linke hetzte, da trieb mich mein Symmetriegefühl hinter die Schreibmaschine. Mir geht nichts über die Symmetrie.

Hungerbühler: Ich unterstütze Sie, lieber Obenauf. Ich unterstütze Sie so, wie der Strick den Gehenkten stützt. Auf dem Pont Neuf ist noch ein Laternenpfahl frei. Wir werden Sie gegenüber dem Standbild des Henri IV aufknüpfen, der Symmetrie zuliebe. Ist es Ihnen im Mai 1974 recht?

Krauchthaler: Die Nouvelle résistance populaire erledigt alle hängigen Geschäfte.

Hungerbühler: In deinem Nacken hör ich's knacken, Obenauf.

Papst Paul VI. *(erscheint wieder unvermittelt und sagt):* Selig die Sanftmütigen, denn ihrer ist das Himmelreich.

Krauchthaler: Jetzt zu Ihnen, Hungerbühler, woran glauben denn Sie?

Hungerbühler *(nimmt einen gewaltigen Schluck):* Ich glaube nicht, ich sehe. Ich sehe die grosse Hure Babylon, das Tier mit den sieben Köpfen, die da heissen Pentagon, Schweizerischer Bankverein, Bührle, Chase Manhattan Bank, Standard Oil, Ciba-Geigy, United Fruit. Ich sehe das dreieinige Machtkonsortium Nixonbreschnewgnägi. Ich sehe die Verdammten dieser Erde, wie sie täglich bis aufs Hemd ausgezogen werden. Ich erwäge die niederen Rohstoffpreise und die günstige Einfuhr aus der Dritten Welt. Ich betrachte die scharlachrote Hure Babylon, die sich täglich besäuft mit dem Blut der Aufständischen. Ich sehe die kaputten Wälder in Vietnam. Ich höre die Sprache der Heuchler und Zuhälter, die sich über ein paar deutsche Bombenwerfer entrüsten und noch nie ein Wort des Abscheus gefunden haben für die Bomberschwärme des Kapitals.

Obenauf *(goutiert die Bratensauce, die, nicht zu dünn, von mittlerer Konsistenz, mit einem rötlichen Schimmer von Paprika überzogen ist):* Es sind der Riesling und der saure Rahm, die, zusammen mit dem hausgemachten Jus, den Reiz dieser Sauce ausmachen.

Hungerbühler: Ich glaube an den Umsturz, ich seh' ihn kommen. Ich lese bei einem Umsturzdichter: «Wir arbeiten gegenwärtig mit der Schreibmaschine, aber schon morgen vertauschen wir sie vielleicht mit dem Maschinengewehr.» *(Schöpft sich eine neue Portion.)* Das ist der Vorteil unsrer Milizarmee, dass jeder sein Sturmgewehr und fünfundzwanzig Schuss nach Hause nehmen kann. Ich bin gegen die Dienstverweigerung. Fünfundzwanzig Schuss, am richtigen Ort angebracht, die können viel Gutes tun.

Krauchthaler: Eine flotte Revolution, immer schön revoluzzen und dabei gut saufen und fressen und haschen und mit dem Schwengel im Land herumspritzen, Sie Wenderohrführer, Sie.

Obenauf: Ein richtiger Phallokrat, unser Hungerbühler. *(Zündet sich einen Stumpen an.)*

Obenaufs Tochter: Papi, sag, was ist das, ein Phallokranz?

Krauchthaler: Ein libidinöser Simpel. Hat keine Ahnung, wieviel Disziplin eine ordentliche Revolution braucht.

Hungerbühler: Noch nie etwas von Danton gehört? Keine Revolution ohne allgemeine Kopulation, Sie mürber Robespierre. Befreiet euren Leib, und alles andere wird euch hinzugegeben. Die befreite Lust wird alle Unterdrükkung unterdrücken, in den Kindergärten, in den Fabriken, in Vietnam. Alle Räder stehen still, wenn eure Libido es will. Und es wird sich begeben in jener Zeit, da sich keiner mehr programmieren lässt, dass keiner mehr am Fliessband steht und Bomben produziert und keiner mehr in die Pilotenkanzel sich zwingen lässt und keiner mehr Bomben regnen lässt, und also wird anbrechen ein Reich des Friedens und der Gerechtigkeit und müssen vorher noch die letzten Bürokraten mit den Gedärmen der letzten Technokraten erwürgt werden, aber auch das mit Libido und Blasmusik, und nachher haben wir nämlich das goldene Zeitalter. *(Schmatzt still drauflos.)* Dann haben wir Ruhe. *(Schmatzt weiter.)* Das immerwährende Oktoberfest. *(Rülpst.)*

Obenauf: Amen. Jetzt ist er religiös geworden, unser Hungi. Ich werde ganz rot bei Ihrem Pathos, Thomas Münzer ist ein Dreck dagegen. Wir leben aber nicht mehr im Bauernkrieg, lieber Hungerbühler. Unsere technisch interdependente, planetär diversifizierte Welt braucht einen wissenschaftlichen Approach. Sie stammen von früher, lieber Hungerbühler. Ist aber immer ein Erlebnis mit Ihnen. Auch solche wie Sie müssen zu Wort kommen, so erhalten wir das breite Meinungsspektrum, lieber Hungerbühler.

Krauchthaler: Marsch auslöffeln, wir möchten *(zu Hungerbühler gewandt)* zum Dessert übergehen, Sie politischer Waldschratt. So Putschisten und Aventuristen wie Sie, das hat dem werktätigen Volk grad noch gefehlt.

Hungerbühler: Da hat mal einer gelebt, der hiess Luther, und der nahm die alten Melodien von den Hurenliedern und gab ihnen einen geistlichen Text, so entstanden die Kirchenlieder. Sie kennen «Vom Himmel hoch da komm ich her», und dieser Luther hat gesagt: «Man soll nicht alle schönen Melodien dem Teufel überlassen.» Und seither oder schon früher waren die kostbaren Gefühle und das gesunde Pathos der Religion vorbehalten. Ich möchte demgegenüber sagen: Man soll nicht alle schönen Gefühle dem Herrgott überlassen, denn haben Sie schon eine Revolution ohne Pathos gesehen? Wir müssen also die religiösen Gefühle, welche in ihrem Kern menschliche Gefühle sind, für die Revolution zurückerobern, die verkehrte Welt vom Kopf wieder auf die Beine stellen, wach auf, du Christ, der Schnee schmilzt weg, das gibt einen kräftigen Treibsatz, vom Sonnengeflecht bis zum Kleinhirn wird alles gleichmässig massiert. Da kommt man auf die richtigen Frequenzen.

(Frau Obenauf und Tochter räumen jetzt ab, es klappert in der Küche, anschliessend erscheinen sie mit dem Dessert.)

Krauchthaler: Hübsch, wie sie brennen, die Pfirsiche.

Frau Obenauf: Man nennt das flambiert.

Hungerbühler: Eine Lust, die züngelnden Flammen.

Obenauf: Wird lecker, das Pfirsichfleisch.

Frau Obenauf: Schmeckt's?

Krauchthaler/Hungerbühler/Obenauf: Schmeckt.

(Während allen gleichmässig der Pfirsichsaft aus den Mundwinkeln läuft und etwas Vivaldi aus dem Radio strömt, wird draussen ein langsam anschwellendes Dröhnen hörbar, das man einen Augenblick mit dem Fauchen eines tieffliegenden Düsenflugzeugs verwechseln könnte, das sich schliesslich aber mit zunehmender Eindeutigkeit als Motorradlärm erweist, welcher, nach einem letzten Aufbrüllen, das jede Konversation und auch den Vivaldi übertönt, zum Erliegen kommt. In der jähen Stille werden vor dem Panoramafenster der Obenaufschen Datscha einige Mitglieder der Rockerbande «Hot Dogs» sichtbar, wie sie, ganz in schwarzes Leder gehüllt, absitzen, ihre funkelnden Maschinen aufbocken, die Helme abnehmen und langsam über den englischen Rasen auf die Datscha zuschlendern, begleitet von Vivaldis jetzt wieder deutlich hörbaren Vier Jahreszeiten.)

Obenaufs Tochter: Papi, wir bekommen Besuch.

(Der vorderste Rocker setzt den Helm wieder auf, geht mit gesenktem Kopf aufs Panoramafenster zu, welches er mit einem energischen Kopfstoss zertrümmert. Durch die so entstandene Oeffnung treten die «Hot Dogs» ein.)

Obenaufs Tochter: Papi, wir *haben* Besuch.

(Die schwarzen Gäste, von ihrer Sonntagsausfahrt noch etwas erhitzt, lassen sich nieder auf Teppich, Stühlen und Tischen. Ein grosser Blonder betrachtet die gut eingebundenen Werke ethnologischer, anthropologischer und philosophischer Natur. Dabei summt er): Es schneielet es beielet, es got en chüele Wind. Und d'Maitli leget d'Händsche a, und d'Buebe laufed gschwind.

Obenauf *(mit regem Interesse die Gruppe musternd):* Macht's euch bequem. Diese eure etwas marginale Bevölkerungsgruppe hätte ich schon lange gern kennengelernt. Ich bin für Toleranz, für die Berücksichtigung aller Standpunkte, für die Kraft der Vernunft.

Rockerbraut Bettina *(sich auf Obenaufs Schoss setzend und Obenaufs Wange tätschelnd):* Du redsch aber gschpässig. *(Entfernt Obenaufs Brille aus seinem Gesicht, öffnet die Obenaufschen Hemdknöpfe, krault ihm die Brust. Summt):* I ghöören äs Glöggli, das lüütet so nätt. *(Der höchst genierte Obenauf lächelt gequält. Bettina öffnet jetzt seinen Hosenladen.)* Dä Tag isch vergange, jetzt gömmer is Bett.

«konzept» gibt gratis eine Liste von Aerzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Redaktion «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

(Rocker Nr. 1 schickt sich an, Obenaufs Tochter zu karessieren, welche sagt:) Papi, der Herr da zwackt mich.

Hungerbühler *(zu Rocker 1):* Was fällt Ihnen ein. Lassen Sie das Mädchen los! *(Hungerbühler fällt, von einem gutplazierten Kinnhaken getroffen, auf den Teppich vor der Bücherwand, Rocker Nr. 1 zu Füssen.)*

Rocker Nr. 2 *(zu Hungerbühler):* Useschpucken und schpüele bitte.

Rocker Nr. 3 *(schlägt sein Wasser ab: in die Geranien auf dem Fensterbrett):* Guet gsaicht isch halbe gvoglet.

Krauchthaler: Die Ideologie drückt immer mehr auf die Arbeiterklasse. Diese Ideologie der Ordnung, der Tugend, der Annahme der Gesetze, des Schicklichen und Unschicklichen. Diese Ideologie wird immer mehr verinnerlicht. Aber erstaunlich ist doch, dass die gewalttätigen Randschichten der plebejischen Bevölkerung in ihr politisches Bewusstsein zurückkehren.

Rocker Nr. 4 *(nimmt die Armagnac-Flasche, welche fürs Flambieren gedacht war, schüttet ihren Inhalt auf Krauchthaler, zündet an. Der flambierte Krauchthaler stürzt schreiend in den Garten, wälzt sich auf dem englischen Rasen, bis die Flammen erstickt sind. Angesengt und etwas stumm kommt Hugo-Vladimir in den Salon zurück. Dort haben die Rocker unterdessen die Telephonleitung gekappt.)*

Obenauf *(zu Hungerbühler, bleich, flüsternd):* Hinter der Bücherwand steht mein Ordonnanzgewehr. Wenn wir nicht schiessen, machen die uns kalt. Versuchen sie ans Gewehr zu kommen.

Hungerbühler: Aber ich kann nicht damit umgehen, hab' keinen Militärdienst gemacht.

Krauchthaler *(zu Obenauf, flüsternd):* Also Polizei. Haben Sie einen zweiten Telephonanschluss?

Obenauf: Nebenan, im Elternschlafzimmer.

Krauchthaler: Ich muss austreten.

Rocker 4 *(zu Rocker 1):* Dä wet go brüntzle.

Krauchthaler *(verschwindet, kommt nach fünf Minuten wieder. Bettina macht sich an Obenauf zu schaffen, Rocker 2 an Frau Obenauf, Rocker 1 fährt weiter mit Tochter Obenauf. Die andern räkeln sich auf dem Teppich, nicht ohne Gemütlichkeit, und jassen. Von weitem hört man eine Polizeisirene.)*

Rocker 1: Tschuggerei. Los, abzische.

(Familie Obenauf und ihre ursprünglichen Gäste sind wieder unter sich. In Gockhausen krähen die Hähne.)

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «zürcher studenten», in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint achtmal jährlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien und Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 36 500.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30. Postscheckkonto 80–35598.
Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH–8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

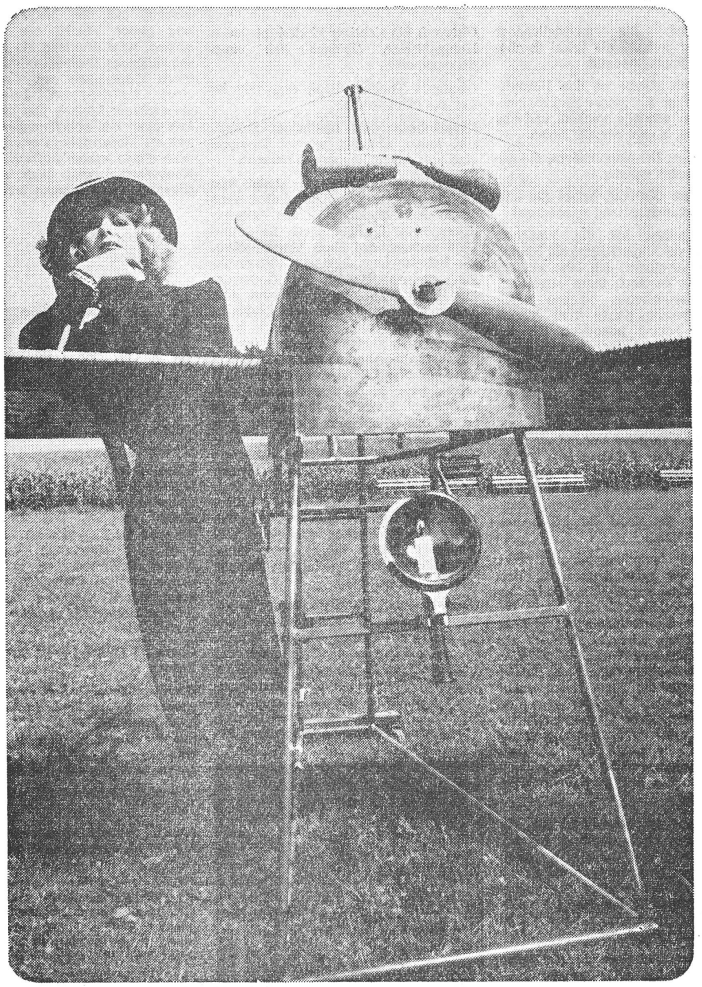
Stellen

Mitarbeiter mit Hochschulstudium gesucht?

Schreiben Sie offene Stellen im Stellenanzeiger des «konzept», der deutschschweizerischen Studentenzeitung mit der grössten Auflage und dem grössten Umfang, aus.

Zürichs grösste Auswahl

Gratisanpassung
Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz



Sie hat wohl etwas falsche Vorstellungen von SSR-Flügen, wie steht es mit Dir?

Vor 26 Jahren führte der Vorgänger des Schweizerischen Studentenreisedienstes, das VSS-Auslandamt, den ersten Studentencharter nach Nordamerika durch. Wie das nun mit dem Fortschritt so ist, hat er auch beim SSR nicht halt gemacht. Mit Caravelle, DC-9, DC-8, Comet und sogar DC-10 fliegt der SSR heute direkt 23 Destinationen in Europa und Uebersee an. Laut Bestimmungen des Schweizerischen Luftamtes dürfen aber auf diesen Flügen nur vollimmatrikulierte Studenten bis 30 Jahre und Mittelschüler mitfliegen.

Hier nun unser Sommerangebot, wobei im Vergleich zu den Liniengesellschaften unsere Preise für sich sprechen. (Abflugdaten sind aus dem neuen Sommer-Herbst-Programm 1973 ersichtlich, Preisänderungen vorbehalten):

	einfach
Amsterdam	**Fr. 99.–**
Athen	**Fr. 181.–**
Barcelona	**Fr. 109.–**
Dublin	**Fr. 148.–**
Edinburgh	**Fr. 143.–**
Helsinki	**Fr. 249.–**
Heraklion (Kreta)	**Fr. 211.–**
Istanbul	**Fr. 185.–**
Kopenhagen	**Fr. 126.–**
London	**Fr. 107.–**
Madrid	**Fr. 156.–**
Oslo	**Fr. 205.–**
Paris	**Fr. 75.–**
Rom	**Fr. 98.–**
Split	**Fr. 106.–**
Stockholm	**Fr. 206.–**
Wien	**Fr. 95.–**
Tel Aviv	**Fr. 285.–**
Bangkok	**Fr. 777.–**
(Billige Anschlussflüge in Asien)	
Tokyo	**Fr. 1287.–**
Nairobi	**Fr. 643.–**
New York	**Fr. 550.–**
	retour Fr. 780.–
Südamerika	**Fr. 900.–**
(Lima, La Paz, Barranquilla)	retour Fr. 1700.–

Damit auch Nichtstudenten verbilligt fliegen dürfen, gewähren die Liniengesellschaften (z. B. Swissair) für Jugendliche bis 21 Jahre 25% Ermässigung auf allen Europaflügen. Ebenso bestehen spezielle Jugendtarife nach Nordamerika, Israel, Syrien, Libanon und dem Irak.

Nähere Informationen erhältst Du an unseren Verkaufsstellen in:

Zürich
Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich, 01/47 30 00

Basel
Friedensgasse 14, 4000 Basel 12, 061/25 98 20

Bern
Hallerstrasse 4, 3012 Bern, 031/24 03 12

St. Gallen
Burggraben 25a, 9000 St. Gallen, 071/22 22 44

Lausanne
8, rue de la Barre, 1005 Lausanne, 021/20 39 75

Genève
72, bd St-Georges, 1205 Genève, 022/43 23 60

SSR
Schweizerischer
Studentenreisedienst

Auch im «Volks»kapitalismus schwimmen die dicken Fische obenauf

...ein einig Volk von Aktionären?

Nicht zu Unrecht hat die Börse für die einen den Ruf eines Märchentempels und für die andern denjenigen einer Ausbeuterhöhle: es kommt darauf an, ob man drinnen oder draussen steht. Daran wird auch die kommende Revision des Aktienrechts nichts ändern, obwohl sie sogar eine Art Volkskapitalismus auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die tatsächliche Funktion des Aktiensystems ist von viel ideologischem Nebel verbrämt. Hier sei der Ort, wo sich Angebot und Nachfrage von Wertpapieren in reinem Marktausgleich fänden, wo die Noten für das Unternehmenswachstum verteilt würden, und wo sich jedermann am Produktivvermögen des Landes beteiligen könne, wissen Grossbankenbroschüren zu verkünden. Beat Kappeler

Der ursprüngliche Sinn des Aktien- und Börsensystems ist es, Geld für Grossprojekte aufzubringen, die aufgrund der technischen Entwicklung möglich, aber finanziell *für Einzelkapitalien zu umfangreich* geworden sind. Die schweizerische *Grossindustrie der ersten Generation, Escher-Wyss* oder *Sulzer,* war noch durch Akkumulation der zur Expansion notwendigen Kapitalien innerhalb der Gründerkreise entstanden. Die *Grossunternehmen der zweiten Generation,* welche sich auf je eine besondere, kapitalintensive Technik stützten, wie *BBC, MFO* oder *Alusuisse,* beschritten praktisch von Anfang an die Sammlung von Geldkapital durch Aktienausgabe. Zwei Vorteile ergaben sich daraus: Der Geldkapitalist legt sein Geld ertragbringend, «mehrwertheckend» an, behält aber die Möglichkeit, seinen Kapitaleinsatz jederzeit wieder durch Weiterverkauf des Wertpapiers zu realisieren; sein Kapital ist mobilisiert. Der produzierende Kapitalist wird durch das von aussen zugeführte Kapital vom Akkumulationsrhythmus seines eigenen Unternehmens frei, er kann es viel rascher ausbauen, als wenn ihm nur die darin erwirtschafteten Ueberschüsse zur Verfügung stünden. Die BBC, die Juvena und die drei Grossbanken z. B. führen sich jedes Jahr neues Kapital durch Aktienausgabe zu. Zwei Formen von «mobilisiertem Kapital» sind zu unterscheiden. Die *Aktie* ist ein Titel auf Ertrag, *ihr Eigentümer hat mit seinem Geld einen aliquoten Teil des Unternehmens erworben, sein Anspruch gilt für einen eventuellen Ertrag und für den allfälligen Liquidationswert der Firma, der auf seinen Anteil entfiele.* Die *Obligation* hingegen ist ein *Nominalguthaben, ein Schuldtitel, dem ein regelmässiger Zins und die Rückzahlung zu einem bestimmten Zeitpunkt versprochen sind.* Vom geldempfangenden Unternehmen aus gesehen sind die *Aktien Eigenkapital,* die Aktionäre Eigentümer, während die Obligationen Fremdkapital darstellen, deren Besitzer als ausserhalb des Unternehmens stehende Darlehensgeber erscheinen.

Herrschaftsmöglichkeiten

Derart abstrakt wird das Aktiensystem gerne in den Lehrbüchern beschrieben. Hinter seinen Kulissen haben sich aber seit seinem Bestehen die angesprochenen Interessen gesammelt – das *Aktienrecht* ist mit seinen Mechanismen eben nicht bloss eine technische Einrichtung, sondern es ist als Instrument zur Befestigung der im Verlaufe der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung vergangener Jahrzehnte verknappten Eigenkapitaldecke der Firmen geschaffen worden. Die Frage nach seinem «wozu?» muss daher den Vorhang lüften und zeigen, wie das Aktienrecht die Eigenkapitalien erstrecken hilft und für welche Interessen diese erfolgt. Im Aktiensystem haben sich nämlich *sechs Möglichkeiten der Beherrschung kleinerer Kapitalien durch die grösseren Kapitalien* und zwar auf allen Grössenstufen, ergeben.

Der erste Mechanismus taucht in der angetönten *Möglichkeit schnellerer Expansion durch Aktienausgabe* auf. *Je grösser und bekannter ein Unternehmen ist, um so offener steht ihm die Kapitalbeschaffung durch Verkauf zusätzlicher Aktien,* die es drucken lässt, während das kleine und mittlere Unternehmen den Sprung auf den Kapitalmarkt zur Aktien- oder Obligationenausgabe nicht, oder höchstens mit der nicht uneigennützigen Hilfe einer Grossbank wagen kann. Zweitens zeigt sich die Privilegierung eines Unternehmens durch das Aktiensystem in der *rechtlichen Beschränkung der Haftung auf die Höhe des Aktienkapitals. Obwohl der Gewinn unbeschränkt aus dem Unternehmen herausgeschöpft werden kann, können die Aktionäre der Firma bei Verlust nicht über das Kapital hinaus belangt werden.* Grosse Konzerne und Eigentümer machen sich dies zunutzen – sie können im Extremfall eine verlustbringende Tochteraktiengesellschaft platzen lassen, ohne aus den übrigen Konzerngewinnen zuschiessen zu müssen. So liess die Firma *Chocolats Tobler* ihre Turiner Filiale hochgehen, und der Milliardär *Thyssen* rührte sich nicht mehr, als sein Unternehmen *Pintsch-Bamag* ebenfalls vor etwa drei Jahren den Konkurs anmeldete. Bei genügender Streuung des Aktienbesitzes erreicht daher ein Grossbesitzer eine Verkleinerung des Risikos, je grösser sein Kapital ist, wogegen der Kleinunternehmer oder gar der Arbeitende nur an einem Ort, nämlich in seiner Firma, an seinem Arbeitsplatz, voll engagiert ist.

Unerwähnt bleiben hier die weiteren Vorteile, vor allem auch steuertechnischer Art, die sich aus der aktienrechtlichen Möglichkeit ergeben, dass sich gewisse Personen hinter *«juristischen Personen»,* eben hinter AGs, die zudem wieder andere «juristische Personen» besitzen können, verstecken dürfen, sofern sie eben das dazu notwendige Wissen und Geld besitzen.

Schachtelspiele

Zum dritten erlaubt die oberflächlich gesehen sehr demokratische Regel, dass meist 51% der Aktien über das Unternehmen bestimmen können, diesen 51%igen Mehrheitsaktionären die absolute Beherrschung einer praktisch doppelten Kapitalsumme, als sie selbst beigesteuert haben. Die Wirklichkeit hält sich aber nicht einmal an diese theoretischen Regeln, denn *durch geschickte Schachtelung kann man fremdes Kapital bis zum Zweihundertfachen beherrschen,* wie schon vor 60 Jahren der bürgerliche Theoretiker Liefmann schrieb. Falls man eine Aktiengesellschaft mit 50 000 Fr. Kapital gründet, kann man 24 500 Fr. andern Aktionären weiterverkaufen, ohne seine Kontrolle zu schmälern. Mit den 50 000 Fr. errichtet man eine Tochter-AG mit 99 000 Fr. Aktienkapital, wobei die fehlenden 49 000 Fr. wiederum dem Publikum zur Mitfinanzierung angeboten werden. Wenn so weiter geschachtelt wird, wenn vielleicht auch noch andern Kleinkapitalisten oder Kleinanlegern Obligationen des Unternehmens verkauft werden, stehen Mittel für die Beherrschung immer weiterer Gesellschaften bereit. Als Beispiel für solche Konstruktionen diene die Unternehmensgruppe der einigen westschweizerischen Familien nahestehenden *Kabelfabrik Cortaillod,* welche 35% der «Konkurrenz»firma *Cossonay* besitzt (die *Alusuisse* hält weitere 20%). Da ein wesentlicher Teil der übrigen Cossonay-Aktien im Publikum gestreut ist und kaum aus der Generalversammlung auftritt, kann die Cortaillod einen komfortablen Einfluss auf die Cossonay nehmen. Die Cossonay aber besitzt wiederum die *S. A. Appareillage Gardy,* die *Metallwerke Dornach* und die *Tarex-Manurhin* zu ungefähr der Hälfte des Kapitals, wobei die Gardy selbst wieder an andern Firmen, so an zwei Auslandfirmen, etwas mehr als die Hälfte besitzt. Wer also 50% der Cortaillod besitzt, behielt dank diesen 50%-Verschachtelungen über die Cortaillod, die Cossonay, über Dornach und Tarex sowie über die Gardy und ihre Töchter.

Diese Konzernverschachtelungen werden *vom schweizerischen und z. B. auch vom deutschen Steuerrecht begünstigt,* indem die Besitzergesellschaft auf den Erträgen solcher Tochter-AGs keine Steuern mehr bezahlen muss, sobald sie z. B. 25% von deren Aktienkapital besitzt und sich auf dem Handelsregisteramt als *Holding* ausgibt *(Holdingprivileg).* Wer daher, wie mancher Schweizer Industrielle, die Erträge seiner Beteiligungen einer *Familienholding* zukommen lässt, bleibt darauf steuerfrei, wogegen der Kleinaktionär an der gleichen Firmengruppe für seine Erträge Steuern bezahlt.

In den Konzernverschachtelungen sind die US-Konzerne wahre Meister. Nach dem Beispiel des britischen Mister Bentley, «The Stripper» genannt, kann man auch in der Schweiz Unternehmen zur Hälfte erwerben, interessante Teile davon – Kassabestände, Wertschriften oder Immobilien ausschlachten, verkaufen, und die Gesellschaft wieder weiterverschachern. Die Bieler Firma *Mikron Holding* hat von ihrer 1962 erworbenen englischen Tochter ebenfalls umfangreiche Mittel bezogen. *Denner* visierte in seinem Uebernahmekampf um den *KVZ* (Konsum-Verein Zürich) nicht so sehr dessen Verkaufsfläche, als vielmehr die darin schlummernden Immobilienwerte, an.

Partizipation – ohne Stimmrecht

Viertens sind die grossen Aktiengesellschaften auf *Konzentrationsbeutezügen* besser plaziert. *Sie machen den Aktionären einer in die Enge getriebenen Konkurrenzfirma* das Angebot, ihr *die Produktionsanlagen gegen ganz einfach neugedruckte Aktien der übernehmenden Firma abzutreten.* Um solche Uebernahmen noch flexibler gestalten zu können, haben schweizerische Grosskonzerne erhebliche Mengen *stimmrechtsloser Aktien,* sogenannter *Partizipationsscheine,* geschaffen, die den damit abgefundenen Aktionären übernommener Firmen wohl eine Beteiligung, aber kein Stimmrecht geben. Die Besitzer der Muttergesellschaft bleiben daher unter sich. Partizipationsscheine kennen z. B. *Sandoz, Lonza, Sulzer, BBC, Ciba-Geigy, Landis & Gyr.* Auch Familienunternehmen im engen Sinn, wie *Globus,* beschaffen sich neues Aktienkapital durch Partizipationsscheine, ohne so die Kontrolle über die Gesellschaft teilen zu müssen.

Ein weiteres, fünftes Instrument zur Verstärkung der Macht gewisser Kapitalgruppen, diesmal innerhalb einer grossen Firma, sind die *Mehrfachstimmrechte.* Man gibt z. B. *Inhaberaktien* zu 500 Fr. Nominalwert aus und *Namenaktien* zu 100 Fr., beide Sorten mit je einem Stimmrecht, *wobei aber die Namenaktien einem bestimmten Personenkreis reserviert* bleiben, der dann für nur einen Fünftel des Betrages den andere für die Inhaberaktien auslegen, über gleichviel Kontrollrecht verfügt. Solche diskriminierend gewichtete Namenaktien weisen in der Schweiz viele Grossunternehmen auf, wie die *Akkumulatorenfabrik Oerlikon,* die *Alusuisse, BBC, Charmilles, Georg Fischer, Interfood (= Suchard und Tobler), Schindler* u. a.

Wenn die Grossen die Kleinen vertreten

Schliesslich wäre als weiteres Herrschaftsinstrument das *Depotstimmrecht* zu erwähnen. Kleine und mittlere Aktienbesitzer überlassen ihre Aktien meist einer Bank zur Aufbewahrung, die sich in der Regel gleich bei Eröffnung des Depots die Vertretungsmacht an den Generalversammlungen der Beteiligungsfirmen des Kleinaktionärs geben lässt. Die drei deutschen Grossbanken vertraten auf den Generalversammlungen der wichtigsten deutschen Industrien durchschnittlich stets über die Hälfte des anwesenden Kapitals – was in der Schweiz ähnlich sein dürfte, jedoch mangels Auskunftspflicht der Beteiligten nicht bezifferbar ist. Wenn die drei schweizerischen Grossbanken auch behaupten, stets den Anträgen der betreffenden Firmenverwaltung zuzustimmen, so können sie diese eben doch zu einem gewissen Verhalten zwingen, das ihren Interessen nicht zuwiderläuft. Aber wichtiger ist, dass sie durch ihre *quasi bedingungslose Unterstützung des Verwaltungsrates einfach die Herrschaft derjenigen Personen über die Firma festigen, die den grössten Anteil des nicht von den Banken für die Kleinaktionäre vertretenen Kapitals besitzen.* Falls die Banken also 40% des Kapitals für andere vertreten, reicht schon der Mehrheitsbesitz des Rests, also von 30%, zur Beherrschung der Gesellschaft. Das Funktionieren eines solchen Falles glaubte man im fünftgrössten Zementkonzern der Welt, bei der *Holderbank* (ca. 45% der schweiz. Zementproduktion), konstatieren zu können, als die Familie Schmidheiny 1970 ihre grosse *«Schweizerische Cementindustriegesellschaft» (SCI)* der Holderbank zur Fusion anbot, an welcher sie bereits einen bedeutenden Minderheitsanteil besass. Gegen den Widerstand der Kleinaktionäre stimmte die GV – *an welcher allein schon einer der drei Vertreter der Bankgesellschaft über 30 000 Depotstimmen vertrat* – der Transaktion zu, wodurch die Schmidheiny-Gruppe ein weiteres grosses Holderbankaktienpaket als Abgeltung für ihre SCI erhielt. Damit erwarb sie aber vermutlich die Mehrheit über den ganzen Holderbankkonzern, und somit auch wieder über die ihm dafür «abgetretene» SCI.

Die Grossbanken erwerben aber auch auf andern Wegen als durch Depots mehr Aktienstimmrechte. Sie raten den Kleinkunden heute statt zu direktem Aktienkauf nämlich eher zum Erwerb ihrer *Investmentfondsanteile,* mit deren Entgelt sie dann Aktien für die Fonds kaufen. Darüber können die Banken dann selbst verfügen. Ende 1971 besassen die schweizerischen Fonds für 10,5 Milliarden Fr. Wertpapiere und Immobilien, wovon jene der Bankgesellschaft allein 4,3 Milliarden hielten.

Eine kleine Elite

Rechnen wir alle sechs aufgezählten Herrschaftsmöglichkeiten zusammen, nämlich schnellere Expansion, Beschränkung der Haftung, Beherrschung und Schachtelbau von Konzernen dank der 50%-Regel, stimmrechtslose Partizipationsschein- und Obligationenausgabe, Mehrfachstimmrechte und Depotstimmrecht, dann ergibt sich hier für das jeweils schlagkräftigere, grössere Kapital ein einzigartiges Kombinationsspiel für die Unterwerfung anderer Kapitalien. *Prof. Max Huber* gab im Jubiläumsbuch der *Alusuisse* diese Verhältnisse in blanken Worten wieder: *«Es ist in der Natur der Aktiengesellschaft, dass nur eine kleine Anzahl Aktionäre einen kontinuierlichen und entscheidenden Einfluss auf den Gang der Firma ausüben kann.»*

Zu diesen im System liegenden Möglichkeiten kommen die verschiedenen *Tricks der Börsentechnik* hinzu. Da täglich ein Kurs für jede Aktie zustandekommt, der je nach Stärke dem Angebot oder der Nachfrage nach unten oder oben folgt, *können von Grossoperateuren die Kurse beeinflusst werden,* sei es durch massive Käufe oder Verkäufe, sei es auch nur aufgrund von gezielt ausgestreuten Informationen oder geheimem Insiderwissen um die betreffende Firma. Eine Firma kann eine Grossbank beauftragen, *«Kurspflege»* für ihre Aktien an der Börse zu betreiben, das heisst, durch künstliche Transaktionen den nicht informierten Kleinaktionären appetitliche Kurssteigerungen vorzugaukeln.

Die Börsianer handeln auch Aktien, *ohne entsprechendes Bargeld zu haben, indem sie bei Erwartung von fallenden Kursen Aktien zum gegenwärtigen Preis auf später zu verkaufen versprechen, die sie selbst erst dann kaufen, wenn das Verkaufsversprechen eingelöst werden muss.* Sind dann die Kurse tatsächlich tiefer, heimsen sie gleichentags die Differenz ein, andernfalls müssen sie bloss für jenen Betrag, um den die dannzumaligen Kurse den Vertragspreis übersteigen, Bargeld haben. Grössere Operateure erhalten von den Banken auch Kredite zur Aktienspekulation, die beispielsweise die Hälfte des gekauften Aktienwertes ausmachen können. (In Zeiten der Kreditbeschränkung mag dies nicht mehr für alle gelten). Dank guter Information, Erfahrung und Finanzkraft vor allem kann der Grossoperateur auch seine Verluste an der Börse klein halten, indem er bei gefallenen Kursen erst recht nochmals Aktien – notfalls eben auf Kredit – zukauft und so den Durchschnittspreis seiner Aktien senkt und schon bald bei steigenden Kursen wieder in der Gewinnzone liegt. Kleinaktionäre hingegen lassen sich bei stark gestiegenen Kursen zu Begeisterungskäufen hinreissen (in der verächtlichen Sprache der Eingeweihten eine *«Dienstmädchenhausse»),* und verkaufen panikerfasst auf tiefen Niveaus, so dass sie häufig Verluste erleiden.

Viele produzieren ...

Was treibt aber eigentlich grundsätzlich die Kurse an der Börse? Der «gute Geschäftsgang», d. h. *der Mehrertrag aufgrund der Arbeit in Betrieb und Verwaltung, also die letzten Endes real geschaffenen Güter und Dienste von Arbeitern und Angestellten, bieten die grundlegende Determinante der Kursentwicklung, die von Nebenerscheinungen wie Währungskrisen, Konjunkturen und Gerüchten begleitet wird.* An der Börse können *die in der Produktion erzeugten Mehrwerte den Aktienbesitzern zugänglich gemacht* werden. Dies gilt auch dann, wenn die Dividenden nicht erhöht werden und der Gewinn im Unternehmen zur Selbstfinanzierung weiterer Expansion verbleibt, denn die Leute an der Börse wissen diese Erweiterung späterer Gewinnchancen mit höheren Kursen zu honorieren. Das Aktiensystem bietet also nicht bloss vielfältige Möglichkeiten für das jeweils überlegene Kapital zur Hierarchisierung der kleineren Kapitalien, sondern es übt diese Herrschaft eben auch ganz grundsätzlich aus, über das in den Betrieben erwirtschaftete jährliche Mehrprodukt des Landes. *Es ist der rechtliche Ausdruck für die gesellschaftlich-wirtschaftliche Tatsache, dass der durch Arbeit mit Kapitaleinrichtungen erzeugte Mehrertrag, oder in gängiger Theorie gesprochen, der dem Produktionsfaktor «Kapital» zugerechnete Ertrag jener Person ausbezahlt wird, die behauptet, mit dem im Arbeitsprozess erwirtschafteten und dort wieder eingesetzten Kapital in einer besonders engen, eben in einer Besitzbeziehung, zu stehen.*

Das künftige *revidierte Aktienrecht* der Schweiz wird dies natürlich nicht aufheben – die *Revisionskommission Tschopp* hat sowieso *auf grundlegende Aenderungen verzichtet.* Allerdings – eine Art Volkskapitalismus soll durch die *Unterteilung der Aktien in ganz kleine Werte* entwickelt werden (die heutigen Nominalwerte sollen von 100 Fr. auf 1 Fr. aufgespalten werden können, was z. B. für eine *Nestlé-Aktie* noch 23 Fr. Börsenwert ergäbe).

... und einige kassieren

Wie illusorisch aber eine wirkliche Kontrollnahme durch breite Schichten über den Produktionsapparat ist, geht aus den sechs beschriebenen zugunsten der grössern Kapitalien bestehenden Mechanismen des schweizerischen Aktienrechtes deutlich hervor. Das Depotstimmrecht der Banken nähme z. B. weiter zu, nicht zuletzt, weil die Kleinaktionäre zwecks Risikostreuung für ihr weniges Geld weiterhin Investmentfondsanteile kaufen müssten, wenn sie nicht horrende Kommissionen für die kleinen Stückelungen ihres Depotbesitzes den Grossbanken abliefern wollten.

Gewichtige Kreise, so *Nestlé-Generaldirektor Fürer,* fordern auch Käufe von Aktien durch Pensionskassen der nicht zuletzt für solche Kapitalkanalisationen geschaffenen zweiten Säule, da damit weitere geduldige, brave Lieferanten von Finanzierungsmitteln in den Kreis der beherrschten Geldgeber einträten. Zudem werden vor Aktienausgaben grosser und mittlerer Firmen in den Zeitungen grosse Informationskampagnen im Textteil durch unkritische Wirtschaftsjournalisten (als Entgelt für Besichtigung und Mittagessen ...) gemacht. Günstige Presseberichte erschienen vor Emissionen des LUWA-Konzerns und der *Arto-Holding* sowie des Biertrusts *Sibra.* Parallel dazu führen wohl in vielen Fällen die Banken auftragsgemäss die erwähnte Kurspflege durch, um die Geldgeber zu animieren. Der kleine Sparer würde noch mehr zum Spielball raffiniert werbender Grossinteressen. Der Wert des Volkskapitalismus für seine Verfechter besteht darin, dass erstens neues Geld in die Unternehmen fliesst, zweitens deswegen keine Verschiebung der Verfügungsgewalt eintritt und drittens alle beteiligten künftigen Kleinkapitalisten die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftspolitik vom Standpunkt des Grossbörsianers aus beurteilen werden: keine Konjunkturdämpfung, Kreditbeschränkung, Soziallasten, weder Vollbeschäftigung um jeden Preis noch «exzessive» Lohnforderungen ... Der Grossbesitzer, als Steuermann im Kapitalismusschiffchen, wird den Ruderern weiterhin mit Erfolg vorrechnen, dass alle im gleichen Boot seien.

WIRTSCHAFT

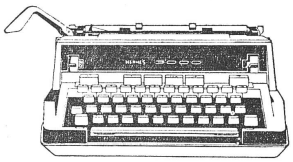
Capitalisten
werden als sehr vortheilhafte und solide Anlage empfohlen die neuen
Arther-Rigi-Eisenbahn-Actien,
deren heutiger Cours von circa Fr. 550 110% ein äußerst billiger genannt werden darf. Die Actien der concurrirenden Vitznau-Rigibahn-Gesellschaft haben für 1872 15% rentirt und werden heute à Fr. 1440 (für Fr. 500!!!), also à

Hermes

Baggenstos
A. Baggenstos & Co AG
Weinbergstrasse 2
8002 Zürich
Tel. 01 25 46 94

Verkauf:
Wasserausstrasse 2
und Uraniastrasse 7
8001 Zürich

Muggli
Bern, Speichergasse 19
Tel. 031 25 23 33
Filiale in Biel



Fragen Sie uns.

Wir beraten Sie gerne.

Portable-Modelle ab: Fr. 310.–

HERMES

Hermes Welten AG, Basel
Aeschenvorstadt 24
Telefon 01 23 54 66

muggler+co
8000 St. Gallen
Neugasse 6
Tel. 071 23 38 21
Filialen in Wil,
Buchs, Rüschlikon

Canon = Präzision

Überlegen, vollendet, **präzis.** Wenn wir diese Worte hören, denken wir an CANON! CANON, das grösste Kamerawerk mit dem grössten Spiegelreflex-System der Welt. Dank der riesigen Auswahl an Kameraprodukten und dem lückenlosesten System bietet CANON für jeden genau das Richtige.

Lassen Sie sich die CANON-Produkte beim guten Fotohändler vorführen. – Für Auskunft, Unterlagen und für einen guten Garantieservice steht Ihnen die CANON-Generalvertretung gerne zur Verfügung.

CANON-Lotard SA, 94,
Rue des Eaux-Vives, 1207 Genève

Lotard

BASEL

Nebenerwerb für Student

Eintritt nach Uebereinkunft.

700 Fr. pro Monat

abzügl. Kost und Logis. Hauptsächliche Präsenzzeit an 2–3 Abenden pro Woche und evtl. 1 Wochenende pro Monat.

Stellvertreter des Leiters im Lehrlingsheim

An Pädagogik und Erziehung Interessierte melden sich beim
CVJM-Lehrlingsheim
Tel. 061/35 73 09

Summer Tours

for **Young Teachers and Students** in **USA, Canada** and **Mexico** as Guests of American Families

Dauer: 34 Tage

Tour A:	Kanada-Tour	DM 1300.—
Tour B:	Florida-Tour	DM 1340.—
Tour C:	Kalifornien-Tour	DM 1780.—
Tour D:	Mexiko-Tour	DM 1780.—

Alle Touren schliessen Hin- und Rückflug, sämtliche Uebernachtungen sowie zum Teil Verpflegung ein.

International Counselor Exchange Program

Summer openings for men and women, students, young teachers and Social Workers, Ages 20–30, to serve as counselors (moniteurs) in American children's camps and travel with other international counselors an a 2500 mile hospitality tour in eastern U. S. A.

Period:
June 22–Sept. 28 Fee: DM 770.–
USA-Flüge: ab DM 395.–

Veranstalter: Association for World Travel Exchange, New York

Weitere Informationen durch die Beauftragte für Deutschland und die Schweiz: **Uta Menzel, D 8 München 40, Gartenstr. 6,** Tel. 0811/30 66 20

Verlangen Sie

den Stellenanzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten.

Die Stelle

Für eine Probenummer schreiben oder telefonieren Sie uns!

EIDG. PERSONALAMT
Stellennachweis
3003 Bern Telefon 031/61 55 95

him

das magazin mit dem mann

Information von der Gay-Lib-Front zur Situation und Emanzipation der Homosexuellen
Kurzgeschichten, Serien, Reports
Kontaktanzeigen, **monatlich**
farbig, kritisch, politisch, satirisch

Einzelnummern (Fr. 6.50 + Porto)
und Abonnemente Fr. 84.50 (inkl. Porto)

Peter Thommen, Buchhändler, Delsbergerallee 54
Postfach 177, 4018 Basel, PC 40-67761

Der Uebergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild. Franz Borkenau. Mit Anhang, 230 Seiten. **20.80**

Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (von ihren Anfängen bis zur Schwelle der Grossen Revolution). Karl August Wittfogel. 320 Seiten. Rote Texte. **9.20**

Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Jürgen Kuczynski. Seit 1945. Band 7a. 430 Seiten. **13.10**

Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus (zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland. Helmut Steiner. 270 Seiten. **9.20**

Kritischer Buchdienst, Untergasse 43, 2500 Biel

Maschinenschreiberin tippt kurzfristig

Diplomarbeiten

Manuskripte usw. Tel. (01) 78 48 20.

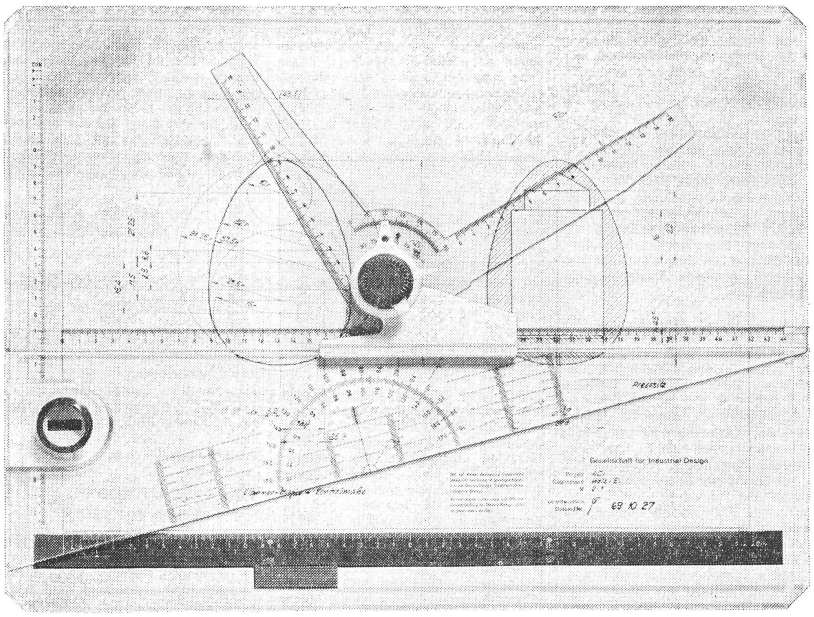
Menschen, Güter, Dienstleistungen versichern, heisst vielen Menschen vieles bieten.

Nicht nur als Versicherer, sondern auch als interessante Arbeitgeberin, deren Tätigkeitsbereich sich aus Hunderten von Sachgebieten zusammensetzt. So sind die Chancen für Mitarbeiter gross, die der Ausbildung sowie den Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Stelle bei der Winterthur-Gruppe zu finden.

Sie planen Ihre Zukunft.
Wir auch.
Vielleicht können wir es gemeinsam tun. Darum sollten wir uns kennenlernen.

Wir freuen uns, wenn Sie mehr über Ihre Möglichkeiten bei uns wissen wollen. Rufen Sie einfach Tel. 052/85 11 11 und verlangen Sie den Personalchef.
Sie können sich auch an die Ihnen nahegelegene Regionaldirektion wenden und dort den für Personalfragen zuständigen Mitarbeiter sprechen.

Winterthur UNFALL



Das Zeichenplattensystem von Hebel wurde für Profis entwickelt. Und für alle, die es werden wollen.

Das Basiselement des neuen Hebel-Systems ist eine solide, aus Kunststoff gefräste Zeichenplatte. Dank der magnetischen Klemmschiene lässt sich das Zeichenpapier mühelos und sauber einspannen. Der neuartige Griffknopf mit Gangschaltung garantiert ein fliessendes Zeichnen und Messen. Die Führungsgängigkeit kann bis zur vollkommenen Arretierung stufenlos reguliert und somit jeder Zeichenarbeit individuell angepasst werden. Das Nutführungssystem erlaubt eine exakte Führung der Zeichenschiene. Die Rundumführung ermöglicht eine optimale Ausnützung der Zeichenfläche und gestattet ein Zeichnen in Hoch- und Querformat.

Die Ausrüstung mit einem Präzisionszeichenknopf macht die einfache Zeichenplatte zu einer kleinen Zeichenmaschine: Mit einer Freilaufschaltung, einer Rastschaltung von 15 zu 15° und einer Einzelwinkelfeststellung.

Das gesamte Hebel-Programm reicht vom einfachen Zeichenbrett bis zur Kleinzeichenanlage. Für Formate von A4 bis A1. Verlangen Sie unser umfassendes Dokumentationsmaterial.

Generalvertretung für die Schweiz:
Kaiser AG, Postfach 288, 5200 Brugg (AG), Tel. 056 42 00 81

HEBEL

Coupon

Einsenden an: Racher & Co. AG, Marktgasse 12, 8025 Zürich 1
Das Hebel-Zeichenplattensystem interessiert mich.
☐ Senden Sie mir genauere Unterlagen über die Präzisionszeichenplatte von Hebel.
☐ Ich wünsche einen unverbindlichen Besuch Ihres Fachberaters.

Name:
Adresse:
PLZ/Ort:
Telefon:

Racher & Co. AG
Marktgasse 12
8025 Zürich 1
Tel. 01 47 92 11

Racher

Handfeste Interessen hinter der (staatlich geförderten) Eigenheimwelle*

Der Betrug mit dem Eigenheim

Das Streben nach Eigentum an den sogenannten vier eigenen Wänden ist heute grösser als früher. Wie überall, wo es zu verkaufen gilt, trägt die Werbung das Ihre dazu bei. Man bezeichnet die breitere Streuung des Bodeneigentums als sozialen Fortschritt und lädt den Investor ein, sich neben dem eigenen Wohnraum auch gleich noch ein ruhiges Gewissen anzusparen. Welcher Art ist dieser soziale Fortschritt?

Wohnen als Grundbedürfnis

Eines der wichtigsten menschlichen Grundbedürfnisse ist das Wohnen, das Recht, sich an einen Ort regelmässig zurückziehen, sich dort einrichten zu dürfen. Es hat zwei Voraussetzungen: es ist an einen Ort gebunden *(Boden)* und setzt eine abgeschlossene Aktivität der Bauwirtschaft voraus *(Bauen)*. Diese Voraussetzungen gelten in der Schweiz unumschränkt. Es gibt zwar bei uns Bevölkerungsgruppen, z. B. Fremdarbeiter, die sich am gleichen Ort nur vorübergehend, in Baracken oder Notunterkünften, aufhalten, doch wird niemand behaupten, dass das Grundbedürfnis dieser Gruppen erfüllt sei.

Aufgrund dieser Ueberlegung und aufgrund der Tatsache, dass es noch unbebauten Boden gibt und mehr denn je gebaut wird, müsste man schliessen, dass wir besser als je zuvor mit Wohnraum versorgt sind. Dieses Resultat widerspricht aber offensichtlich unseren Erfahrungen. Also müssen die Verhältnisse im Boden- und Bausektor über das bereits Gesagte hinaus beleuchtet werden.

Das knappe Angebot monopolisiert

Die Zahl der Grundeigentümer ist eindeutig grösser als jene der Bauunternehmungen. Daraus zu schliessen, dass das Angebot an Grundstücken weniger monopolisiert sei als die Bauwirtschaft, wäre voreilig. Der Boden ist – im Gegensatz zu andern Gütern – ortsgebunden. Daraus wächst für den Eigentümer in eventuellen Verkaufsverhandlungen eine Stellung, die viel stärker ist, als es die relativ grosse Zahl aller Grundeigentümer vermuten liesse. Neben der Unvermehrbarkeit des Bodens ist es vor allem seine *territoriale Exklusivität*, die seine Verteilung zu einem für jede Gesellschaft eminent wichtigen Problem macht.

Heute und in der Schweiz werden für das Ueberlassen von Boden *hohe materielle Opfer* gefordert: ein grosser Teil des Familienbudgets geht, vor allem in Neuwohnungen, für die Miete drauf. Es werden unverhältnismässig stark steigende Opfer gefordert: an der Spitze der Geldentwertung marschiert der für die Miete entrichtete Franken.

Diesen hohen und steigenden Opfern stehen *unveränderte oder reduzierte Gegenleistungen* gegenüber. Ein bestimmtes Grundstück hat seinen Umfang trotz Inflation nicht geändert; der Lärm, den viele Mieter heute in Kauf nehmen müssen, reduziert den Wohnwert; Vermieter haben es leicht, Forderungen durchzusetzen (keine Kinder, keine Untermieter, Reparaturen werden kaum mehr ausgeführt usw.).

Einem immer grösseren Teil der materiellen Opfer steht nichts als der Profit des Eigentümers gegenüber. Steigende Erstellungskosten liegen beim Boden nicht vor, da dieser nicht erst erstellt zu werden braucht. Das *Monopol* ermöglicht die höheren Preise. Wo aber ein Monopol so angewendet wird, kann mit Fug von der Ausbeutung derjenigen gesprochen werden, die vom Monopolisten zu kaufen gezwungen sind. Und im Wohnungssektor ist dieser *Zwang ausgeprägt*, will doch das Grundbedürfnis befriedigt sein.

Preissteigerungen im Baugewerbe

Handelt es sich beim Abgelten der Leistungen der Bauwirtschaft ebenfalls um monopolistische Preiserhöhungen? Der Bauunternehmer hat nicht nur die einmaligen Anschaffungskosten zu entrichten, seine Einnahmen müssen laufende Kosten für Werkstoffe, Löhne usw. decken. Die Inflation wird gern mit steigenden Kosten, vor allem mit unvernünftigen Lohnforderungen, und mit der Unersättlichkeit des Konsumenten erklärt. Folgerichtig muss man *Lohnstopp* und *Nachfragedrosselung* als Mittel zur Inflationsbekämpfung empfehlen.

Die *Rolle der Unternehmungen*, die heute z. T. gigantische internationale Dimensionen angenommen haben, wird souverän ausgeklammert: der Unternehmer als selbstloser Diener der Menschheit. Die Nachfragedrosselung als politisch problemloseres Mittel hat sich bereits als Fehlschlag erwiesen. Im Gegensatz zur Erfahrung zurückliegender Jahrzehnte steigen heute die Preise bei reduzierter Wirtschaftstätigkeit munter weiter. Man hat dafür den Ausdruck *Stagflation* geprägt.

Ganz ohne theoretisches Konzept, wie man dieser Erscheinung auf den Leib rücken könnte, sind wir aber nicht. *P. A. Baran* und *P. M. Sweezy* führen die Inflation zurück auf die *zunehmend monopolistischere Marktstruktur* im Kapitalismus (Monopolkapital, III. Abschnitt, Suhrkamp 1970). Ob auch die schweizerische Bauwirtschaft monopolistische Preissteigerungen durchsetzt, wäre zu untersuchen. Die Tatsache, dass die Baupreise schneller steigen als die Löhne im Baugewerbe oder die Grosshandelspreise, legt diesen Schluss nahe. So stiegen im jährlichen Durchschnitt 1969–72 die Baupreise in Zürich um je 10,8%, die Löhne der gelernten und angelernten Arbeiter im Baugewerbe um je 8,2%, die Grosshandelspreise für Baumaterialien um je 6,7% (Quelle: Die Volkswirtschaft+Statistisches Jahrb. der Schw.).

> **Aus der Sicht der Banken**
>
> «Was die mit dem Wohnbauartikel 34sexies geplante Förderung des Wohnungs- und Hauseigentums durch den Bund betrifft, so kann diese natürlich auch aus der Sicht der Banken nur positiv gewürdigt werden, da sie zu einer Verbesserung unseres marktwirtschaftlichen Systems und zu einer breiter fundierten Eigentumsgesellschaft beiträgt.»
>
> Dr. H. R. Wuffli
> Bulletin Okt. 71 der Schweiz. Kreditanstalt

Mächtige und ohnmächtige Nachfrager

Die Gesamtheit der Nachfrager nach Boden und Bauvolumen entrichtet heute viel höhere Preise als früher für vergleichbare Leistungen. Allein, die *Wohnungssuchenden* sind unter allen Nachfragern die eindeutig *schwächste Gruppe*. Eine Familie kann nur einen Teil ihres Einkommens für die Miete opfern. Die Wohnungsnachfrage ist zersplittert, atomisiert, jeder Mieter sucht individuell seine Wohnung. Wenn irgendwo in der Marktwirtschaft die Konkurrenz, wie vorgesehen, spielt, so innerhalb der Gruppe der Wohnungsuchenden.

Bei der *Industrie*, den *Dienstleistungsbetrieben* (Banken, Versicherungen), beim *Staat* handelt es sich um potentere Nachfrager. Einerseits vermögen sie die höheren Kosten für Räumlichkeiten dank ihrer wirtschaftlichen Stellung ganz oder teilweise auf ihre Kunden oder Steuerzahler abzuwälzen, zum andern sind sie oft mit den Produzenten des nachgefragten Gutes finanzielle und personell verbunden.

Auf ähnliche Vorteile muss der durchschnittliche Mieter verzichten. Was Wunder, wenn Wohnungen aus traditionellen Wohngebieten verdrängt werden von Geschäfts- und Verwaltungsräumen, wenn sich neuer Wohnraum zu erstellen nur noch in *schlecht erschlossenen Randzonen* der Städte «rentiert»? Rentieren bedeutet hier, dass in den Randzonen die Profitansprüche genug tief sind, um den Bau von Wohnhäusern interessant erscheinen zu lassen. Schliesslich müssen Mieten und Preise für Eigenheime aus den nun einmal gängigen Löhnen bezahlt werden.

Diese Entwicklung bringt nicht nur Unannehmlichkeiten für den Wohnungsuchenden mit sich. Die Entmischung der Städte, die langen Transportwege, die Nutzungsveränderungen in den ehemaligen Wohnzonen (Zweckentfremdung) sind *Wachstumsimpulse für die Wirtschaft*, die heute kritisch zu bewerten sind, weil das Wirtschaftswachstum uns allen gefährlich zu werden droht.

Politische Abhilfe

Die Lehre von der freien Marktwirtschaft ist in einer Situation wie der unseren, in der wenige Monopolisten eine Vielzahl schwächerer Wirtschaftsteilnehmer zu erdrücken drohen, nicht hilflos. Als Ausweg bietet sich einmal an, *die Monopole mit staatlicher Gewalt zu brechen*, die Grossbetriebe aufzuteilen in viele kleine Unternehmungen. Aus einer Reihe von Gründen wird diese Politik in den Industriestaaten nicht verfolgt und kann nicht verfolgt werden.

Anderseits kann man *das Verhalten der Monopole durch staatliche Eingriffe steuern*, etwa durch einen demokratisch ausgehandelten Schlüssel für die Bodenzuteilung, durch Preis-, Quantitäts-, Qualitätsvorschriften. Das Ziel des Eingriffs wäre der Schutz des im Konkurrenzkampf eindeutig unterlegenen Wohnungsuchenden. Man könnte ihn konkretisieren in den Leitsätzen: *Durchmischung der Bodennutzungsarten, weniger Verkehr, Durchmischung der verschiedenen sozialen Schichten, Vermeidung von Ghettobildung, Wohnungen für alle, Prioritätsliste für die Bauwirtschaft* u. a. m.

Warum sorgt unsere Demokratie, entgegen den Empfehlungen der marktwirtschaftlichen Theorie, nicht auf die skizzierte Weise für Abhilfe? Wie so oft beschäftigt sich auch hier die Lehre von der Marktwirtschaft nicht mit den *Grenzen des politisch Möglichen*. Eine Aktion des Staates für genügend Wohnungen läuft auf eine Annullierung des Marktmechanismus hinaus. Es wäre eine *Aktion gegen die Profitinteressen* der Grundeigentümer und der Bauwirtschaft, darüber hinaus eine Bedrohung der Stellung all jener, die aus der wirtschaftlichen Aktivität der ganzen Bevölkerung Profite ziehen. Der Grund für letzteres ist, dass eine erfolgreiche staatliche Intervention im Wohnungssektor Schule machen und nach ähnlichen Interventionen auf andern Sektoren rufen könnte. Dies würde aber Profite schlechthin in Frage stellen. Die Schweiz vertritt als Staat vor allem die Interessen der Grundeigentümer, der Bauwirtschaft, der Grossbaunachfrager, des Kapitals.

Dieser Behauptung wird spontan entgegengehalten, bei unserm Staat handle es sich um eine Demokratie, jeder Bürger habe die gleichen Rechte und könne durch Wahlen, Initiativen, durch sein Recht auf Versammlung, Meinungsäusserung usw. Einfluss auf die Ausübung der Macht nehmen. Die Schweiz sei das, was die Schweizer aus ihr machten. *Es liege nur an den Mietern, sich zusammenzuschliessen und Druck auszuüben.*

Organisierung der Mieter

Die Mieter, wie andere unterprivilegierte Gruppen, haben *als solche* nicht die Möglichkeit, sich *wirtschaftliche Macht* anzueignen und sie gegen noch schwächere Gruppen zu gebrauchen. Wohl können wenige Mieter zusammen ein Miethaus bauen, es vermieten; die darin wohnen, sind dann natürlich von ihnen abhängig. Soweit sie dies tun, sind sie aber nicht Mieter, sondern Besitzer von Produktionsmitteln, und es ist kein für alle Mieter gangbarer Weg. Die Mieter in ihrer Gesamtheit entgehen der Ausbeutung nicht, indem sie nach wirtschaftlicher Macht streben. Der *beschränkte Aufstieg sehr Vereinzelter*, nicht aber der *Aufstieg der gesamten Unterschicht* ist in unserm wirtschaftlichen System vorgesehen. Es bleibt nur der rein politische Ausweg.

Dem steht einmal entgegen, dass viele Mieter, nämlich die Ausländer, schon rein formell politisch rechtlos sind. Vor allem wird aber die Frage aktuell, wie wirksam die *politischen Rechte* des Schweizers sind im Kampf gegen die *wirtschaftliche Ordnung*. Der einzelne Mieter ist lohnabhängig von seinem Arbeitgeber und wohnt im Haus eines Vermieters. Werden sie es dulden, dass er sich gegen die Möglichkeit organisiert, Monopolprofite reklamieren zu dürfen? Das Einkommen unseres ganzen Landes ist abhängig vom politischen Wohlverhalten der Schweiz – wenn wir unsere Wirtschaft nach politischen Richtlinien umbauen, wenden wir uns auch gegen wirtschaftliche Interessen des Auslands und müssen internationale Schwierigkeiten in Kauf nehmen und nehmen können. Nach aller Erfahrung wird der politische *Angriff auf Wirtschaftsprinzipien* mit einem *Angriff auf Ordnung überhaupt* gleichgesetzt und als subversiv mit wenig zimperlichen Mitteln bekämpft. *Das private Kapital will privaten Profit, und das zu jedem politischen Preis.* Zahlreiche Beispiele zeigen, dass selbst einer legalen politischen Bewegung notfalls mit brutaler Gewalt entgegengetreten wird. Auch die schweizerische Geschichte unseres Jahrhunderts kennt solche Fälle.

Das Eigenheim als individueller Ausweg . . .

Das *eigene Häuschen* oder die *Eigentumswohnung* werden als individuelle Lösung angepriesen: Aufstieg des zielbewussten Sparers aus der Klasse der Mieter in die sozial und wirtschaftlich bessergestellte Schicht der Eigentümer. Ein Blick auf das Angebot im Haus- und Wohnungsmarkt lässt einem das Fürchten lernen. Hie und da kann man das Argument hören, in den hohen Preisen für Eigenheime sei die *zukünftige Teuerung bereits vorweggenommen*; dies die marktwirtschaftliche Formulierung des Umstands, dass beim Erwerb eines Monopols die in Zukunft zu erwartende diskontierte *Monopolrente* zu entrichten ist. Die hohen Preise schliessen natürlich gerade jene Mieter vorweg als Käufer aus, die am meisten unter der Wohnungsnot leiden.

Viele sind dennoch bereit, ein sehr hohes materielles Opfer zu bringen, um sich vor der immer neuen Ausbeutung durch ihren Vermieter zu schützen. Die Ausbeutung durch den Verkäufer des Eigenheims, die sie beim Kauf über sich ergehen lassen müssen, verspricht die letzte zu sein, die man aufgrund ihres Wohnbedürfnisses an sie stellen kann. Freilich gehen sie dabei Schulden ein, deren Tilgung Jahrzehnte in Anspruch nimmt.

. . . oder zur Stabilisierung der Verhältnisse?

Weiter ist die *Investition in Immobilien* die praktisch einzige Art, wie man seine Ersparnisse von der Inflation geschützt anlegen kann. Der neugebakkene Eigenheimbesitzer erhält aber angesichts seiner hohen Schulden ein *vitales Interesse an der Erhaltung der heutigen Verhältnisse*, vor allem an der weiteren Steigerung der Boden- und Baupreise. Je schlechter die Situation für die verbliebenen Mieter, um so wertvoller sein Eigenheim. Womit garantiert bleibt, dass es trotz zunehmendem Alter zu einem höheren Preis abgesetzt werden kann. Der *soziale Fortschritt*, von dem im Zusammenhang mit der breiteren Streuung des Grundeigentums so oft die Rede ist, entpuppt sich als *breitere Unterstützung für steigende Preise, für das Wirtschaftsprinzip des privaten Profits, für die Ausbeutung der verbleibenden Mieter.*

Allein, die Frage bleibt: Wie dauerhaft ist die verbesserte Stellung, der sich der Eigenheimbesitzer erfreut? Er hat als Mieter erleben müssen, dass sich die Verhältnisse während Jahrzehnten zu seinen Ungunsten verändert haben – wie werden sie sich wohl in Zukunft ändern? Der Mieter, der Eigentum erwirbt, wird durch diesen Schritt politisch nicht einflussreicher. Wenn er als Mieter nicht gelernt hat, sich für seine Stellung zu wehren, wird er es auch als Eigenheimbesitzer nicht können.

Das Kapital könnte auch eines Tages Appetit auf die *«landverschwenderischen kleinen Häuschen am Stadtrand»* kriegen, die *«unrentablen (!) Bauprinzipien von vorgestern»* anprangern. Die Eigentumsgarantie scheint heute der

Fortsetzung Seite 8

> **«Die Eigentumswohnung als Kapitalanlage»**
>
> **«Wir übernehmen die Vermietung ihrer Wohnung mit einer Nettoverzinsung Ihres Kapitals von ca. 6%. Nach drei Jahren sind die Baukosten wieder so viel gestiegen, dass die Mietzinse erhöht werden können und Ihre Netto-Rendite auf ca. 10% steigen wird, ohne dass Sie einen Finger zu rühren brauchen . . . Bei Berücksichtigung des Wertzuwachses von 5 bis 10% haben Sie schon nach wenigen Jahren das Geschäft Ihres Lebens gemacht.»** **Inserat im TA, 16. 6. 72**

Konzentrierte Produktion – gestreutes Eigentum

Auch die Bauwirtschaft unterliegt zunehmend dem Zwang zur Konzentration. Die Konjunkturdämpfungsmassnahmen mit ihren strukturbereinigenden und strukturordnenden Komponenten unterstützen diese Entwicklung. Die Eigentumsverteilung an Grund und Boden folgt dem Trend der bodenverwertenden Unternehmungen.

Diese Entwicklung stellt offenbar die Trägerschaft der konzentrierten Produktion vor neue Pobleme. Gerade sie machen sich Sorgen über einen Prozess, den sie wesentlich mitbewirken. So schreibt Dr. H. R. Wuffli im Bulletin Okt. 71 der Kreditanstalt:«Eines ihrer» (der schweizerischen Wohnungsmarktpolitik) «wichtigsten längerfristigen Ziele wird zweifellos darin bestehen müssen, den Privatbesitz an eigenem Wohnraum auf breitere Bevölkerungsschichten zu verteilen, als dies heute der Fall ist. Die Notwendigkeit dieses Postulats ergibt sich aus der statistisch deutlich feststellbaren Konzentrationstendenz. So ermässigte sich etwa der Anteil der Eigentümerwohnungen von 40,2% im Jahr 1950 auf 37,1% 1960, und diese wenig erfreuliche Entwicklungstendenz dürfte sich im vergangenen Jahrzent noch beschleunigt fortgesetzt haben.»

Aehnlich besorgt äussert sich der Bundesrat in seiner Botschaft zum Wohnbauförderungs-Verfassungsartikel

(S. 32):«Wegen der Verteuerung des Baulandes und der Baukosten und weil die Marktpreise aller Liegenschaften die Tendenz haben, sich den neuen Ansätzen anzupassen, entsteht für grosse Teile der Bevölkerung eine Schranke, die den Zugang zum Wohnungs- und Hauseigentum verhindert. . . Die erwähnte Schranke, die auch politisch von Bedeutung ist, kann nur durch eine breite Streuung des privaten Wohnungseigentums durchbrochen werden.»

Solche Feststellungen lassen sich zur Zeit beliebig vermehren, z. B. durch Inserate aus Tageszeitungen: «Die Demokratie steht und fällt mit der Streuung des privaten Grundeigentums.» Oder: «Das private Grundeigentum ist die Grundlage des Bürgersinns» (Inserat der Schweiz. Kreditanstalt, «Tages-Anzeiger»).

Diese Hinweise auf die politische Bedeutung der Eigentumsstreuung, wie sie sowohl von privater wie von staatlicher Seite geäussert werden, lassen darauf schliessen, dass die betreffenden Institutionen befürchten, durch die zunehmende Eigentumskonzentration und die damit zusammenhängende Politisierung des Wohnproblems in einer sich stetig vergrössernden Mieterschicht, ihre politische Verankerung in der stimmberechtigten Bevölkerung zu verlieren. Denn: «Die Wohnung gehört zu den Elementarbedürfnissen des Menschen. Sie stellt einen Zwangsbedarf dar, dem nicht ausgewichen werden kann. . . Für einen grossen Teil der Bevölkerung lässt das Gut Wohnung deshalb die Unterscheidung zwischen Eigentum und Nichteigentum sowie die sich daraus ergebenden Abhängigkeitsverhältnisse unmittelbar in Erscheinung treten.» (Botschaft des Bundesrates, S. 17)

Um diese Entwicklung in den Griff zu bekommen und trotzdem die Konzentration weiter vorantreiben zu können, sollen nun mit staatlicher Hilfe auf verschiedenen Ebenen Massnahmen eingeleitet werden:

- *Der Staat soll behilflich sein, das private Wohnungseigentum finanziell und rechtlich zu unterstützen.*
- *Staat und Wirtschaft bemühen sich gemeinsam um die Streuung der entsprechenden Ideologie, denn wer sich auch nur als an der Schwelle des Eigentums stehend empfindet, wird bereit sind, sich mit den Eigentümern politisch zu solidarisieren.*
- *Der Staat soll auf der rechtlichen Ebene Massnahmen in die Wege leiten, die den konzentrierten Produktionsprozess fördern bzw. erleichtern und Schwierigkeiten der Produktion, wie sie sich aus der jetzigen Behandlung des Grundeigentums ergeben, beseitigen.*

Diese Anforderungen scheinen auf den ersten Blick widersprüchlich. Sie können sich aber sehr wohl ergänzen, wenn man sie in den Rahmen der längerfristigen Produktionsprozesse in der Bauwirtschaft stellt:

Verschiedene Artikel des Entwurfs zum Raumplanungsgesetz sollen es künftig erlauben, die Verwertung von Bauland zu beschleunigen (z. B. durch Enteignung bei unberechtigter Hortung). Grundeigentum wird für die Produktionsphase in der Hand der rationell und rasch produzierenden konzentrierten Unternehmungen zusammengefasst. Nach dieser Produktionsphase soll nun die Wohnung oder das Haus möglichst rasch an viele Einzeleigentümer verkauft und damit das Eigentum wieder gestreut werden. Auf diese Weise ist einigermassen gewährleistet, dass sich die notwendigerweise konzentrierte Produktion politisch und ökonomisch auf eine tragende Schicht von Einzeleigentümern abstützen kann. Hier greifen Raumplanungsgesetz und Wohnbauförderungsgesetz ineinander. Längerfristig schliesst sich der Kreis: Man findet auf der rechtlichen Ebene wiederum Verfahren, die es im Rahmen von Sanierungsmassnahmen ermöglichen (Quartierplanverfahren u. a.), später das gestreute Eigentum wieder der konzentrierten Verwertung zuzuführen. Je nach wertsteigernden Planungsmassnahmen und Infrastrukturinvestitionen wird ein solcher Zyklus länger oder kürzer dauern. Eigentumsstreuung und Eigentumskonzentration stützen sich gegenseitig ab.

Hermann Huber

* Zum Thema Bodenrecht, Wohnbauförderung und Raumplanung haben wir in der Januar-Nummer («konzept» Nr. 7/50) einen kritischen Beitrag von Hanspeter Liechti veröffentlicht.

Walter M. Diggelmann **Heinrichs Illusionen**

Heinrich, in einem kleinen Dorf im Bünderland lebend, 67 Jahre alt, verheiratet, Vater von vier Kindern, die alle auch bereits seit Jahren verheiratet sind und Kinder haben, behauptet noch immer – und heftiger denn je –, er habe ein erfülltes Leben hinter sich und danke Gott dafür. Und wenn ihm irgend jemand, seien das seine eigenen Kinder oder auch nur Nachbarn und Freunde, entgegenhält, in Tat und Wahrheit habe er doch ein ganz beschissenes und trauriges Leben hinter sich, bricht er das Gespräch jäh ab, versucht, auf ein anderes Thema überzugehen, oder steht auf und sagt, er habe im Stall noch eine dringende Arbeit zu erledigen. Vergisst dabei, dass er im Stall nichts mehr zu erledigen hat, denn der Stall steht leer. Er geht denn auch nicht in diesen leeren Stall, er geht in die nächste Wirtschaft und bestellt einen Zweier Rotwein.

Heinrich ist seit einem Jahr total arbeitsunfähig, und wer sein Alter nicht kennt, sagt, er gehe auf die Achtzig zu. Aber auch diese Arbeitsunfähigkeit will er nicht wahrhaben. «Das geht vorüber», sagt er und meint, der Arzt beziehungsweise die Aerzte seien unfähig. Der Hausarzt verübelt Heinrich dieses negative Urteil nicht. Er sagt vielmehr, es handle sich um eine Art des Selbstschutzes, Heinrich werde bis zu seinem letzten Atemzug an seine Arbeitsfähigkeit und an die Unfähigkeit der Aerzte glauben. Immerhin, Heinrich lässt sich behandeln und schluckt brav alle Pillen und erträgt jede Injektion, ohne mit den Wimpern zu zucken. Er hält sich sogar ans Alkoholverbot, wenn's der Arzt so will, und er will das zeitweilig; er verzichtet auf Spaziergänge, wenn ihm der Arzt Bettruhe verordnet. Heinrichs körperlicher Zustand ist miserabel. Er hat offene Beine, unheilbar, wie der Arzt sagt, seine Lungen sind verkalkt, das Herz arbeitet schwach, der Rücken schmerzt zuweilen so sehr, dass er nächtelang kein Auge schliesst und wie ein Kind wimmert, wenn er glaubt, seine Frau schlafe. Seine vier Söhne, die es aus eigener Kraft «zu etwas gebracht haben» und denen er, was das Finanzielle angeht, einen sorgenfreien Lebensabend verdankt (und mehr noch) nennt er Unruhestifter, wenn sie ihn als Opfer der kapitalistischen Ausbeutung bezeichnen. Er will nicht wahrhaben, dass er ein nach Strich und Faden Ausgebeuteter war und als hilfloses Opfer unserer mörderischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf dem «Schlachtfeld des Lebens» liegengeblieben ist. Und seine Frau sekundiert ihn in einer Naivität ohne Beispiel. Sie sagt zu den aufmuckenden Söhnen: «Was habt ihr denn eigentlich gegen die Reichen? Gäbe es keine reichen Leute, wer würde an ihrer Stelle den Armen helfen können?» Und sie kann die Liste unserer karitativen Institutionen, angefangen beim Roten Kreuz über Pro Infirmis und Brot für Brüder, auswendig aufsagen.

Heinrich, als viertes von neun Kindern im Zürcher Oberland geboren, die Eltern Bauern, begann seine Laufbahn als Knecht im Alter von knapp fünfzehn Jahren. Als Einundzwanzigjähriger fand er eine Stelle in einem kleinen Dorf im Kanton Graubünden als sogenannter Meisterknecht bei einem Viehhändler. Sein Meister, der Viehhändler, verstand wohl sehr viel von Finanztransaktionen und Spekulation, aber herzlich wenig von Viehzucht. Er hatte die halbe Million Startgeld geerbt, aber weil es in den frühen dreissiger Jahren zu riskant war, das Geld in der Industrie anzulegen (man wusste ja noch nicht sicher, ob Adolf Hitler die monetäre Krise aus der Welt schaffen würde), ging der junge Mann in den Viehhandel. Damals ein lukratives Geschäft. Er wartete nicht die grossen Viehmärkte im Herbst ab, sondern stieg schon mitten im Sommer auf die Alpen und kaufte dort Hunderte von trächtigen Rindern ein. Die Bergbauern, die sich der Viehzucht verschrieben hatten, verkauften ihm ihre Rinder mit einem verhältnismässig grossen Einschlag; so hatten sie eine Sorge weniger im Herbst, der Pacht- oder Bankzins, den sie zu Martini abzuliefern hatten, war sichergestellt, und für den gewitzten Viehhändler war ebenso ein grösserer Gewinn sichergestellt.

Als dieser Viehhändler oder, besser gesagt, Kaufmann in allen Gassen Heinrichs untrügliches Gespür für preiswerte Rinder und Kälber entdeckt hatte, schickte er ihn auf die Alpen, und er wandte sich anderen Geschäften zu, machte zum Beispiel in Holzvergasern en gros, als das Benzin rationiert wurde, derweil Heinrich an seiner Stelle die Alpen abgraste und schliesslich nach Jahren nicht nur Einkäufer, sondern auch noch Verkäufer wurde, so dass der Meister sich überhaupt nicht mehr um den Viehhandel kümmern musste, sondern allerhöchstens noch um die Buchhaltung.

Wer nun glaubt, dieser Meister habe Heinrich auch nur in kleinstem Masse am Gewinn beteiligt, ist auf dem Holzweg. Er liess Heinrich mitbestimmen, ja, ja, aber weshalb sollte er ihn auch am Gewinn beteiligen? Heinrich war ja ganz schön zufrieden mit den dreihundert Franken Monatslohn, dazu Milch und Holz gratis und sonntags von neun Uhr vormittags bis vier Uhr nachmittags frei. Und mit Ferien hätte Heinrich ja auch nichts anfangen können.

In den Nachkriegsjahren erfolgte in der Landwirtschaft das, was man Strukturveränderung nennt. Die Schweiz war bald einmal nicht mehr so sehr auf die Bauern und deren Produkte angewiesen. Der Viehhändler, emsig die Wirtschaftsseiten der einschlägigen Tageszeitungen studierend, merkte früh genug, woher der nächste Wind wehen würde, und verkaufte den grossen Hof an ein grosses Industrieunternehmen, das einige zehn Kilometer vom Dorf entfernt angesiedelt wurde. Dieses Industrieunternehmen hatte zwar keinerlei Verwendung für den grossen Hof, und auch der dazugehörige Boden, fruchtbares Wies- und Ackerland, blieb brach liegen.

Der grosse und erfolgreiche Viehhändler war den Kleinbauern des Dorfes Vorbild. Der muss ja wissen, warum er verkauft hat, sagten sie sich und trugen dem Industrieunternehmen ihre unrentabel gewordenen Höfe an. Aber die Industriemanager sagten, die Liegenschaften interessierten sie nicht und der Boden auch nicht allzusehr. Da senkten die verkaufswilligen Bauern den Bodenpreis, und die Manager erklärten, sie würden diesen Boden sozusagen als Hilfsaktion ankaufen.

Heinrich fuhr auf dem Velo wie viele einstige Kleinbauern als Arbeiter in die Fabrik: geregelte Arbeitszeit, Ferien, angemessene Sozialleistungen. Hatte man das als selbständiger Bauer? Aber Heinrich konnte sich nicht daran gewöhnen, Arbeiter zu sein, und den Traum, einmal einen eigenen Hof zu bewirtschaften, hatte er nie aufgegeben. Jetzt, sagte er sich, hat meine Stunde geschlagen. Niemand will Bauer sein ausser mir. Seine Söhne, inzwischen erwachsen und in die grossen Städte des Unterlandes gezogen, halfen Heinrich, kauften gemeinsam drei Kühe, ein Zugpferd, Hühner und Schweine. Den Hof pachtete Heinrich von einem Nachbarn, dem es in der Fabrik ganz gut gefiel, und den Boden bekam er pachtweise vom Industrieunternehmen. Und nun war Heinrich ein selbständiger (wie er das nannte) Bauer, und er war stolz und ging sonntags in die Wirtschaft und verachtete die «Fabrikler».

Seine vier Söhne kamen nun Jahr für Jahr kurz vor Martini zu einem kleinen Familienfest ins Dorf, bewunderten Heinrichs Kühe und Schweine und legten diskret einige Tausendernoten in die oberste Schublade der Kommode, hörten sich Heinrichs Geschimpfe über das dirigistische Vorgehen des Bauernsekretariats in Brugg an («Jetzt soll man auf einmal keine Milch mehr produzieren!») und warnten ihn beim Abschied, er solle sich nicht übertun. Heinrich hatte inzwischen eine einfache Lebensphilosophie entwickelt. Er sagte: «Ein Mann, der vierzehn Stunden am Tag hart arbeitet, *muss* am Ende des Jahres einen Gewinn gemacht haben.» «Und wo ist dein Gewinn?» Solche Fragen beantwortete er nicht. «Dein Gewinn», sagten seine Söhne, «steckt in den Brieftaschen der Grossaktionäre des Industrieunternehmens. Sie lassen im Schweisse ihres Angesichts dich und Tausende andere für sich arbeiten. Du bist kein Bauer, du bist nur ein Zinsknecht . . .»

Heinrich hätte möglicherweise so lange gearbeitet, bis er hinter dem schweren Pflug zusammengebrochen wäre. Aber die Manager des grossen Industrieunternehmens meinten es wohl «gut» mit ihm. Aus heiterem Himmel kündigten sie ihm den Pachtvertrag. Die Fabrik sei gewachsen und gewachsen, und nun müssten sie Wohnungen schaffen für ihre Arbeiter.

Auf den Feldern, die Heinrich unter Schmerzen bearbeitet hatte, stehen heute wüste Wohnblöcke, und in diesen wohnen Fabrikarbeiter, zur Hälfte sind es Fremdarbeiter. Wem das grosse und mächtige Industrieunternehmen gehört, weiss kein Mensch so recht. Was eine Holdinggesellschaft ist, wissen die einstigen Bauern und Landbesitzer des kleinen Dorfes nicht. Heinrichs Söhne sagen: «Wenn die Fabriken einmal keinen Profit mehr abwerfen, investieren die Kapitalbesitzer keinen Rappen mehr, und die Fabriken werden geschlossen. Der Boden aber verliert seinen Wert nie.» «Die werden es nie wagen, die Fabriken zu schliessen», antwortete Heinrich, «das wäre ja unmenschlich . . .»

... Eigenheim

Fortsetzung von Seite 7

unerschütterlichste Fels unserer «offenen Gesellschaft» – wer glaubt schon, dass sie sich nicht etwas modifizieren lassen wird, wenn wirtschaftliche Sachzwänge das gebieterisch fordern? Ein Grund dafür wäre etwa, dass die Profitmöglichkeiten in der City einmal erschöpft sein werden. Ebensowenig wie im Moment alle Mieter gleichstark unter der Wohnungsnot leiden, wird die Aggression gegen die Eigenheimbesitzer einst überall gleichzeitig und gleich stark einsetzen.

Um eine solche Entwicklung zu verhindern, brauchte es wiederum eine politische Organisation. Es wird aber nicht möglich sein, die Interessen einiger besonders betroffener Eigenheimbesitzer gegen die Bedürfnisse aller durchzusetzen. Es müssten im politischen Kampf Kompromisse geschlossen werden mit andern Gruppen und gerade mit den verbleibenden Mietern. Man sieht, die politische Aufgabe bleibt sich gleich.

Kein sozialer Fortschritt

Wir sehen uns heute einer Vielzahl dringender gesellschaftlicher Probleme gegenübergestellt. Vom *Wohnungsbau* dürfte erwartet werden, dass er die Wohnungsnot behebt und dem Wohnenden durch die Veränderung seiner Wohnsituation mehr Freiheit gibt. Der *Eigenheimrummel*, so wie er heute in der Schweiz betrieben wird, erfüllt diese Ziele in keiner Weise und ist auch gar nicht dafür gedacht. Die Entmischung der Nutzungsarten, die Diskriminierung der unteren Einkommensschichten, die längeren Transportwege und andere Missstände, von denen er begleitet wird, sind im Gegenteil dazu angetan, soziale Probleme zu verschärfen oder überhaupt erst entstehen zu lassen.

Bernhard Hug

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Monate Fr. 15.40 (statt Fr. 22.—)
für 6 Monate Fr. 29.40 (statt Fr. 42.—)
für 1 Jahr Fr. 56.— (statt Fr. 80.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z. St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15.40
für 6 Monate zu Fr. 29.40
für 1 Jahr zu Fr. 56.—

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname:

Adresse:

Postleitzahl/Ort:

Hochschule: Semester:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

«konzept»-Gespräch über die «Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft»

Kopfarbeiter vereinigt euch!

Gilt es während des Studiums für selbstverständlich, dass sich die organisierte Studentenschaft für die Interessen des Studenten einsetzt, so beginnt bei vielen nach Studienabschluss das grosse Rätselraten: Wo sich organisieren? Soll man z. B. als Lehrer zum VPOD? Schliesst man sich einer Partei an? Oder verzichtet man in antiautoritärer Pose auf jegliche Organisation? Eine in mancher Beziehung interessante Möglichkeit ist die Organisation in der Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft; «konzept» unterhielt sich mit dem Vorstandsmitglied Dr. med. Emilio Modena.

konzept: Herr Modena, die GKEW ist noch eine junge Gewerkschaft. Wann und aus welchem Anlass wurde sie gegründet?

Modena: Vor ca. anderthalb Jahren. Zwei Initiativgruppen beschlossen damals zu fusionieren; das waren die *Gewerkschaft Kultur*, zu der bildende Künstler, Graphiker und einzelne Mediziner gehörten, und anderseits die *Initiativgruppe für eine Gewerkschaft Erziehung*, die Lehrer und angehende Lehrer organisierte. Aus der Einsicht, dass eine stärkere Organisation ausserhalb der bestehenden Gewerkschaften wünschenswert wäre, wurde dann die Fusion beschlossen und der heutige Name eingeführt.

k: Wie ist der Kreis der Mitglieder zu umschreiben? Wer kann bei der GKEW Mitglied werden?

M: Jedermann, der hauptberuflich in einem kulturellen oder intellektuellen Beruf arbeitet und den Mitgliederbeitrag bezahlt. Andere Einschränkungen bestehen nicht.

k: Wie hoch ist dieser Mitgliederbeitrag?

M: Das ist nach Einkommen abgestuft. Ich kann Ihnen jetzt auswendig keine genauen Zahlen nennen, aber die Skala hat eine sehr starke Progression. Gerade in intellektuellen Berufen gibt es recht finanzkräftige Leute, und die sollen aus Solidarität etwas mehr bezahlen. Der Durchschnittsverdiener wird ca. 10 bis 15 Franken im Monat bezahlen müssen.

Im Aufbau begriffen

k: Bitte sagen Sie uns etwas über die organisatorische Struktur der Gewerkschaft; welche Untereinheiten gibt es, wie erfolgt die interne Kommunikation?

M: Die Gewerkschaft ist einerseits *nach Berufen*, anderseits *nach Regionen* gegliedert. Allerdings steht vieles von dieser Gliederung erst auf dem Papier, da wir noch ganz im Aufbau stehen. Bereits funktionierende Berufsgruppen gibt es bis jetzt erst zwei, nämlich die – übrigens sehr aktiven! – *bildenden Künstler* und die *Lehrer*, also die Gruppe Erziehung. Letztere hat allerdings momentan gewisse Schwierigkeiten, obschon an sich über 100 Mitglieder vorhanden sind. Eine Ausnahme macht macht Bern; die Lehrergruppe dort ist sehr tätig, arbeitet z. B. daran, neue Lehrmittel herauszugeben, und hat bereits ein Lesebuch publiziert.

k: Das wären also die Gruppen, die bereits funktionieren; welche sind noch im Aufbau begriffen?

M: Die *Gruppe Wissenschaft* ist jetzt so weit, dass ein recht detailliertes Programm entwickelt worden ist. Diese Gruppe umfasst Berufe vom Ingenieur bis zum Soziologen. Ganz in den Anfängen stecken die Gruppen *Sozialarbeiter, Medizin* und die *Mediengruppe*. Im besonderen die letzte Gruppe hat ganz spezifische Schwierigkeiten, die mit der Gründung der ehemaligen Gewerkschaft Kultur zusammenhängen. Bevor es die gab, waren die Gründermitglieder fast durchweg im VPOD (= Verband des Personals öffentlicher Dienste) organisiert, und dort gab es dann die Schwierigkeit, dass wir die Journalisten mit uns zusammen organisieren wollten, innerhalb des VPOD natürlich; da machte dann die VPOD-Leitung nicht mehr mit und stellte sich gegen solche interdisziplinären Zusammenschlüsse. Deshalb sind auch heute noch die meisten Journalisten im VPOD statt bei uns. Uebrigens gibt es noch die Gruppe Recht, also Juristen. Die machen aber bis jetzt noch keine eigenen Programme und Aktionen, sondern dienen der ganzen Gewerkschaft zur Sicherstellung des Rechtsschutzes.

k: Welche Gruppen haben programmatische Erklärungen oder ähnliches herausgegeben?

M: Es gibt zuerst die programmatische Erklärung der Gesamtgewerkschaft. Das ist die Willenskundgebung der Gründungs- bzw. Fusionsversammlung. Die ist sehr allgemein, knapp und auch sehr eindeutig gehalten. Deshalb wurde denn auch die GKEW schon nach kurzem als eine Gesellschaft von Linksextremisten verschrien. Die Meinung war, dass dann die einzelnen Berufsgruppen dieses etwas abstrakte Programm für ihre jeweilige Tätigkeit konkretisieren sollten. Die Gruppe Wissenschaft hat das gemacht, die bildenden Künstler sind grade daran – der Text muss jetzt noch in so eine Art Vernehmlassung –, aber die andern sind noch nicht so weit.

k: Ausser der Einteilung in Gruppen muss es ja so etwas wie eine Legislative und eine Exekutive geben; wie funktioniert das, und wie wird die Kommunikation zwischen den Organen und den Mitgliedern bewerkstelligt?

M: Die Berufsgruppen selbst sind ziemlich autonom; sie haben eigene Vorstände und eigene Kassen. In diese fliesst ein Teil des Mitgliederbeitrages direkt. Gesamtgewerkschaftlich gibt es eine Delegiertenversammlung als Legislative und einen Vorstand, der von einer Generalversammlung gewählt wird. Der Kommunikation dient ein internes Informationsblatt, das ca. alle zwei Monate erscheint. Schliesslich gibt es noch die *Regionalgruppen*. Jede Region, die mehr als eine bestimmte Anzahl Mitglieder – ich glaube fünfzig – hat, ist berechtigt, eine solche Regionalgruppe zu gründen. Gegenwärtig gibt es die Regionalgruppen *Zürich, Bern* und *Solothurn*. Von einiger Bedeutung ist eigentlich nur Bern; an den anderen Orten liegt die Hauptaktivität in den Berufsgruppen.

k: Nun sind das natürlich eher formale Dinge; was liesse sich über grundlegende Zielsetzungen der Gewerkschaft sagen? Wahrscheinlich werden die sich doch wesentlich von der Vorstellung der Gewerkschaft als Lohnkampfinstrument unterscheiden.

Mehr als nur Lohnforderungen

M: Selbstverständlich. Es gibt zwei Schwerpunkte: Einerseits sind wir eine Schutzorganisation für unsere Mitglieder im engern syndikalistischen Sinn. Dabei geht es natürlich weniger um Lohnfragen als um Sicherstellung der Arbeit und der Freiheit am Arbeitsplatz. Gerade für progressive, engagierte Intellektuelle ist das eine **Hauptfunktion**. Als Lehrer braucht man heute gar nicht mal links zu sein; wenn man nur schon liberale Ideen hat, kommt man unter den Hammer. Anderseits verfolgen wir eine allgemein kulturpolitische Zielsetzung: Die Gründungserklärung hält fest, dass wir als Intellektuelle und Künstler einen Beitrag im Klassenkampf für den Sozialismus leisten wollen. Und das kann natürlich nur ein kulturpolitischer Beitrag sein; das sollte übrigens eine zentrale Aufgabe der Regionalgruppen sein. Ein Beispiel für eine solche Aktivität wäre etwa die Schauspielhauskrise – übrigens der Gründungsanlass der Gewerkschaft Kultur.

k: Können Sie uns konkrete Beispiele für gewerkschaftliche Aktivitäten nennen? Wurde zum Beispiel schon einmal der Hinauswurf eines Lehrers verhindert?

M: Ja, Fälle gibt es genug, aber konkrete Erfolge in diesem Sinn hatten wir bis jetzt noch nicht. Interveniert haben wir oft, aber das ist eine einfache Rechnung: Die Gewerkschaft hat heute ca. 250 Mitglieder und ist dieses kleinen Gewichts wegen auch noch *nicht im Schweizerischen Gewerkschaftsbund organisiert*. Das soll aber geschehen, sobald wir noch etwas gewachsen sind.

k: Versprechen Sie sich da viel davon?

M: Ich persönlich eigentlich nicht, aber das ist ein Gewerkschaftsbeschluss, und wenn es uns gelingt, uns zu vergrössern, kann es ja doch noch ganz sinnvoll sein. Es hätte allerdings keinen Sinn, sich irgendwelche Illusionen über den SGB zu machen. Noch zur angestrebten Vergrösserung der Gewerkschaft: Es ist dies auch einer der Gründe für die starke Betonung der interdisziplinären Arbeit bei uns; im Vergleich zum VPOD trennen wir die einzelnen Berufe viel weniger voneinander ab. Wir hoffen, dadurch schneller ein zahlenmässiges Gewicht zu erhalten, das zu einem bessern Erfolg unserer Interventionen führen kann.

Nur fortschrittliche Kräfte

k: Eine andere Frage wäre die Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder nach ihrer polltischen Herkunft. Gibt es da bestimmte signifikante Strömungen?

M: Nein, die Gewerkschaft ist politisch und konfessionell neutral – natürlich nicht gesinnungsmässig, da zählen wir uns zur Arbeiterbewegung, aber es gibt gar keine speziellen Präferenzen. Viele unserer Mitglieder sind in der SP, wahrscheinlich die meisten sind nicht in Parteien organisiert, und manche sind in verschiedenen linken Gruppierungen. Aber es ist klar, dass bei uns nur progressive, engagierte Leute überhaupt beitreten, die andern haben ja keine grossen Schwierigkeiten, die brauchen gar keine Gewerkschaft. Gerade die aktuelle Fraktionierung der Arbeiterbewegung schafft die Notwendigkeit für ein gemeinsames Forum, und das wollen wir sicherstellen.

k: Wir können also sagen, dass alle Aktivitäten der Gewerkschaft momentan dem Ziel der Ausweitung, des Aufbaus untergeordnet sind. Lassen sich immerhin trotzdem einige ganz konkrete, kurzfristige Projekte nennen, die die Arbeitsweise vielleicht etwas verdeutlichen könnten?

M: Die **Hau**ptaktivitäten liegen, wie gesagt, in den Untergruppen; die sind diesbezüglich auch keineswegs etwa an Weisungen des Gesamtvorstandes gebunden. Trotzdem zwei Beispiele für Aktionen des Gewerkschaftsvorstandes: Im *Fall Rothschild* an der Uni Zürich wurde dem KStR ein Beitrag an seine entstandenen Unkosten ausgerichtet, und als René Horlacher vom Oberseminar gewiesen wurde, verfassten wir eine Protestresolution und wurden bei der Erziehungsdirektion vorstellig.

Die Untergruppe Bildende Kunst war in letzter Zeit sehr vielseitig tätig: Bei allen Verhandlungen kulturpolitischer Natur in Zürich wurden Stellungnahmen abgeben, und man kann sagen, dass diese Gruppe in der Zürcher Kulturpolitik schon ein ganz gewichtiges Wörtchen mitredet. Anlässlich der Züspa organisierten wir eine Kollektivausstellung der Künstler in der Gewerkschaft. Letztes Jahr erreichten wir mit einer Ausstellung einen Nettoerlös von 20 000 Fr. zugunsten einer griechischen Widerstandsgruppe. Weiter beabsichtigt diese Gruppe die Schaffung einer Gelegenheit zum Malen von Plakaten und Transparenten für den 1. Mai. Die Einrichtung einer eigenen Galerie ist geplant. Bei all dem dürfen Sie nicht vergessen, dass vorläufig unsere eigentliche Hauptaktivität der Aufbau der Gewerkschaft selbst ist.

k: Nehmen wir an, ein Leser dieses Interviews hat Lust bekommen, bei der GKEW mitzumachen. Wohin soll er sich wenden?

M: Das Sekretariat führt Stefan Dietrich, Giesshübelstrasse 92, 8045 Zürich. Daneben gibt es Kontaktleute für die einzelnen Berufsgruppen, aber deren Adressen kriegt man auch alle über das Sekretariat. Präsident der Gewerkschaft ist übrigens *Franz Schumacher*, Jurist und SP-Kantonsrat.

Solidarisch mit den Arbeitern

k: Mit meinen Fragen bin ich zu Ende – Herr Modena, möchten Sie selbst noch auf irgend etwas hinweisen, besondere Akzente setzen, kurz: haben wir etwas noch nicht gesagt?

M: Ja, mir scheint es wichtig, auf die grundsätzliche Schwierigkeit hinzuweisen, vor der der Intellektuelle und Kulturschaffende steht: Soll er sich überhaupt gewerkschaftlich organisieren? Und wenn ja: Wäre es im Interesse einer engen Verbindung mit der Arbeiterklasse nicht sinnvoll, in den bestehenden, grossen Gewerkschaften mitzuarbeiten? Darüber gibt es verschiedene Meinungen, und die Angst vor dem Entstehen einer – zumeist reaktionären – Standesorganisation ist sicher nicht so abwegig. Aber die Mitarbeit in den bestehenden Gewerkschaften hat einen grossen Haken: Zahlenmässig sind wir Kulturschaffenden da in einer winzigen Minderheit, und es gelingt nur sehr schwer, unsere Anliegen wirksam nach aussen dringen zu lassen. Nebenbei: Wir verbieten es selbstredend keinem Mitglied, auch noch im VPOD organisiert zu sein.

Wir leben nicht im luftleeren Raum, sondern in einer Klassengesellschaft. Und wir wollen die Partei des Proletariats ergreifen. Die Frage ist, wie wir das am wirkungsvollsten tun. Und wir sind zur Meinung gekommen, dass es eben aus den erwähnten Gründen nicht am wirkungsvollsten ist, in den VPOD zu gehen. Auch in dieser Beziehung ist die Interdisziplinarität der GKEW äusserst bedeutsam, indem ein reger kulturpolitischer Austausch stattfindet; denken Sie etwa an die Beziehungen zwischen Erziehern und Psychologen, bildenden Künstlern und Architekten usw. Keine andere Gewerkschaft fördert diese Interdisziplinarität so sehr wie wir.

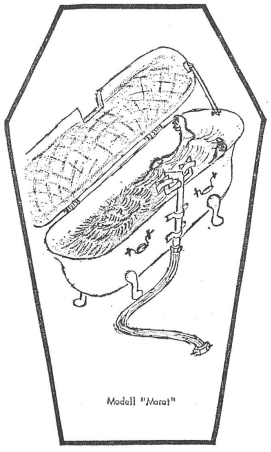
Wie ich Ihnen gesagt habe, waren die meisten Gründermitglieder der Gewerkschaft Kultur früher Mitglieder im VPOD. Wir meinten damals, so «den Arbeitern näher» zu sein. Nichts war illusionärer als dies. Die VPOD-Leitung zieht da Trennungsstriche, die gar nicht so leicht zu überwinden sind. Und das ist eben die Bedeutung der GKEW als echter Alternative: Wer die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses sieht, wer aber auch die Vorbehalte den grossen Gewerkschaften gegenüber nicht gering schätzt, und wer schliesslich bereit ist, nicht in Konsumhaltung, sondern mit etwelchem Arbeitseinsatz für den gewerkschaftlichen Aufbau bei uns mitzumachen, der ist in der GKEW am richtigen Platz.

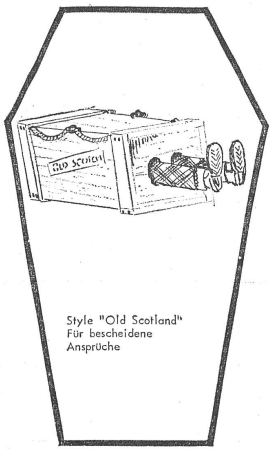
k: Herr Modena, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

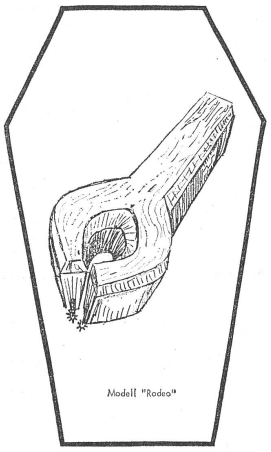
Werner G. Hoffmann

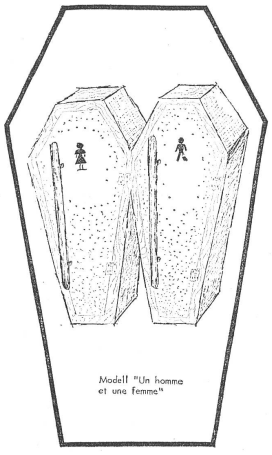
Cartoon

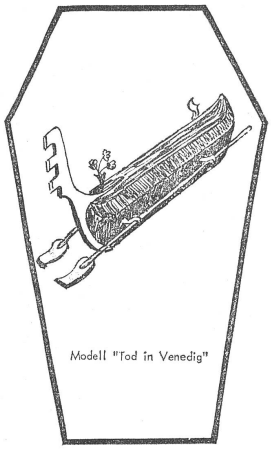
Sargenhaft makabre Ideen von Dominique Beuret.



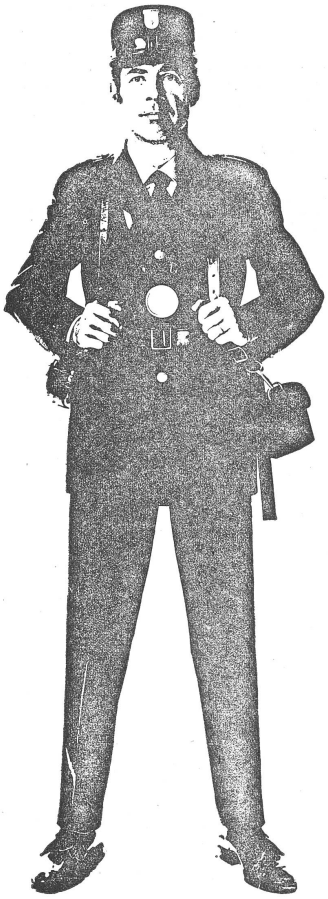








Studenten arbeiten als Securitas-Wächter



Einsatzmöglichkeiten:

Nebenbeschäftigung
im stundenweisen Einsatz
an Veranstaltungen aller Art.

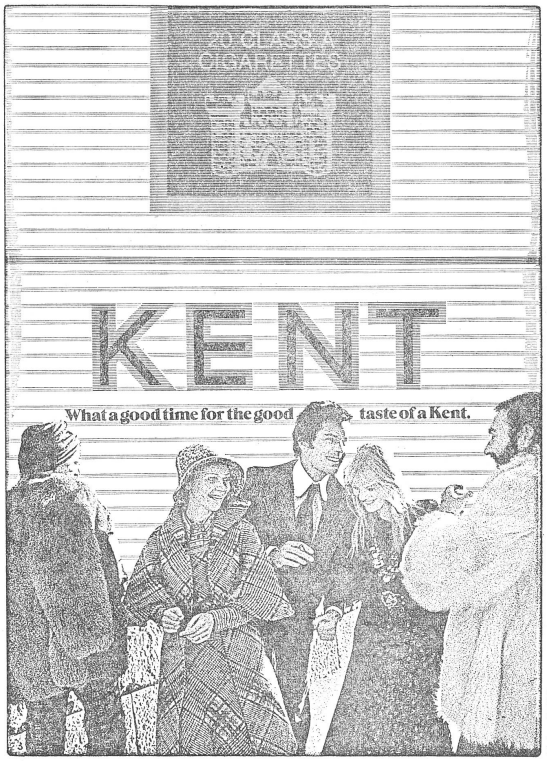
Nebenbeschäftigung
während einzelner Nächte
über längere Zeit.

Vollbeschäftigung
als Nachtwächter während
mindestens vier Wochen.

Kurzfristige Vollbeschäftigung
im Ordnungs- und Kontrolldienst
an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie
gerne über unsere Anstellungs-
bedingungen.

SECURITAS AG
Schweizerische
Bewachungsgesellschaft
Filiale Zürich Militärstrasse 24
8021 Zürich, Telefon (01) 39 33 11
(auch zuständig für Baden,
Brugg, Rapperswil und Uster)



Lintas K73G

Sie kennen doch die nz am wochenende

Adolf Muschg: Theorie und Praxis

Danko Grlic, Belgrad: Selbstverwaltung

Jean Améry: Was ist Liberalismus?

Jürg Federspiel: Tage in Vietnam

Peter Arnold: Tansania – ein Modell?

Beat Kappeler: Der militärisch-industrielle Komplex in der Schweiz

David Mark Mantell: Familie und Gewalt

Diese Aufsätze sind in der «nz am wochenende» erschienen. Solche Autoren und solche Themen finden Sie in der «nz am wochenende» – der politisch-kulturellen Beilage der «National-Zeitung». Wenn Sie die NZ-Samstagausgabe abonnieren, erhalten Sie ausserdem das «nz panorama», die Beilage für Familie, Gesellschaft und Umwelt. Mit 20 Franken sind Sie dabei.

Talon

Ich abonniere die Samstagausgabe der «National-Zeitung» mit den Beilagen «nz am wochenende» und «nz panorama» zum Preis von Fr. 20.– jährlich.

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ _____ Ort _____

(Bitte einsenden an: National-Zeitung, Postfach, 4002 Basel.)

Wie Muskeltraining fast ein Wunder vollbringt:

Wie oft hörten Sie sich schon sagen: «Ich müsste etwas für meinen Körper tun!» Aber irgendwie haben Sie nie den Anfang gefunden. **Jetzt gibt es die Möglichkeit, in 5 Minuten am Tage herkulische Kräfte und einen athletischen Körper zu erzielen.** Woche für Woche gewinnen Sie 4 Prozent an Kraft, bis Sie den besten Körper Ihres Lebens haben.

Sie wollen gründliche Erfolge sehen:

Vielen Menschen leuchtet ein, dass ein Arm im Gipsverband erstaunlich schnell dünn und kraftlos wird. Diese Reaktion lässt sich aber auch umkehren und Muskeln erzielen, die fast unglaublich sind: Ihre Oberarme füllen sich mit stahlharter Muskelmasse, bis zu einem Umfang von 40 bis 45 cm! **Ihr Brustkorb weitet sich zu einem V-förmigen Oberkörper** von 1,15 bis 1,30 Meter Umfang mit wuchtigen bis zu 12 cm breiteren Schultern und Lungen, die bis zu 6,5 Liter Luft fassen. Der Bauch erhält ein straffes Muskelkorsett, auf dem sich kein Fett mehr halten kann. Die Beine werden zu Kraftsäulen. Dabei werden Sie beweglich, wie nie zuvor. **Das alles gilt auch dann, wenn Sie Ihr Wachstum schon vor 20 oder 30 Jahren abgeschlossen haben.**

Muskeln von innen nach aussen:

Können Sie sich vorstellen, wie ein kleiner Muskelautomat fast wie eine Drahtseilbahn zwischen Ihren Händen oder Füssen hin- und herläuft und dabei handfeste Muskeln entwickelt? Dafür wurde der Multi-Sporter entwickelt, den Sie auf Ihre anfänglichen Körperkräfte genau einstellen können, und der Ihre Erfolge durch ein thermisches Auge genau beobachtet. **Selbst die US-Raumfahrt-Behörde kaufte davon 12 Stück!** Er ähnelt einer Photokamera mit 3 soliden Handgriffen und kostet soviel wie ein Rasierapparat. Im Spiegel sehen Sie, wie er erst einige Millimeter, dann aber zentimeterweise Muskelmasse entwickelt. Alle Muskeln, die inneren Organe, ja selbst das Gehirn versorgen sich durch den Multi-Sporter täglich mit frischen Aufbauenergien.

Sie geben Ihrem Körper eine Dauererholung von innen nach aussen.

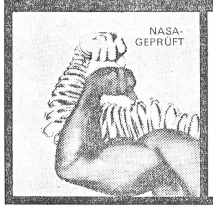
SCHICKEN SIE KEIN GELD!

Aus einer kostenlosen farbigen Broschüre erfahren Sie alles, was Sie zum Aufbau Ihres besten Körpers brauchen und wie Sie es machen müssen.

Senden Sie den untenstehenden Coupon noch heute oder telephonieren Sie einfach an: (01) 47 25 36

Spezialdienst der Tono AG, Dufourstrasse 145, 8034 Zürich

GRATIS-DOKUMENTATION • OHNE RISIKO



Spezialdienst der Tono AG, Dufourstrasse 145, 8034 Zürich

JA, senden Sie mir kostenlos die farbige Broschüre über den MULTI-SPORTER. KEIN RISIKO. KEINE KAUFVERPFLICHTUNG. KEIN VERTRETERBESUCH.

Name: _____

Vorname: _____ Alter: _____

Strasse: _____ Tel.-Nr.: _____

PLZ _____ Ort: _____

MS 2 © 1972 Tono AG, Zürich STU-304

Prof. Johan Galtung zu den SALT-Gesprächen

Der grosse Bluff

Vor kurzem haben in Genf die USA und die UdSSR ihre Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffensysteme wieder aufgenommen, nachdem einige Monate zuvor eine erste Runde mit einer Interimsvereinbarung abgeschlossen worden war. Prof. Johan Galtung untersucht in seinem Artikel die Hintergründe dieser SALT (Strategic Arms Limitation Talks)-Gespräche, das was sie jenseits aller Diplomateneuphorie für jeden Erdenbürger tatsächlich bedeuten.

Sagen wir es deutlich: das «Moskauer Rüstungskontrollabkommen» ist weder ein Abrüstungsabkommen noch ein Abkommen zur Aufrechterhaltung des Status quo, sondern *wahrscheinlich das bedeutendste Rüstungsabkommen der Weltgeschichte.* Es setzt explizit fest, dass gewisse Massnahmen *erlaubt* sind, die ohne jeden Zweifel dazu dienen, die militärische Kapazität beider Seiten zu erhöhen. Dies bedeutet bei weitem nicht dasselbe, wie wenn diese Massnahmen nirgends erwähnt werden: der Unterschied zwischen etwas *Erlaubtem* und etwas *nicht Verbotenem* liegt in dessen *Institutionalisierung.* Dieses «Etwas» wird damit zum Programm, gehört nunmehr zu den normalen Geschäften der Welt. Es verliert den Charakter des Zweifelhaften, dessentwegen sich die gegenseitigen Parteien einer Kritik aussetzen. Die Ratifizierung der SALT-Abkommen ist deshalb die *Ratifizierung eines recht beachtlichen Rüstungsprogramms.*

Neu ist die Begründung für die Rüstung oder, besser gesagt, deren wahrer Grund. Während man früher aus *Angst* vor der andern Partei, aus Gründen des Antikommunismus oder Antiimperialismus aufrüstete, sind heute die Gründe raffinierter. *Aufgerüstet wird heute, um der von einigen «Verteidigungsintellektuellen» ersonnenen Formel über die «gemeinsamen Interessen» der Supermächte an der «gemeinsamen Steuerung» des Wettrüstens Genüge zu tun.* Durch weiteres Aufrüsten trägt man nichts zur Abrüstung bei, sondern man erfüllt ein Abkommen zwischen früheren Gegenspielern, die nun durch die Bande des Verhängnisses – geschaffen vom Monster, das sie selbst ins Leben gerufen haben – vereinigt sind. Anstatt dass beide Seiten ihren Teil des Monsters stützen, befürwortet man – in gegenseitigem Einverständnis – das gesteuerte Wachstum eines gemeinsamen Monsters.

Quantitative Expansion

Viele unterliegen heute einer groben Täuschung: sie meinen, die Begrenzungen erstreckten sich nicht auf das qualitative Wettrüsten, dafür aber auf gewisse Arten des quantitativen Wettrüstens. Eher das Gegenteil ist wahr: Das Abkommen erlaubt *auch eine beträchtliche quantitative Expansion.* Der ABM-Vertrag (ABM = Atomic Ballistic Missiles) legt explizit fest, dass die ABM-Systeme (zwei für jede Supermacht) einsatzfähig gemacht werden sollen – zuvor existierten sie nicht als einsatzfähige Systeme. Ein Wachstum von 0 auf 200 ist ein beträchtliches quantitatives Wachstum und bedeutet eine Legitimation des ABM-Systems, das später den Weg für ausgedehntere Systeme bahnen wird. Wenn man die SBM (Sea-Based Missiles) betrachtet, so vermag eine Expansion von 656 Raketen auf 41 Unterseebooten auf 704 Raketen auf 44 Unterseebooten, prozentmässig gesehen, geringfügig erscheinen – sicher jedoch nicht von der Zerstörungskraft her betrachtet. Tatsächlich hat man offensichtlich noch nicht gelernt, für nukleare Waffen eine besondere Arithmetik zu verwenden: Wenn die Zerstörungskraft immens ist, nützt gewöhnliches Zählen wenig. Die Infinitesimalrechnung ist hier eher am Platz – ein Prozentsatz einer unendlichen Grösse ist immer noch eine unendliche Grösse.

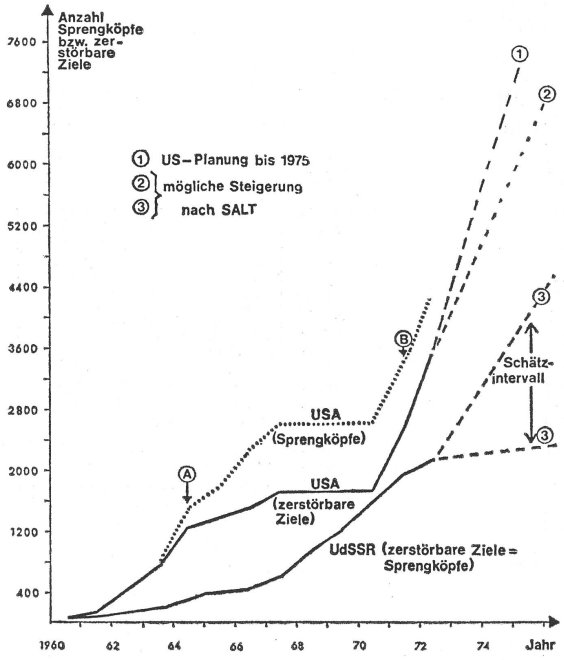
«Modernisierung und Erneuerung»

Nun zu der sogenannten *qualitativen Expansion,* die unter den Formulierungen der Verträge erlaubt ist. Sie sollten überall bekanntgemacht werden, damit jedermann sieht, was diese Verträge verkünden:

Modernisierung und Erneuerung der strategisch-offensiven ballistischen Geschosse und Raketen können im Rahmen der Verträge durchgeführt werden (Artikel IV, Interimabkommen).

Modernisierung und Erneuerung von ABM-Stützsystemen oder einzelner ihrer Komponenten können durchgeführt werden (Artikel VII, ABM-Vertrag).

Was dies impliziert, ist schon so oft ausgesprochen worden, dass es unnötig ist, alles noch einmal zu wiederholen. Die 1054 ICEM (Intercontinental Ballistic Missiles) der USA, die auf dem Land stationiert sind, können ausgewechselt und «modernisiert» werden. Das gleiche kann mit den 1600 ICEM der UdSSR geschehen. Die Geschosse können mit stärkeren Sprengköpfen, mit mehr Sprengköpfen usw. bestückt werden. Wie *«The Times»* meldete, wurde einen Tag nach der Unterzeichnung des Abkommens angekündigt, dass die USA am Ende des Jahres 1972 5700 Sprengköpfe haben würden, die UdSSR jedoch nur 2500. Im gleichen Artikel wurde ausgeführt, das Abkommen verhindere nicht, dass die USA im Jahre 1975 7500, die Sowjetunion 3250 Sprengköpfe haben werde. Ausser dem üblichen Vorsprung der USA weist dies auf ein «kleines» Detail hin, das von den meisten übersehen wird: *auf die enorme quantitative Entwicklung. Das einzig Neue ist die Idee, in einem Artikel eines Abkommens festzusetzen, dass eine derartige Entwicklung erlaubt ist.*



Entwicklung der Zahl von Sprengköpfen bzw. der damit zerstörbaren Ziele auf Seiten der USA und der UdSSR 1960–1977. Punkt A markiert den Uebergang zur MRV-Technik (multiple re-entry vehicle; land- und seegestützte Raketen mit mehreren, nicht einzeln lenkbaren Nuklearsprengköpfen), Punkt B zur MIRV-Technik (multiple independently targetable re-entry vehicle; land- und seegestützte Raketen mit mehreren, einzeln lenkbaren Nuklearsprengköpfen). (Aus: «osteuropa» 2/73, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.)

Das, was man von den beiden Parteien vor, während und nach der Unterzeichnung des Vertrags gehört hat, gibt gute Gründe zu vermuten, dass in den beiden oben erwähnten Artikeln das Verb *kann* durch *soll* ersetzt werden müsste – dies als Hinweis für zukünftige Entwerfer solcher Sprüche. Es ist bekannt: Das Wachstum der Budgets, das Wachstum der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die B-52-Bomber, die durch 227-B-1-Bomber, die jetzt entwickelt werden, ersetzt werden – eher noch vor 1978 als bis 1981. Dann das, was beide Parteien gemeinsam haben: neue Sprengköpfe, die «härtere» Ziele durchdringen; mehr Sprengköpfe pro Geschoss; Geschosse, die auf Flugbahnen ganz nahe der Erde geschickt werden können und sowohl dem Radar- als auch den ABM-Systemen «entschlüpfen». All dies – wohlbekannt seit langer Zeit – wird nun als *«Modernisierung und Erneuerung»* bezeichnet.

Qualitative Expansion

Noch wichtiger ist der effektive *qualitative Rüstungswettlauf,* der in den Verträgen gar nicht erwähnt wird, da er ausserhalb ihres Bezugsrahmens liegt. Einige Kritiker der SALT-Abkommen sprechen und denken innerhalb des alten «nuklearen» Rahmens. Sie rufen nach einem umfassenden Verbot atomarer Versuche im Glauben, dass dies die weitere Entwicklung nuklearer Waffensysteme verlangsamen werde. Dies kann zutreffen – oder eben auch nicht: Es kann sein, dass man ein solches umfassendes Testverbot zustande bringt, wenn die Supermächte genügende unterirdische Anlagen erstellt haben, in denen sie ihre Versuche weiterführen können, ohne entdeckt zu werden; es kann aber auch sein, dass man ein umfassendes Verbot zustande bringt, wenn neuartige Versuchsmethoden entwickelt worden sind. Darüber hinaus kann es auch sein, dass unterirdische Explosionen gar nicht zu Versuchszwecken, sondern zur Abschreckung eingesetzt werden – also um andere aufzuschrecken und sich selbst sicher zu machen. Dieser Gesichtspunkt interessiert uns hier allerdings nicht besonders. Ich will auch nichts dagegen einwenden, dass die Chinesen auf der Zerstörung der nuklearen Arsenale bestehen und die SALT-Abkommen als den Beginn einer neuen Stufe im nuklearen Wettrüsten zwischen den USA und der Sowjetunion betrachten. Dies deckt sich mit meiner Ansicht, dass die SALT-Abkommen einem Vertrag zwischen zwei riesigen multinationalen Gesellschaften über einige Regeln *für* die zukünftigen Wettstreite (im Gegensatz zu deren Begrenzung) gleichen.

Der reelle qualitative Rüstungswettlauf liegt anderswo: raffiniertere elektronische Kriegführung, die Entwicklung von Laser-Systemen – nicht nur als eine neue ABM-Technologie, die auch gegen MIRV-Geschosse (Multiple Independently Targetable Re-entry Vehicles) eingesetzt werden können, sondern auch als Todesstrahlen für die Unterseebootzerstörung usw.; die Entwicklung von Waffen für die *vertikale Kriegführung gegen «Aufrührer», Revolutionen und Revolten, gegen schwache Nationen.*

Angesichts konstanter oder sogar steigender Militärbudgets ist die einzige vernünftige Voraussage, dass in den nächsten Jahren auf den eben erwähnten Gebieten eine ungeheure qualitative Entwicklung und nicht bloss «Modernisierung und Erneuerung» stattfinden wird.

Viel Worte um nichts

Man mag nun einwenden, diese Kritik gehe zu weit, dem SALT-Abkommen lägen die bei genauer Betrachtung dessen beschönigender Phrasen zu entdeckenden Ansprüche gar nicht zugrunde. Schematisch aufgefasst, ist das in einem gewissen Sinn auch richtig. Aber wenn die zwei mächtigsten Staaten der Welt über die stärksten Waffen der Welt verhandeln und in einem Punkt übereinstimmen – die Grösse einer spezifischen Komponente eines Teiles des Systems auf dem (schon enormen) Status-quo-Niveau zu fixieren –, hat das Implikationen für alle anderen Systeme.

Viele Leute werden nun wahrscheinlich glauben, dass etwas sehr Wichtiges geschehen sei. Es liegt sicher im Interesse der Supermächte, dass die Aufmerksamkeit auf die Vorstellung fixiert wird, dass die USA auf 1710, die Sowjetunion auf 2500 Offensivgeschosse begrenzt ist. Es liegt sogar im Interesse dieser Supermächte, dass einige Abgeordnete über diesen Vertrag streiten. Jeder Abgeordnete, der laut ruft: *«Dies ist ein Ausverkauf an die Kommunisten»,* trägt zum Mythos bei, dass das SALT-Abkommen eine substantielle Begrenzung des Rüstungswettlaufs mit sich bringe. Jeder General, der das gleiche sagt, stützt denselben Mythos. Unter dem Schutz dieses Mythos

- kann das nukleare Waffenarsenal so weit weiterentwickelt werden, bis die Beschränkung der Zahl der Geschosse jegliche Bedeutung verloren hat;
- können durch *«Modernisierung und Erneuerung»* diese Systeme qualitativ verändert werden;
- können qualitativ vollständig neue Systeme entwickelt werden.

Nukleare Kriegführung vom Meer aus

Wieso wurde denn also dieses Abkommen trotz allem abgeschlossen? Wahrscheinlich weil auf dem Land plazierte Geschosse irgendwie nicht besonders befriedigen. Da die ABM-Systeme untauglich sind und die Gefahr besteht, dass man zu viele Atomwaffen auf dem Land stationiert, bringt das «Umsteigen» auf den Ozean als neues nukleares Schlachtfeld klare Vorteile . . .

Auf dem Gebiet der auf dem Land plazierten Geschosse ist heute direkt wenig Neues zu tun. Dagegen sind wahrscheinlich die SBM (Sea-Based Missiles) vom Gesichtspunkt der Forschung, Entwicklung, Produktion und Einführung her attraktiver. Die Arbeit an den SBM wird wahrscheinlich die jungen und ambitiösen Forscher, Geschäftsleute, Gewerkschaftsführer (besorgt um die Erhaltung von Beschäftigungsmöglichkeiten), jüngeren Offiziere (in den teilweise vernachlässigten Seestreitkräften) usw. anziehen. So sind hier ähnliche, wenn nicht sogar gemeinsame Interessen vorhanden, die sich eifrig um eine «Aushöhlung» andersgearteter Waffen bemühen können. Was daran neu ist, ist die Idee, dass man dies mittels eines Rüstungsbeschränkungsabkommens erreichen könnte. Gegen solch einen Schwindel, solch einen Unsinn lehne ich mich als Intellektueller – der gottlob nicht dem Militär verdingt ist – energisch auf.

(Die englische Fassung dieses Artikels erscheint im «Bulletin of Peace Proposals». Uebersetzung, Titel, Zwischentitel und Auszeichnungen von der Redaktion.)

Johan Galtung, geb. 1930, ist ein international anerkannter Friedensforscher. Er ist Direktor des Internationalen Instituts für Friedensforschung an der Universität Oslo. Das Institut gibt das «Journal of Peace Research» heraus.

Wer hilft Gelähmten?

Die «Schweizerische Vereinigung der Gelähmten» sucht zur Durchführung ihrer Ferienlager und Sportkurse für körperlich schwer Behinderte Frauen und Männer, die Freude haben, den Invaliden zu helfen bei der täglichen Toilette, beim An- und Auskleiden, beim Essen usw. Nebst freier Kost und Logis vergüten wir den Hilfen auch die Reisespesen. Wer kann sich frei machen, um sich einer unserer Lagergemeinschaften anzuschliessen? Genaue Auskünfte erteilen die Lagerleiter. Zum voraus herzlichen Dank für Ihre spontane Hilfsbereitschaft.

Die Lager und Kurse sind wie folgt angesetzt:

Ferienlager

Montana VS 7.–28. Juli	Mlle Yvonne Aquilar, Prairie No. 24, 1800 Vevey
Eichberg SG 4.–17. August	Rudolf Bösch, Linden 9303 Wittenbach
Rügel AG 8.–18. August	Frl. Heidy Theiler, Fellenbergstrasse 293, 8047 Zürich
Magliaso TI 13.–25. August	Mme Marlyse Soguel, Tourelles 33, 2300 La Chaux-de-Fonds
Gwatt BE 26. Aug.–7. Sept.	Willi Deppeler, Ausserdorf 5724 Dürrenäsch
Prêdame JB 16.–29. Sept.	Frl. Esther Lack, Sonnmattweg 5, 4663 Aarburg

Sportkurse

Gwatt BE 15.–26. Juli	Frl. Hanni Schindler, Vitenhof 4800 Zofingen
Schürmatt AG 16.–27. Juli	Frau Hedy Nees, Sihlfeldstrasse 86, Whg. 22, 8004 Zürich

«konzept» – die Zeitung, die es nicht nur sagt, sondern auch druckt

konzept

Keine Nummer verpassen – jetzt abonnieren!

Grösste von Studenten herausgegebene Zeitung der Schweiz (Auflage 36 500. 8× jährlich fundierte Analysen und kritische Kommentare

- zu aktuellen innenpolitischen Problemen
- zur Entwicklung und internen Situation anderer Staaten und zu internationalen Problemen
- zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragestellungen
- zu Kulturfragen

«konzept» – die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen.

Abonnement: Pro Jahrgang (8 Nummern) Fr. 8.–. Abonnemente laufen jeweils von März bis Februar. Die nächsten 7 Nummern (bis Februar 74) Fr. 7.–.

Name, Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Abonniert ab sofort «konzept» bis Februar 1974 zum Preis von Fr. 7.–.
Datum/Ort:

Beruf: Unterschrift:

In mit 30 Rappen frankiertem Couvert einsenden an:
Administration «konzept», Rämistrasse 66, **8001 Zürich** K 2/1 7.–

Schweiz vor dem Numerus clausus

Der Numerus clausus steht auf der Traktandenliste der bildungspolitischen Diskussion ganz oben an. Bereits vereinzelt angewandt, wird er in den nächsten Jahren eine gewohnte Erscheinung des akademischen Alltages sein, sofern nicht sofort entscheidende Schritte unternommen werden, um ihn abzuwenden. Dass dies getan wird, sollte man eigentlich erwarten, besteht doch auf diesem Gebiete ein ganz klarer Verfassungsauftrag: Das Recht auf freie Studienwahl ist gewährleistet im Sinne eines ungeschriebenen Verfassungssatzes. In diesem Sinne bekräftigen auch alle offiziellen Stellen, dass ihnen an der Verhinderung eines Numerus clausus sehr viel gelegen sei; allein, nur wenige verhalten sich so konsequent, wie ihre Worte es anzudeuten pflegen.

Die neuere Hochschulpolitik kennt *diverse Formen* von Zulassungsbeschränkungen. So spricht man etwa von einem *«offenen Numerus clausus»*. Man meint damit, dass zu einem bestimmten Studium nur eine bestimmte Anzahl Bewerber zugelassen, der Rest abgewiesen wird.

Mit dem Begriff *«versteckter Numerus clausus»* umschreibt man Massnahmen, die in einen Lehrplan eingebaut werden, um nur eine ganz bestimmte Anzahl von Leuten *bis zu einer bestimmten Stufe* des Studiums kommen zu lassen. Darunter fallen etwa absichtliche Selektionierung durch verschärfte *Zwischenprüfungen* oder extreme *Lehrplanstraffungen*.

Schritt für Schritt

Wenn im folgenden von *Numerus clausus* gesprochen wird, ist damit primär dessen *offene Form* gemeint. Das besagt keineswegs, dass den anderen Formen keine Bedeutung zukomme, *im Gegenteil:* Vieles spricht dafür, dass heute in Form von Zwischenprüfungen usw. *handfeste Selektionierungen* vorgenommen werden, die sich weniger an der blossen *«qualitativen»* Beurteilung des Studenten als an der Absicht, die internen Selektionierung behilflich sein werden.

Nun: Der offene Numerus clausus ist heute ein erstklassiges *internationales Politikum*, um nicht zu sagen *Skandalon* der neueren Bildungspolitik. Er ist u. a. in der *Bundesrepublik Deutschland*,[2]) in *Frankreich*, in *Holland*, in *Grossbritannien* (in Form von restriktiven Aufnahmeprüfungen) und in den meisten *Ostblockländern* eingeführt.[3])

In der *Schweiz* kam es m. W. *erstmals im Jahr 1968* zu Abweisungen einzelner Studienbewerber durch die *Universität Lausanne*.[4]) Seit dieser Zeit ist der Numerus clausus immer wieder *vereinzelt* zur Anwendung gelangt, so etwa im Verlauf des letzten Herbstes am *Psychologischen Institut Bern*. Dort war vorerst eine grössere Anzahl Studienanwärter abgewiesen worden,[5]) wurde aber später, als mehrere Angemeldete ihre Bewerbung zurückgezogen hatten, *doch noch aufgenommen*.

Besonders prekär ist die Lage seit Jahren im *Fach Medizin*. Es haben inzwischen die *meisten Universitäten eine Kontingentierung* der Anzahl Studienbeginner für dieses Fach beschlossen, also *faktisch* den Numerus clausus auch für Schweizer Studenten eingeführt, nachdem ein solcher *für Ausländer* schon *seit längerer Zeit* bestanden hatte. Dass dieser Numerus clausus bis anhin nicht zu eigentlichen Ausschlüssen vom Studium geführt hat, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass die *überschüssigen Studienbewerber* im Rahmen der *Voranmeldeaktion der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK)* an die noch *«offenen»* medizinischen Fakultäten *Zürich* und *Basel* weitergewiesen werden konnten. Sobald auch diese beiden Universitäten eine Kontingentierung beschlossen haben, werden sich viele Maturanden *vergeblich* um einen Studienplatz für das Fach Medizin bewerben.

Ursachen . . .

Der Numerus clausus kann als *zwangsselektive Massnahme aus verschiedenen Gründen* eingeführt werden. In Frage kommen insbesondere:

- Der *Zustrom von Bildungswilligen* zu einer bestimmten Ausbildungsstätte übersteigt deren *Kapazität an Ausbildungsplätzen*. Diese *Diskrepanz zwischen Nachfrage nach höherer Bildung* (social demand) einerseits und *Angebot an Studienplätzen anderseits* wird durch die *Einführung von Zulassungsbeschränkungen überbrückt*. In diesem Fall wird der Numerus clausus als eine *Notmassnahme* eingesetzt: Er hat einen Fehler zu korrigieren, der die *Folge mangelnder* Planung ist.[6]) Hinter diesem *«Phänomen der mangelnden Planung»* steckt freilich eine *tiefere Ursache:* Für den *Sektor Bildung* werden nur *in beschränktem Rahmen finanzielle Mittel* bereitgestellt, da auf diesem Gebiet keine unmittelbar *verwertbaren Leistungen* zu erwarten sind.[7])
- Der *Zustrom von Bildungswilligen* zu einem bestimmten Fach entspricht nicht dem von einflussreichen Gruppen definierten *Bedarf an Ausgebildeten* dieser Studienrichtung. Zulassungsbeschränkungen werden also verfügt, um den zukünftigen *Arbeitsmarkt* zu beeinflussen. In diesem Fall wird der Numerus clausus als ein eigentliches *Planungsinstrument* im Dienste dieser Gruppen gehandhabt und hat nichts mehr mit einer Notmassnahme zu tun.

In der *Schweiz* bestehen allerdings kaum konkrete Vorstellungen über zukünftige *Qualifikationsstrukturen*. Versuche, eigentliche *Akademikerbedarfsprognosen* aufzustellen,[8]) sind am Dilettantismus gescheitert. Beachtung verdient immerhin die vielbeschworene *«Gefahr des Akademikerüberflusses»*: Diese völlig unbegründete *Hysterie* hat ihren *ideellen Ursprung* in Kreisen, die um ihre *Bildungsprivilegien* fürchten oder die in *ökonomischen Strukturen* leben, die nicht auf Akademiker angewiesen sind.

Die *Gegnerschaft dieser Kreise, der «Technokraten»*, die die *technologischen Kapazitäten der schweizerischen Wirtschaft* erheblich steigern und deshalb vermehrt *höchstqualifiziertes Personal* ausgebildet sehen möchten, ist erst vereinzelt auf den Plan getreten. Dies ist in einem Land, dessen *Haupteinnahmequellen* primär traditionelle Dienstleistungsunternehmen (Banken) sind, auch nicht weiter verwunderlich. Da diese *«technologische Wendung»*[9]) in der Schweiz praktisch noch nicht stattgefunden hat, wird der Numerus clausus an unseren Universitäten auch *kaum als eigentliches Planungsinstrument angewandt.*[10])

. . . und Perspektiven

Prognosen über die Entwicklung der Numerus-clausus-Situation unterliegen der *allgemeinen Bedingtheit bildungspolitischer Voraussagen.*[11]) Sie sind deshalb *mit Vorsicht* zu geniessen.

Bei der Betrachtung dessen, was uns noch bevorsteht, kann vom *Stichjahr 1985* ausgegangen werden. Für dieses Jahr rechnet der *Wissenschaftsrat* mit einer Zahl von *65 000 bis 85 000 Studenten.*[12]) M. E. ist dabei der obere Wert *realistischer*.

Für das gleiche Jahr sind rund *72 000 Studienplätze* geplant.[13]) Schon allein dann, wenn sich der Mittelwert der oben genannten Studentenprognose als richtig erweisen würde, also 75 000 Studenten in der Schweiz studieren möchten, wären praktisch für 3000 Studienbewerber *keine Plätze vorhanden*. Es müssten also *jährlich mehrere hundert Studienwillige abgewiesen werden*.

Wie wird nun die *Entwicklung* in Richtung eines umfassenden Numerus clausus voraussichtlich vor sich gehen? *Ausländische Beispiele* haben gezeigt, dass sich der Numerus clausus wie ein *Krebsgeschwür*, von einem *zentralen Fach* aus auf andere benachbarte Fächer *überträgt und konzentrisch nach aussen frisst, bis er die ganze Hochschulwirklichkeit überlagert.*[14]) Dies ergibt sich, weil die vom zentralen Fach abgewiesenen Bewerber oftmals ein *verwandtes Studium* ergreifen, was mit der Zeit zu einer *Ueberbelastung eben dieses Ausweichfachs* führt. In der Schweiz wie auch in anderen Ländern ist das *zentrale Fach die Medizin*. Als benachbarte Fächer, die unmittelbar für die nächsten Jahre bedroht sind, müssen die *übrigen naturwissenschaftlichen Fächer und die Psychologie* gelten. Für all diese Studienrichtungen sind bereits für die *nächsten Jahre Zulassungsbeschränkungen an allen Hochschulen* der Schweiz zu erwarten.

Für die *Medizin* ist mit der endgülti-

---

1 *Schweizerische Datei der Studierenden*, Schweizerische Matrikelnummer, Fassung vom 12. Oktober 1972

2 *Krähe*, Horst und *Van den Bussche*, Rik, Der Numerus clausus in der Medizin: Daten, Entwicklungszusammenhänge und Analyse, in: Studentische Politik, 3. Jhg. Heft 2 1970, S. 3–19; *Westdeutsche Rektorenkonferenz*, Uebersicht über Studienmöglichkeiten und Zulassungsbeschränkungen für deutsche Studierende an den Hochschulen im WS 1972/73, Stand 15. August 1972, S. 42

3 Der Numerus clausus als internationales Problem, Zulassungsbeschränkungen zum Studium in west- und osteuropäischen Staaten sowie den USA und Japan, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, 10. Jhg. Heft 3, Oktober 1972, S. 65

4 *VSS*, Memorandum an den Wissenschaftsrat vom 5. 9. 1968

5 *VSS*, Pressecommuniqué vom 19. 10. 1972; darin war die Rede von 39 Abgewiesenen, später wurden tiefere Zahlen angegeben

6 *Schweizerische Hochschulkonferenz*, Bemerkungen zum Numerus clausus, Eine Diskussionsgrundlage, 29. 3. 1973 (Verfasser: R. Deppeler)

7 *Schui, Herbert*, Zum Verhältnis von ökonomischer Entwicklung und Bildungs- und Forschungspolitik, in: Hochschuldidaktik und politische Realität, hrsg. vom Architekturlehrstuhl Janssen, ETH Zürich 1971, S. 15 ff (S. 16 f)

8 vgl. etwa: *Basler Arbeitsgruppe* für Bildungs- und Arbeitsmarktforschung, Bildungswesen, Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum – Eine Modellstudie zur langfristigen Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in der Schweiz; Leitung: M. Jermann, Basel 1969
Kritik: *Müller*, Bruno und *Jäger*, Carlo, Schweizerische Studentenprognosen, eine Analyse, Bern 1971, S. 39 ff
Wyss, Franz, Bildungsplanung als Politikum – Eine Stellungnahme zum Bericht Jermann, hrsg. vom Vorstand des VSS, Bern 1971

9 vgl. etwa: *Leibfried*, Stephan, Die angepasste Universität, Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. 1968, S. 10 ff
Becker, Egon und *Jungblut*, Gerd, Strategien der Bildungsproduktion, Frankfurt a. M. 1972, S. 205 ff

10 anders in der BRD: vgl. etwa: *VDS*, Die Hochschulpolitik in den kapitalistischen Ländern Europas und die kapitalistische Bildungsplanung, Hauptreferat II des Verbandes deutscher Studentenschaften am Internationalen Studentenseminar Strassburg, 5. bis 8. 12. 1972

11 *Müller/Jäger*, a. a. O.

12 *Schweizerischer Wissenschaftsrat*, Zweiter Bericht über den Ausbau der schweizerischen Hochschulen, Bern 1972, S. 89

13 *Schweizerischer Wissenschaftsrat*, a. a. O. S. 94 und S. 166 f

14 *Borries*, Bodo von, Numerus clausus – Versäumnisse und Aufgaben der Hochschulplanung, Schriften der Bundesassistentenkonferenz Nr. 6, Bonn 1969, S. 10

15 *Schweizerischer Wissenschaftsrat*, a. a. O., S. 80 f

16 *Wyss*, Franz und *Rothenbuehler*, Martin, Arzt, in: AGAB (Hrsg.), Akademikerbedarf, Möglichkeiten und Grenzen einer Prognose, Bern/Stuttgart 1972, S. 61 ff

17 *Hess*, Franz; *Latscha*, Fritz; *Schneider*, Willi, Die Ungleichheit der Bildungschancen, Olten 1966

18 *Leibfried*, Stephan, a. a. O., S. 27 ff
Offe, Claus, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Politikwissenschaft, hrsg. von Gisela Kress und Dieter Senghaas, Frankfurt a. M., Ausgabe 1972, S. 135 ff (S. 153 ff)

VSS Dokumentationsreihe

Soeben erschienen:

Das politische Mandat
Seminar in Gwatt: Referate, Voten und Berichte

Synopse der Universitätsgesetze
von Emil Lehmann

Bezug: VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern (Tel. 031/23 28 18) oder bei der lokalen Studentenschaft

Der Artikel **Die Schweiz vor dem Numerus clausus** ist im wesentlichen eine Zusammenfassung der VSS/VSM Dokumentation.

Numerus clausus – unter besonderer Berücksichtigung des Faches Medizin

Die zweite Auflage dieser Dokumentation (die erste war innerhalb eines Monats vergriffen) befindet sich zurzeit im Druck.

Ab Ende April kann sie bezogen werden bei:
VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern (Telefon 031/23 28 18) oder bei der lokalen Studentenschaft

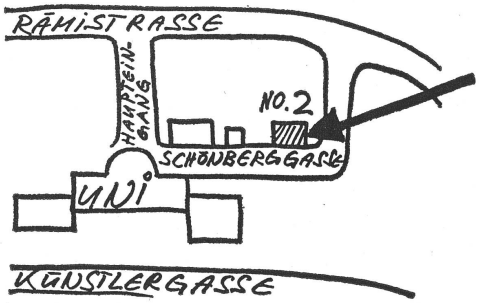
ZENTRALSTELLE IST UMGEZOGEN

Neue Adresse: Schönberggasse 2, gegenüber Physik-Institut

Oeffnungszeiten während des Semesters: Mo–Fr 10–17.15/
während der Ferien: Mo–Fr 10–15.00

Eine knappe Minute vom Uni-Haupteingang entfernt!

Arbeitsvermittlung Tel. 34 58 63
Papeterie-Artikel
Skripten
Zentralstelle Tel. 34 75 05
Studentenpreise (Selbstkostenpreise)
Medizinische Artikel
Langspielplatten



Zur Information:
Die Zentralstelle ist aus ihrem gemütlichen alten Laden nicht freiwillig ausgezogen, sondern musste ihren Raum für die Kassaräumlichkeiten der Universität freigeben. Die Erziehungsbehörden boten uns freundlicherweise einen grosszügig geplanten Laden an, an dessen Mobiliar die Studentenschaft – durch einen GSTR-Beschluss aus dem Jahre 1971 – einen einmaligen Beitrag von Fr. 20 000.– leistete.

gen Einführung des Numerus clausus auf den *nächsten Herbst* zu rechnen. Eine gewisse *Chance*, bis in die achtziger Jahre von Zulassungsbeschränkungen verschont zu bleiben, haben lediglich einige *Fächer des philosophisch-historischen, des rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen sowie des polytechnischen Bereichs*. Vieles spricht dafür, dass in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Schweiz mit einem totalen Numerus clausus belegt sein wird: Zulassungsbeschränkungen an allen Universitäten für alle Fächer. Sicher ist auf alle Fälle eines: Der Verfassungsanspruch auf freie Studienwahl[15]) wird bis dahin für viele Studienwillige nur noch eine leere Formel sein.

Zur Sache endlich!

Der partiell bereits bestehende Numerus clausus in den medizinischen Fächern *gefährdet* nicht wenig *die zukünftige medizinische Versorgung der Bevölkerung*, da durch seine Einführung der *Abbau des Aerztemangels verhindert* wird.[16])

Ganz allgemein ist der Numerus clausus eine *weitere Schranke* innerhalb eines *Bildungssystems*, das nachgerade *genug selektioniert*[17]) und von der *Gewährleistung der Chancengleichheit noch weit entfernt* ist: *Der Numerus clausus ist denn auch nicht ein Betriebsunfall, sondern der konkrete Ausdruck der Bildungsmisere einer Gesellschaft, der das Prinzip der «öffentlichen Armut bei gleichzeitigem privatem Reichtum» mehr als heilig ist.*[18])

Man kann den Numerus clausus vertuschen, allenfalls seine Einführung verzögern. Ihn endgültig zu überwinden ist *nur im Rahmen der Reorganisation des Gesamtbildungswesens* möglich. Das ist die Sache, zu der man *endlich* kommen muss!

Peter Kurer, VSS-Vorstand

Philosophisches Wörterbuch

Herausgeber: Georg Klaus
Manfred Buhr

Ueber 1100 Seiten, in zwei Bänden, Ganzleinen, Format 24,5×17 cm, Fr. 24.20.

Unter dem Titel «Baedeker der Philosophie» schreibt die «Weltwoche»: «Das über 1000 Seiten starke und dennoch wohlfeile Lexikon, dessen ostdeutsche Ausgabe eine Auflagenhöhe von 300 000 Exemplaren erreicht hat, scheint sich auch ausserhalb der DDR durchzusetzen. Kein Zweifel: Dieses Wörterbuch hat heute schon eine Verbreitung gefunden, von der philosophische Wörterbücher deutscher Zunge bislang nicht einmal zu träumen gewagt.

Dieser Erfolg hat seine Gründe. Das ‚Philosophische Wörterbuch' ist nämlich nicht nur ‚das erste seiner Art, das auf marxistisch-leninistischer Grundlage aufbaut'. Es ist zugleich der bis heute handlichste und kenntnisreichste Führer überhaupt, uns eine Welt zu erschliessen, die trotz ihrer räumlichen und sprachlichen Nähe noch immer terra incognita ist. Ein Baedeker der proletarischen Weltschau also, verfasst in einer vorbildlich klaren Sprache, die — seltenes Lob für in Wörterbuch — beim Nachschlagen immer wieder zum Weiterlesen verleitet . . .

Bemerkenswert ist dabei, dass dieses Wörterbuch nicht nur die philosophisch relevanten Erkenntnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaften berücksichtigt, sondern ebenso von der Philosophie kaum rezipierte Disziplinen wie: Kybernetik, Semiotik, Informations- und Systemtheorie. Das hohe Niveau, das die hier einschlägigen Artikel auszeichnet, verdankt das Wörterbuch seinem Herausgeber Georg Klaus, einem der besten Kenner der modernen Logik.»

Buchhandlung
Genossenschaft Literaturvertrieb,
Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse, 8004 Zürich, 3 Minuten vom Stauffacher, hinter Eschenmoser, Tel. (01) 39 85 12 und 39 86 11.

Studentenschaft Bern auf dem Weg in die politische Entmündigung

Und seid ihr nicht willig, so brauch'...

«Der Regierungsrat hat seit längerem die verpolitisierende Entwicklung der Studentenschaft mit einem gewissen Unbehagen verfolgt», heisst es in einer offiziellen Stellungnahme des Regierungsrates zur Neuverordnung «über die Kollegiengelder und Gebühren an der Universität Bern vom 21. März 1973». Laut dieser Verordnung wird die bisherige Finanzhoheit (Finanzautonomie) der Studentenschaft durch eine «Kasse für studentische Zwecke» ersetzt, die weitgehend durch die Verwaltung der Universität kontrolliert wird. Dementsprechend hat die Studentenschaft ihre Finanzierungsgesuche an diese Kasse zu richten, deren Verwaltung jedoch einer Kommission – vom Regierungsrat ernannt – übertragen wird.

Mit der offiziellen Begründung dieses Schrittes nimmt der Regierungsrat direkt Bezug auf die jüngste Entwicklung der politischen Situation an der Universität Bern. Bekanntlich war im Februar dieses Jahres *Korpskommandant Hirschy* von sogenannten «Extremisten» an der Berner Universität am Sprechen gehindert worden. Dieser Vorfall wurde von einer Splittergruppe der «*schweigenden studentischen Mehrheit*» zum Anlass genommen, einen vollkommen unbegründeten und unverhältnismässigen Angriff gegen den Vorstand der Studentenschaft und insbesondere gegen die studentische Interessenorganisation, das heisst die Zwangsmitgliedschaft, zu lancieren. Der Vorstand hatte sich damals nicht ausdrücklich von der Hirschy-Aktion distanziert, was heute von einer Minderheitsgruppe als wesentliches Argument gegen die Zwangsmitgliedschaft angeführt wird. Der Regierungsrat reagierte spontan auf die Petition dieser Gruppe, indem er nämlich der Studentenschaft kurzerhand die *Finanzautonomie entzog*.

Gegen diese Verordnung liesse sich einmal – im Sinne eines liberalen Demokratieverständnisses – argumentieren, dass die Studentenschaft als offizielle Interessenorganisation aller Studierenden (Zwangsmitgliedschaft) über ihre offiziellen Gremien (Studentenrat) die Möglichkeiten einer demokratischen Meinungsbildung und Interessendurchsetzung der verschiedenen politischen Richtungen gewährleistet. Dies scheint der Regierungsrat zu übersehen, wenn er postuliert, studentische Aktivitäten hätten *politisch neutral* zu erfolgen, womit er explizit jegliches Demokratieprinzip an sich aufhebt. Zudem wird die Organisation Studentenschaft, die ihrem Körperschaftscharakter entsprechend durch das Prinzip der Selbstbestimmung gekennzeichnet ist, dann ad absurdum geführt, wenn man ihr die Finanzautonomie entzieht.

In diesem Zusammenhang bleibt es wohl wesentlich zu fragen, wie der Regierungsrat die zwielichtigen und kurzsichtigen Umtriebe einer Splittergruppe «Pro Uni» zur Legitimation seiner Politik machen kann und damit faktisch die Mehrheit der Studierenden bevormundet. Denn was heisst *Verlust der Finanzautonomie* anderes als *Entzug des demokratischen Grundrechts auf politische Meinungsäusserung und Betätigung* im Rahmen einer studentischen Interessenorganisation? Was anderes als die radikale Entmündigung jener studentischen Interessenvertreter, die in einem demokratischen Wahlverfahren von der studentischen Basis mandatiert wurden? Was anderes als das Herabsinken der Studentenschaft auf einen politisch kastrierten Dienstleistungsbetrieb?

Nicht rein zufällig wurde in Bern Hirschy niedergeschrien, nicht rein zufällig wird die Studentenschaft Bern politisch entmündigt: Was der Regierungsrat offiziell als Verpolitisierung bezeichnet, weist in Wirklichkeit auf den Prozess der politischen Bewusstwerdung weiter Kreise der Studentenschaft hin, und zwar in ihren offiziellen Organisationen einerseits, auf autonomer Basis anderseits. (Kampagne gegen den Numerus clausus, Stipendienverkürzung, verschiedene Berufungsfälle, welche eine relativ breite Mobilisierung der Studenten zur Folge hatten.) Die Hirschy-Aktion war eine Erscheinungsform dieses Politisierungsprozesses, die fortschrittliche Politik der Studentenschaft im letzten Jahr eine andere.

Falsch wäre es in diesem Zusammenhang, ausschliesslich den Verlust der Finanzautonomie der Studentenschaft zu beklagen und damit den wahren politischen Charakter der regierungsrätlichen Massnahme zu verschleiern. Zu den wesentlichen Auswirkungen der Vorfälle um Hirschy muss sicherlich die unverhältnismässig massive Reaktion der herrschenden Kreise in Form von offener oder versteckter Repression gezählt werden (von offiziellen Drohungen der Relegation gegenüber einzelnen Beteiligten bis zur strafrechtlichen Verfolgung).

Objektive Interessenwahrnehmung der Studierenden, wie sie sich jüngst im besagten Sinn in Bern geäussert hat, steht allgemein in einem Widerspruch zum reibungslosen Funktionieren der heutigen Universität als eines Orts der Qualifikation der Arbeitskraft, als Selektionsmechanismus gesellschaftlicher Rollen und Hierarchien. Sie steht im besonderen in einem Widerspruch zur aktuellen Politik der Herrschenden an unseren Universitäten, welche die historisch notwendig gewordene Hochschulreform gegen studentische Interessen durchsetzen soll.

Diese Politik scheint evident: Was sich im Anschluss an die Hirschy-Aktion in Form von Verketzerungen und Hetzkampagnen gegen die progressive Arbeiter- und Studentenbewegung mit allen Mitteln des bürgerlichen Machtapparats (Presse, Justiz) äusserte, hat nun der Berner Regierungsrat – taktisch geschickter – über eine Verordnung durchgesetzt. Letztlich können derartige Massnahmen nur dahin tendieren, politisch progressive Kräfte (v. a. an der Uni) zu isolieren und hier mit Hilfe des Gesetzes in die Illegalität zu drängen, um sie im nachhinein um so leichter kriminalisieren zu können. Dies schliesslich in der Absicht, die Politik der gesellschaftlich herrschenden Minderheit in allen gesellschaftlichen Bereichen (und insbesondere an der Universität) reibungslos durchzusetzen.

Zenzünen Amadé, Vorstandsmitglied

Welcher **noch nicht arrivierte Akademiker, 29–36,** gross, schlank, in Zürich, fühlt sich fähig, meine Augenlider zittern zu lassen? Wenn Du die richtigen Tasten drückst, reagiere ich bei positiver Polung und Einsatz von Intelligenz, Herz und etwas Romantik ganz spontan! Ich: 173/34, Zaz. ass., schlank, verwöhnungsbedürftig an Leib, Geist und Seele . . . möchte als vielseitiges Stimulans eingesetzt werden. Bin geistig und ästh. anspruchsvoll — Du darfst es auch sein! Camelot. Offerten unter Chiffre 3527 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Strampelndeflairsekretärinneneignensich unsdiefanpostabzunehmenundunsereinter essenzuteilenohneanspruchsinflationgrüs sen3wirbellosverwesendwörterflickendveg etierende(portovergütung).
Offerten unter Chiffre 3526 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Lehrling, 18/180, aus der Provinz (Freiamt, Kt. Aargau) sucht (Brief-)Freundin für freie Kommunikation und gemeinsame Emanzipation. Zuschriften unter Chiffre 3453, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gesucht: Unternehmungslustiges, **zärtliches Girl.** Bitte schreibe an: Freiheitsfan (Basler, 25) unter Chiffre 3452, Mosse Annoncen AG, 8023 Zürich.

Cand. phil. hist., 25/180, Bern, gerne fröhlich, sucht dringend eine liebe, heitere Freundin. Interessen: Klass. Musik, Literatur, Theater, Briefeschreiben, Wandern. Brief mit Bild unter Chiffre 3450, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Extravertierter, intuitiver Typ, 30, beruflich und studienmässig engagiert, offen für neue Möglichkeiten, sucht Kontakt, Ergänzung in der Gemeinschaft, Freundschaft; Dich, verlässlich, feinfühlend. Ich denke an Reisen, Ski- und Wanderwochenenden, an Vorhandensein: ein Freund der Mitte. Charioteer. Chiffre 3449, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wer hat Lust, mit mir (zur Zeit noch Seminaristin, 21 J.) im Herbst 73 für **1—2 Jahre nach Neuseeland oder Australien** zu ziehen? Chiffre 3579, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 27/186, Staatsex. 74, sucht gutes, liebes Frauenherz. Träume von Berglandschaft, Wasser, Musik, evtl. Musizieren. Gemeinsam Kochen. Chiffre 3789, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Basel, Stud., 23/172, vielseitig interessiert, liebesbedürftig, wittert Frühling, sucht gleichgesinntes weibliches Wesen. Erwarte mit Ungeduld Deine Bildzuschrift unter Chiffre 3790, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welches hübsche und vielseitig interessierte **Mädchen** möchte mit einem nicht schlecht aussehenden Studenten (25/173) das Leben geniessen (Basel/Zürich)? Viel Mut zu einer Bildzuschrift unter Chiffre 3761 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Sensibler Student, 21, sucht einen schönen, jungen Freund. Bitte Bildzuschriften an Chiffre 3586, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Stud., Bern, 170/schlank. Suche Freund, der mich beim Skifahren, Bergsteigen usw. begleitet. Zuschriften (Telefon-Nr. genügt) unter Chiffre 3759 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gesucht wird ein **Psychologie-Student** für freundschaftliche und therapeutische Gespräche mit Wassermann-Frau, 27/soz. Beruf. Brief und Telephon-Nr. an Kennwort «Animus» unter Chiffre 3765, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Akademiker, 28, sportlich, mit glattem Job und Bedürfnis nach Freundschaft, sucht liebenswerten Boy (20–30) im Raume Bern–Westschweiz. Schreibe bitte an Chiffre 3741, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich (möglichst mit Bild).

Stud. ETH, 25/172, möchte kluges, liebes Mädchen kennenlernen, zwecks Nacherziehung zur Lebensfreude. Du interessierst Dich für Politik, Kunst, Wissenschaft usw. Deine Zuschrift (mit Bild) erreicht mich unter Chiffre 3726, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Nicht-Student, 22/186, sucht nette Begleiterin für eine 3wöchige Spanienreise mit dem Auto. Juli/August. Zuschriften bitte an Chiffre 3719, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

33jähriger Individualist hofft, auf diesem Weg einen ebenfalls jungen, charakterfesten **Freund** zu finden. Es würde mich freuen, von jemandem einen Brief zu erhalten, dem es auch an Mut fehlt, auf die «übliche» Weise Kontakt zu suchen. Ich wohne in Luzern und habe einen künstlerischen Beruf. Deine Zuschrift mit Bild wird mich freuen. Chiffre 3720, Mossen-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Einsamer Wanderer auf dem Weg zur Wahrheit sucht schlanke und sanfte Gefährtin. Bin seit 22 Jahren mit einem offenen Herzen voller Blumen unterwegs. 180 cm, dunkel (Typ Cat Stevens). Anfragen unter Chiffre 3619 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern: sportliche Studentin, homophil, 25/168, sucht unkomplizierte Freundin mit Niveau. Vorliebe: Aktivität. Zuschriften mit Photo bitte unter Chiffre 3600 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern, Musikstud., 25/176, sucht jemanden, der mit ihm die Zurückgezogenheit aufgeben möchte. Voraussetzung: das Wissen, dass es hinter dem Gurten auch noch Leute hat. Bildzuschrift an Chiffre 3760 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Mediziner (25/175) sucht ein fröhliches, differenziertes und hübsches Mädchen mit auch musischen Interessen. Ziel: Leben und Liebhaben.
Du schreibst mir sicher! Chiffre 3587, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Phil.-I.-Studentin, lebhaft und spontan, mit unzähligen Interessen sucht geistig regsamen sympathischen Beschützer, über 26, mit Verständnis für weibliche Selbständigkeit (evtl. Raum Basel). Diskretion selbstverständlich. Chiffre 3534, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich. Welcher einsame, sehr junge Boy bis ca. 25 wünscht sich älteren zuverlässigen Freund? (Vierziger, schlank, sportlich, vielseitig interessiert.) Schreibe mir, egal, woher, unter Chiffre 3580, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich–Bodensee: Deutscher Journalist, 28/174, sucht jungen Freund, nicht nur ich-bezogen, als Reisebegleiter und für Diskussion, Theater, Filme, Stadtbummeln. Wer schreibt mit Bild? Chiffre 3566 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gesucht: Freundin im Raum BE/ZH/AG. Grund: Allzuviel Askese und Studienmonotonie ist für Löwe-Typ ungesund. Ich, 24/175, phil. I, liebe Reisen, Foto und clever wie Du bist, schreibe mir mit Bild an Chiffre 3524, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Architekt, in Zürich, 178/34, BIS., sucht Freund oder Freundin, Paar oder Gruppe zu gemeinsamem Diskutieren, Erleben und (evtl.) Leben. Wer schreibt? Chiffre 3535, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Verantwortungsvolle, stil- und formbewusste **Aristokratin** (Doktorandin, gemütstief, schön und lieb) ist noch glücklicher, sobald der ebenbürtige grosse Mann ihr über Chiffre 3820 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich, mit Brief und Bild (beides retour) begegnet. Beidseits ganz diskret!

ETH-Assistent (26/175) sucht unkomplizierte Partnerin (23–26), die ebenfalls gerne skifährt, reist, ins Konzert und Theater geht und vorläufig noch nicht ans Heiraten denkt. Offerten unter Chiffre 3525 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Lebenslustiger Akademiker wünscht Kontakte zu bisexuellen Damen und Herren für langjährige Freundschaft; gebildet, humorig, politisch, gutaussehend und 20–35 sollen Sie sein. Chiffre 3536, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Kontaktinserate / Kleininserate

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (max. 10 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Fr. 15.– auf Postscheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat konzept» bzw. «Kleininserat konzept» auf der Rückseite des Einzahlungsscheines. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert.

Kontaktinserat* / Kleininserat* *Nichtzutreffendes streichen

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Vergessen Sie nicht, bei Kleininseraten ihre Adresse, evtl. Telephonnummer im Text anzugeben.

Name und Vorname:

Strasse mit Nr.:

Ort mit Postleitzahl:

Unterschrift:

GGK

Auch wenn Sie schon alles wissen sollten: Mit dem Tages-Anzeiger können Sie es sich noch einmal überlegen.

Viele Leser des Tages-Anzeigers haben manches von dem, was im Tages-Anzeiger steht, schon anderswo irgendwie vernommen. Dass sie den Tages-Anzeiger trotzdem lesen, liegt daran, dass es ihnen nicht genügt, vielerlei Neues erfahren zu haben. Sie möchten über vielerlei Neues noch viel Genaueres erfahren.

Deshalb wiederholt der Tages-Anzeiger nicht einfach Nachrichten. Er analysiert sie, stellt sie in Zusammenhänge und kommentiert sie. Er ordnet sie nach ihrem Gewicht und wertet sie nach ihrer Bedeutung.

So, dass seine Leser die Möglichkeit haben, sich zum Gelesenen den eigenen Gedanken und den eigenen Vers zu machen. Nichts macht ja mehr Spass am Lesen als die Freude am gründlichen Verstehen. Am Begreifen von Dingen, die nicht gleich auf der Hand liegen.

An der besseren Kenntnis von Ereignissen und Personen. Mit anderen Worten: Der Tages-Anzeiger ist so gemacht, dass jeder Leser etwas mehr herauslesen kann, als eigentlich drin steht: nämlich sein persönliches Urteil.

So kommt es, dass es eigentlich ein Vorteil des Tages-Anzeigers ist, Ereignisse nicht unmittelbar, sondern meistens aus der Distanz eines Tages zu schildern. Das gibt den Abstand, den es braucht, um nicht nur Tatsachen, sondern auch deren Ursachen zu sehen.

Damit Sie sich das einmal anschauen können, können Sie mit dem Coupon den Tages-Anzeiger und das Tages-Anzeiger-Magazin zu sich nach Hause bestellen. Drei Wochen lang. Gratis.

Das sollten Sie sich nicht noch einmal überlegen.

Freut Euch des Lesens.

☐ Ich möchte Ihr Sonderangebot benützen. Bitte schicken Sie mir den Tages-Anzeiger und sein Magazin drei Wochen lang gratis ins Haus.

☐ Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.) Die Abonnementspreise sind:

☐ Fr. 4.50 statt Fr. 6.45 für 1 Monat
☐ Fr. 13.05 statt Fr. 18.65 für 3 Monate
☐ Fr. 25.85 statt Fr. 36.90 für 6 Monate
☐ Fr. 51.10 statt Fr. 73.– für 12 Monate

Name: _____
Fakultät: _____ Semester: _____
Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Tages-Anzeiger 7086

Einsenden an: Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich.